



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Gemeinsame Pressekonferenz anlässlich der Bekanntgabe der Rahmendaten zum kommunalen Finanzausgleich. Unser Bild zeigt v.l.: Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags; Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags; Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags; Finanzminister Albert Füracker, MdL; Innenminister Joachim Herrmann, MdL; Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, MdL; Josef Zellmeier, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags sowie die Pressesprecherin des Finanzministeriums, Andrea Ebenhoch-Combs.

## Rekord beim FAG 2019

Kommunale Spitzenverbände zeigen sich mit Verhandlungsergebnissen zufrieden

Auf den bisher höchsten kommunalen Finanzausgleich in Bayern haben sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und die kommunalen Spitzenverbände geeinigt. „Mit 9,97 Milliarden Euro können wir den Kommunen in Bayern 2019 so viel Geld zur Verfügung stellen wie noch nie vorher“, beschrieb Füracker das Ergebnis. Verhandelt wurde in Anwesenheit des Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags, Josef Zellmeier, MdL, des Staatsministers des Inneren, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, MdL, und des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, MdL.

„Die Kommunen sind der entscheidende Partner, Politik vor Ort umzusetzen und zu gestalten. Deshalb unterstützen wir sie gerne und mit ganzer Kraft“, erläuterte Staatsminister Füracker. Das Verhandlungsergebnis bedeute für die Kommunen ein Plus von 436 Millionen Euro bzw. 4,6 Prozent gegenüber 2018. Gemeinsam sei es gelungen, für 2019 Schwerpunkte bei der Unterstützung finanzschwacher Kommunen und im investiven Bereich zu setzen.

### Verlässlicher Partner der Kommunen

„Mit dem kommunalen Finanzausgleich 2019 erweist sich der Freistaat einmal mehr als verlässlicher Partner der Kommunen“, teilte Innenminister Herrmann mit. „Damit verbessern wir deren Finanzsituation, unterstützen gezielt wichtige Investitionsmaßnahmen und entlasten bei der Finanzierung laufender Aufgaben.“ Wirtschafts-

Die Schlüsselzuweisungen, die größte Einzelposition im kommunalen Finanzausgleich, stiegen um 240 Millionen Euro bzw. 6,6 Prozent auf 3,9 Milliarden Euro und damit auf einen neuen absoluten Höchststand. Diese Mittel ergänzen die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen und können von diesen in eigener Verantwortung frei verwendet werden.

### Schlüsselzuweisungen

Wesentlicher Maßstab für die Verteilung der Schlüsselzuweisungen ist die finanzielle Leistungsfähigkeit. Finanzschwächere Kommunen erhalten je Einwohner höhere Schlüssel-

### DStGB-Bundespressekonferenz:

## Perspektiven für die Gesellschaft

Deutschland braucht dringend einen Modernisierungsschub mit mehr Investitionen in die Infrastruktur und einer schnelleren Digitalisierung. Sonst verspielen wir unseren Wohlstand und die Zukunft des Landes“, unterstrichen der Präsident des Deutsche Städte- und Gemeindebunds, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg in Berlin. Mehr Anstrengungen seien erforderlich, um die sich abzeichnende Spaltung der Gesellschaft zu überwinden.

„Die Marke ‚Made in Germany‘ ist in Gefahr. Das wird mehr als deutlich, wenn der Bau eines Flughafens sich jahrzehntelang verzögert, die Brücken und Straßen bröckeln, die Schulen eher analogen Baracken als digitalen Kathedralen der Bildung ähneln“, monierten Brandl und Landsberg. Deutschland lebe derzeit von der Substanz.

### Sehr positive Wirtschaftslage

Dies sei vor dem Hintergrund der immer noch sehr positiven Wirtschaftslage und hoher Steuereinnahmen besonders besorgniserregend. „Gerade Städte und Gemeinden können nicht in dem Umfang investieren, der notwendig ist. Der kommunale Investitionsrückstand hat im vergangenen Jahr einen traurigen Rekord von 159 Milliarden Euro erreicht.“ Gründe dafür sind einerseits

zuweisungen als finanzstärker. Die Stabilisierungshilfen als Unterstützung für besonders finanzschwache, konsolidierungswillige Gemeinden werden auf dem bisherigen hohen Niveau von 150 Millionen Euro fortgeführt.

### Starke Akzente für Investitionen

Aber auch bei den Investitionen werden laut Füracker erneut starke Akzente gesetzt: Die Mittel zur Förderung des Baus insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen werden um 50 Millionen Euro und damit um 10 Prozent auf 550 Millionen Euro erhöht. Des Weiteren steigen die Mittel für die Betriebskostenförderung des ÖPNV um 20 Millionen Euro bzw. 27 Prozent auf 94 Millionen Euro. Auf dem erreichten hohen Niveau fortgeführt werden die Krankenhausfinanzierung mit 643 Millionen Euro und die Investitionszuschüsse mit 446 Millionen Euro.

### Plus beim Kommunalanteil am Kfz-Steuerersatzverbund

Die Mittel für die Straßenbauförderung werden um insgesamt 31 Millionen Euro aufgestockt. Hierzu wird der Kommunalanteil am Kfz-Steuerersatzverbund um 2 Prozentpunkte auf 54,5 Prozent erhöht. Zudem sind zur Unterstützung der Gemeinden nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge im Jahr 2019 insgesamt 100 Millionen Euro vorgesehen. Davon werden (Fortsetzung auf Seite 4)



Einige Regionen Bayerns sind derzeit aufgrund sehr hohen Schneeeintrags vor besondere Herausforderungen gestellt. In mehreren Landkreisen wurde Katastrophenschutz alarmiert. Ministerpräsident Dr. Markus Söder lässt sich permanent auf dem Laufenden halten. Gemeinsam mit Bau- und Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart reiste er persönlich in die Krisengebiete. Unser Bild entstand bei einer Lagebesprechung mit Landrat Josef Niedermaier und den Einsatzkräften in Bad Tölz.

### Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

## Wirksame Impulse

Bei seiner Präsidiumssitzung im Landkreis Wesel erörterte der Deutsche Landkreistag u.a. die Themen Gleichwertige Lebensverhältnisse, Grundsteuer und 5G. Dabei wies DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager darauf hin, dass es jetzt wichtig sei, die Zeit intensiv zu nutzen, um für die ländlichen Räume wirksame Entwicklungsimpulse zu setzen.

Sager zufolge ist es seit Einsetzung der Kommission vor vier Monaten noch nicht gelungen, zu einem strukturpolitischen Durchbruch zu gelangen. „Und die Zeit läuft uns davon, denn bereits im Mai sollen erste belastbare Ergebnisse auf dem Tisch liegen“, so seine Einschätzung. Der Großteil der Themen sei beispielsweise im Koalitionsvertrag enthalten – etwa im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Breitbandversorgung und der Sicherstellung der Mobilität im ländlichen Raum, die derzeit völlig von der Feinstaub- und Dieselthematik überschattet werde.

milienfreundlichen, generationenübergreifenden Agenda, die der Unterstützung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik bedarf. Stabile Engagementsstrukturen tragen in diesem Zusammenhang gemeinsam mit den relevanten Infrastrukturen zur Lebensqualität bei.“

Außerdem strebe der Deutsche Landkreistag etwa Regionalentwicklung (Fortsetzung auf Seite 4)



Im Zusammenhang mit dem Hackerangriff eines 20-Jährigen auf Prominente stellt sich die Frage: Wo ist der Skandal? Wenigstens wurde so eine Debatte über das Verhalten im Netz angeregt. Die Kernfrage hinter dem Ausspähen lautet: Wie gehen wir mit unseren Daten um? S. 15

### Dezentralisierungspolitik

Generell gehe es um eine breite räumliche Dezentralisierungspolitik. Darin liege die Stärke des Landes – vor allem bezogen auf die Wirtschaftsstruktur. Für die Landkreise sei es wichtig, die eigene Attraktivität für Menschen und Unternehmen zu steigern und weiterzuentwickeln. „Hierbei kommt der Digitalisierung von Angeboten, zunächst aber dem Glasfaserausbau und der 5G-Versorgung eine zentrale Bedeutung zu. Ebenso bedarf es einer fa-

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Positives Integrationsklima in Bayern	Seite . . . . . 2
Bayerns „Bürgermeister des Jahres 2019“ gesucht	. . . . . 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: KPV engagiert sich für flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes	3
BKG-Mitgliederversammlung: Für eine Kultur des Vertrauens	. 3
Politische Bildung auch in 2019 gefragt	. . . . . 3
Kommunale Energiethemen	. . . . . 5 - 8
Kommunale Umwelt- und Entsorgungsthemen	. . . . . 9 - 10
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	. . . . . 11
Dienstfahrzeuge • Kommunalfahrzeuge • Grünanlagen	. . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	. . . . . 14 - 16

## Positives Integrationsklima in Bayern

Forschungsbericht des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration

Die Integration in Bayern funktioniert. Laut einem aktuellen Forschungsbericht des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration bewerten die meisten Befragten das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund als genauso gut oder sogar besser als im übrigen Deutschland. Erstellt wurde die Expertise im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration.

Das vorliegende Integrationsmonitoring berichtet für den Freistaat Bayern über subjektive Erfahrungen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund mit dem Integrationsalltag und ihre Einschätzungen dazu. Es stützt sich dabei auf eine Sonderauswertung des SVR-Integrationsbarometers. Bisherige Monitorings für Bayern betrachten meist nur strukturelle Aspekte von Integration, z. B. die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Andere Dimensionen von Integration werden i. d. R. nicht berücksichtigt. Das SVR-Integrationsbarometer schließt diese Lücke: Ergänzend zu strukturellen Merkmalen erhebt es erstmals auch systematisch, wie Zuwanderinnen und Zuwanderer in Bayern sozial, kulturell und identifikatorisch integriert sind. Dabei werden auch die Erfahrungen und Einschätzungen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund berücksichtigt.

### Bayern liegt im Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2017 lebten in Bayern 3,05 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das entspricht 23,8 Prozent der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2018). Bayern liegt damit

im Bundesdurchschnitt (23,6 %). Zwischen 2005 und 2017 ist die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund um knapp 736.000 gestiegen, das entspricht rund 5,2 Prozentpunkten. Diese Statistiken enthalten allerdings noch nicht alle Flüchtlinge, die besonders 2015 und 2016 in großer Zahl auch nach Bayern gekommen sind.

### Die Hälfte hat einen deutschen Pass

Von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund besitzt etwa die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft. Knapp 30 Prozent sind in Deutschland geboren und gehören somit der zweiten Zuwanderungsgeneration an. Die beiden größten Herkunftsgruppen waren 2017 Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler (3,4 % der Gesamtbevölkerung Bayerns) und Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund (2,6 %). Weitere 10,5 Prozent der Gesamtbevölkerung stammen aus verschiedenen Ländern der Europäischen Union und 12,7 Prozent aus Staaten außerhalb der EU.

Bundesweit sind Menschen mit Migrationshintergrund im Schnitt jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Das gilt auch für Bayern: Von den dort lebenden Menschen mit Migrationshintergrund waren 2017 insgesamt 20,4 Prozent unter 15 und fast die Hälfte unter 35 Jahre alt.

### Das Zusammenleben wird positiv bewertet

Insgesamt bewerten die Befragten das Zusammenleben in Bayern genauso gut wie das Zusammenleben in Deutschland oder sogar besser. Die Merkmale für soziale, kulturelle und identifikatorische Integration sind positiv ausgeprägt, teilweise positiver als im übrigen Bundesgebiet. Beispielsweise berichten die Befragten seltener von erlebter Diskriminierung, und sie identifizieren sich stärker mit dem Wohnort. Benachteiligung ist dennoch ein Problem: Drei von zehn Befragten haben nach eigenen Angaben Diskriminierung erlebt.

### Das Aussehen spielt doch eine Rolle

In Bayern fühlten sich 28 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund in den vorhergehenden fünf Jahren wegen ihrer Herkunft diskriminiert. Auch in der Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund geben immerhin 6,4 Prozent an, dass sie aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt wurden. Vermutlich wurden sie wegen einer bestimmten äußeren Erscheinung diskriminiert, beispielsweise der Hautfarbe. Immerhin geben zwei von zehn Befragten ohne Migrationshintergrund im Integrationsbarometer an, dass sie „nicht typisch deutsch“ aussehen. Damit erleben die Befragten in Bayern – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – etwas seltener Diskriminierung als im übrigen Bundesgebiet (33,2 % bzw. 9,9 %). Gegenüber den Aussagen im Integrationsbarometer 2016 ist das Ausmaß erfahrener Diskriminierung auf gleichem Niveau geblieben.

Die meisten Zuwanderer in Bayern haben häufig Kontakt zur Mehrheitsbevölkerung

– häufiger als umgekehrt die Mehrheitsbevölkerung zu Personen mit Migrationshintergrund. Sie bewerten diese Kontakte allgemein positiv. Die Befragten mit Migrationshintergrund attestieren sich zudem gute Sprachkenntnisse, nutzen häufig deutschsprachige Medien und nähern sich in ihren Normvorstellungen denen der Mehrheitsbevölkerung an. Beispielsweise wurden hier die Rollenerwartungen an Mütter und Väter betrachtet.

### Sprachkenntnisse sind wichtig

Die befragten Personen mit Migrationshintergrund in Bayern schätzen ihre Sprachkenntnisse überwiegend als „eher gut“ (41,5 %) oder sogar als „sehr gut“ ein (44,9 %). Nur 13,6 Prozent halten die eigenen Sprachkenntnisse für „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. Dabei zeigen sich kleinere Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen: Vor allem Befragte aus der „übrigen Welt“ beurteilen ihre Deutschkenntnisse häufiger als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ (18,5 %). Zudem zeigen sich solche eher schlechten Selbsteinschätzungen fast nur in der ersten Zuwanderungsgeneration: 15,4 Prozent derer, die selbst nach Deutschland zugewandert sind, beurteilen das eigene Sprachniveau im Deutschen als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. Bei der zweiten Generation tun das hingegen

### Deutscher Städtetag:

## Verkehrspolitik und Fachkräftemangel

Vor einem Verkehrskollaps hat der Deutsche Städtetag gewarnt und zusätzliche Milliarden des Bundes gefordert. Laut Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy muss 2019 ein Jahr der Verkehrswende werden, in dem die Verkehrspolitik viel stärker auf zukunftsgerichte und nachhaltige Mobilität ausgerichtet wird. Dedy zufolge muss es vor allem mehr attraktive Angebote geben, vom Auto auf die Bahn, auf ÖPNV und Fahrrad umzusteigen.

Bund und Länder müssten ein Gesamtkonzept für nachhaltige Mobilität vorlegen, so der Hauptgeschäftsführer: „Wir leiten bereits die Verkehrswende in den Städten ein und wollen unseren Sachverstand in das Gesamtkonzept einbringen. Allerdings erwarten wir, dass Bund und Länder über bisherige Programme hinaus Mittel in Milliardenhöhe einsetzen, zum Beispiel für Investitionen in den ÖPNV und die Verkehrsinfrastruktur insgesamt.“

### Saubere Luft in den Städten

Außerdem müssten die Anstrengungen für saubere Luft in den Städten fortgesetzt werden. Es müsse gelingen, die Gesundheit der Menschen zu schützen und die Städte mobil zu halten. Fahrverbote dürften nur das letzte Mittel bleiben. Gerichte haben für mehrere Städte Fahrverbote für ältere Diesel angeordnet, etwa für Berlin, Köln, Essen, oder Frankfurt. Viele Urteile sind aber noch nicht rechtskräftig. In Stuttgart sind Dieselfahrzeuge mit der Abgasnorm Euro 4 oder schlechter seit Januar dieses Jahres aus dem gesamten Stadtgebiet verbannt, Autos mit örtlichen Kennzeichen vom 1. April an.

Nach Dedy's Auffassung „müssen wir in weiteren Städten mit Verboten rechnen, die Gerichte anordnen“. Derzeit überarbeiteten die Länder in Abstimmung mit den Städten eine Reihe von Luftreinhalteplänen. Dabei würden die Maßnahmen aus dem „Sofortprogramm saubere Luft“ und den Koalitionsbeschlüssen zu einem Maßnahmenpaket mit

nur 4,4 Prozent der Befragten.

### Emotionale Identifikation

Das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland ist bei den Zuwanderinnen und Zuwanderern in Bayern sehr ausgeprägt – wie es auch deutschlandweit der Fall ist: Rund 85 Prozent von ihnen identifizieren sich emotional mit Deutschland. Über die Hälfte der Befragten (51,6 %) stimmt der Aussage „Insgesamt fühle ich mich Deutschland zugehörig“ sogar „voll und ganz“ zu.

Allerdings ist die Identifikation je nach Herkunftsgruppe unterschiedlich hoch ausgeprägt: Von den Befragten mit Spät-/Aussiedlerstatus fühlen sich Deutschland knapp 92 % „eher“ oder „voll und ganz“ zugehörig; bei den Türkeistämmigen sind es dagegen nur knapp 73 % und bei Zuwanderern aus der EU knapp 84 %.

### Hohe lokale Verbundenheit

Schließlich fühlen sich die meisten Befragten mit Migrationshintergrund Deutschland und ihrem Wohnort zugehörig. Tatsächlich zeigt sich hier eine hohe lokale Verbundenheit: Neun von zehn Befragten mit Migrationshintergrund fühlen sich der Stadt, in der sie leben, „eher“ oder „voll und ganz“ zugehörig; 62,6 % bestätigen dies sogar „voll und ganz“. Diese Zustimmungswerte sind bei den Befragten in Bayern höher als im übrigen Bundesgebiet: Dort geben rund 57 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund an, dass sie sich ihrem Wohnort „voll und ganz“ zugehörig fühlen.

## Bayerns „Bürgermeister des Jahres 2019“ gesucht

Landesweite Preisausschreibung für kommunalpolitische Verdienste

Auch in diesem Jahr wird wieder Bayerns „Bürgermeister des Jahres“ gesucht. Mit dem Preis werden Bürgermeister ausgezeichnet, die innovative Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Datenschutz, Elektromobilität, Demografischer Wandel, Wohnungsbau, Migration und Integration, Wirtschafts- und Tourismusförderung, Erneuerbare Energien und/oder Energieeinsparung auf den Weg gebracht oder umgesetzt haben.

Die Nominierungen werden durch eine fachkundige Jury aus Kommunalpolitik und -beratung bewertet. Im vergangenen Jahr wurde der Erste Bürgermeister der Gemeinde Kirchanschöning, Hans-Jörg Birner, für sein besonderes kommunales Engagement in den Bereichen nachhaltige Energie, nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz über die Grenzen seiner Gemeinde hinaus zum „Bürgermeister des Jahres“ gekürt.

Ausgelobt wird die Auszeichnung von der DETIG Rechtsanwalts-Gesellschaft aus Pullach und der bayernweit tätigen LKC-Gruppe mit Hauptsitz in Grünwald bei München.

Vorschläge können von Bürgern, Kommunalpolitikern und Verwaltungsmitarbeitern eingereicht werden. Eine kurze schriftliche Projektbeschreibung sollte der Nominierung beigefügt und bis zum 28. Februar 2019 gerichtet werden an: DETIG Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH, Dr. Stefan Detig, M.B.A., Altbürgermeister, Habenschadenstr. 16, D-82049 Pullach, Tel.: +49 (0)89 7244 4850-0; eMail: stefan.detig@detig-rsw.de. □

hörig fühlen.

Besonders auffällig ist das Gefühl der Zugehörigkeit zum Wohnort bei den Türkeistämmigen: Hier beträgt die Zustimmungswerte 82,1 Prozent, das sind rund 9 Prozentpunkte mehr als bei der empfundenen Zugehörigkeit zu Deutschland insgesamt. Dies verweist auf die Bedeutung der in Bayern stark ausgeprägten Unterstützungsstrukturen und des Engagements in den Kommunen für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Integration von Personen mit Migrationshintergrund.

### Kulturelle Annäherung

Dabei zeigt sich eine zunehmende kulturelle und identifikatorische Annäherung über die Generationen: Menschen mit Migrationshintergrund, die in

Deutschland geboren sind, sprechen besser Deutsch, vertreten ähnliche normative Ansichten wie jene ohne Migrationshintergrund und identifizieren sich stark mit Deutschland. Die Sonderauswertung des Integrationsbarometers zeigt aber auch Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen. So haben die Türkeistämmigen Befragten insgesamt weniger interkulturelle Kontakte – z. B. in der Nachbarschaft –, und sie erleben mehr Diskriminierung als Befragte anderer Herkunftsgruppen.

Wie Integrationsminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung der Studie betonte, „zeigen die Ergebnisse, dass wir in Bayern sehr erfolgreiche Integrationsarbeit leisten. Integration hat bei uns einen hohen politischen und gesellschaftlichen Stellenwert. Das trägt Früchte.“ DK

## Kita-Gesetz in Berlin beschlossen

Familienministerin Schreyer: „Wir werden Bundesmittel in Kita-Qualität investieren!“

Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer sieht das im Dezember 2018 in Berlin beschlossene „Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung“ ganz pragmatisch: „Als Familienministerin freue ich mich immer über zusätzliche Mittel, denn sie sind in der Förderung unserer Kinder sehr gut aufgehoben.“

Als zentralen Erfolg sieht die Ministerin, dass Bayern zusammen mit den anderen Ländern durchsetzen konnte, dass sie selbst über die Verwendung der Mittel entscheiden können: „Es war mein Ziel, dass der Bund uns nicht vorschreibt, was mit der Förderung zu geschehen hat. Bayern wird die zusätzlichen Mittel in die Kita-Qualität investieren“, so Schreyer. Kritisch sieht die Ministerin dagegen die Befristung der Förderung bis 2022 – diese würde zum Beispiel einer langfristigen Personalplanung im Wege stehen.

Die genaue Höhe und die Verwendung der Bundesmittel stehen noch nicht fest – allerdings hat die Familienministerin deutliche Präferenzen geäußert: „Mir ist wichtig, dass wir die Erzieherinnen und Erzieher entlasten, zum Beispiel in den Randzeiten der Betreuung. Das kann beispielsweise durch die Einstellung von Tagespflegepersonal erreicht werden.“ Sie nannte außerdem die Gewinnung von Fachkräften und die Entlastung der Kita-Leitungen als Ziele.

Bayern hat unabhängig vom Bund im September dieses Jahres das Familiengeld eingeführt. Familien mit ein- und zweijährigen Kindern erhalten monatlich 250, ab dem dritten Kind sogar 300 Euro – unabhängig von ihrem Einkommen und der von

ihnen gewählten Betreuungsform.

Zusätzlich wird ab nächstem Jahr der Elternbeitrag von jedem Kind, das in einen staatlich geförderten Kindergarten geht, mit 100 Euro pro Monat bezuschusst. □

## Beitragszuschuss für die gesamte Kindergartenzeit

Gesetzentwurf geht in die Verbändeanhörung

Ab dem 1. April 2019 sollen Eltern für die gesamte Kindergartenzeit ihrer Kinder um 100 Euro pro Monat entlastet werden. Der Freistaat wendet für die Ausweitung des Beitragszuschusses auf die gesamte Kindergartenzeit im Jahr 2019 ca. 210 Mio. Euro und ab dem Jahr 2020 ca. 290 Mio. Euro auf. Gemeinsam mit dem Bayerischen Familiengeld setzt die Staatsregierung so ein starkes Signal für die Wertschätzung der Familien in Bayern.

In Umsetzung des Koalitionsvertrages hat das Kabinett einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen, der nun den betroffenen Kommunen und Trägern zur Anhörung zugeleitet wird. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Franz Schedlbauer  
94327 Bogen  
am 19.1.

Bürgermeister Josef Auer  
84323 Massing  
am 23.1.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Kuhn  
97714 Oerlenbach  
am 21.1.

Bürgermeister  
Dr. Karlheinz Stephan  
86529 Schrobenuhausen  
am 21.1.

Bürgermeister  
Hans-Martin Schertl  
92246 Vilseck  
am 21.1.

Bürgermeister Helmut Kirmeier  
84431 Heldenstein  
am 30.1.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Klampfl  
94532 Außernzell  
am 22.1.

Oberbürgermeister  
Christian Kegel  
83278 Traunstein  
am 24.1.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Thaler  
96154 Burgwindheim  
am 20.1.

Oberbürgermeister  
Christian Schuchardt  
97070 Würzburg  
am 29.1.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Löwl  
85221 Dachau  
am 18.1.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

BKG-Mitgliederversammlung in München:

## Für eine Kultur des Vertrauens

Demotivierend und lähmend wirkt nach Ansicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft die nach ihrer Ansicht immer größer werdende Regelungsflut in den Kliniken. Auf der BKG-Mitgliederversammlung in München beklagte der scheidende BKG-Vorsitzende Franz Stumpf eine „Kultur des Misstrauens und der mangelnden Wertschätzung gegenüber den Kliniken und ihren Mitarbeitern“. Zu seiner Nachfolgerin wurde einstimmig die Landrätin des Landkreises Kitzingen, Tamara Bischof, gewählt.

Stumpf zufolge müssen die Krankenhausmitarbeiter inzwischen aus Katalogen mit 30.000 Prozeduren und 1.300 Fallpauschalen ihre Behandlungen dokumentieren. Dies wiederum löse eine Flut von Kontrollen durch die Krankenkassen aus, was den Klinikmitarbeitern wertvolle Zeit für die Patientenbetreuung raube. „Kontrollen sind notwendig, aber sie müssen in angemessenem Umfang und gezielt erfolgen“, so Stumpf.

Die BKG sprach sich zudem für eine „geordnete Debatte über die Krankenhausstruktur in Bayern“ aus. „Es geht nicht an, dass mit wirtschaftlichem Druck auf alle und unrealistischen Personal- und Strukturvorgaben eine Strukturbereinigung unter der Hand betrieben wird“, erklärte Stumpf. Er sieht hier unter der Regie der staatlichen Krankenhausplanung für kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum auch eine Chance, ein neues Aufgabenspektrum zu gestalten und nannte die ambulante Versorgung und Pflege als Beispiele.

### Berufsbild verbessern

Nach Auffassung der BKG bietet das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz eine geeignete Grundlage, die Situation in der Pflege zu verbessern; jedoch müssten dringend und rasch weitere Schritte folgen. „Nötig ist unter anderem ein verändertes attraktiveres Berufsbild Pflege und eine bundesweite Initiative Pflege“ forderte BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein. „Man kann mehr Geld zur Verfügung stellen und noch so viele Personalschlüssel vorschreiben, das alles läuft ins Leere, wenn nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen.“



Landrätin Tamara Bischof.

Bild: Atelier zudem Dirk Nitschke

Gesundheitsministerin Melanie Huml forderte ihrerseits eine umfassende Einigung bei der Klagewelle von Krankenkassen gegen Kliniken: „Ich freue mich, dass die AOK Bayern und die BKG bereits eine Regelung vereinbart haben, wie Rückforderungen vermieden werden, ohne die Kassenvorstände einer Haftung auszusetzen. Jetzt sollten aber die bundesweiten Krankenkassen rasch diesem Beispiel folgen. Denn klar ist: Eine Klagewelle nützt niemandem. Sie sollte daher so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden.“

Huml stand wegen der Problematik in den vergangenen Wochen im intensiven Austausch mit dem Bundesgesundheitsministerium und den anderen Ländern. Ihr Ziel, so die Ministerin, sei es gewesen, „mit einer raschen Lösung wieder Rechtssicherheit herzustellen und so unter anderem die erfolgreiche Arbeit unserer Schlaganfallnetzwerke zu sichern“.

In Abstimmung mit den Gesundheitsministern der Länder führte das Bundesgesundheitsministerium Gespräche mit Ver-

tretern der Krankenkassen auf Bundesebene und der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Anfang Dezember stimmten diese Empfehlungen ab, wie Rückforderungen vermieden werden könnten. Auf dieser Basis haben sich AOK Bayern und die BKG nun geeinigt.

Verschiedene Krankenkassen hatten Anfang November vor der 2. und 3. Lesung des Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetzes (PpSG) im Bundestag eine große Anzahl von Klagen eingereicht. Hintergrund waren höchstrichterliche Urteile, mit denen die Voraussetzungen für die Abrechnung bestimmter Fallpauschalen enger interpretiert wurden, als in der bisherigen Praxis üblich. Dadurch wäre es zu Rückforderungen gekommen, die in Bayern unter anderem die bestehenden Schlaganfallnetzwerke in ihrem Bestand gefährdet hätten.

Der Bundestag hat im Rahmen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes Anfang November beschlossen, klarzustellen, dass die ursprüngliche Auslegung der Voraussetzungen gelten solle. Zudem hat er die Verjährungsfrist für Rückforderungen von vier auf zwei Jahre verkürzt und einen Stichtag für Altfälle (vor dem 1.1.2017 entstandene Rückforderungen) eingeführt.

Die Krankenkassen haben daraufhin Klagen erhoben, um sich nicht der Gefahr einer Vorstandschaft auszusetzen, denn die neu geregelte Verjährungsfrist gilt nicht für Fälle, die bis zur Absehbarkeit der neuen gesetzlichen Regelung (die nach der 2./3. Lesung im Bundestag angenommen wird) bereits bei Gericht anhängig sind. Schätzungen der Sozialgerichte zufolge umfassten die Klagen von Krankenkassen gegen bayerische Krankenhäuser etwa 14.000 Einzelfälle. DK

## Neuregelungen in 2019 in Gesundheit und Pflege

Zum 01.01.2019 traten im Bereich von Gesundheit und Pflege zahlreiche Änderungen in Kraft. Das Bundesgesundheitsministerium berichtet, dass Arbeitnehmer, Rentner und auch Kleinrentner bei den Beiträgen zur Krankenversicherung entlastet werden, aber mehr für die Pflegeversicherung zahlen müssen. Dafür sollen der Pflegeberuf insgesamt attraktiver gemacht und die Pflegekräfte besser bezahlt werden.

Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden künftig wieder in voller Höhe paritätisch getragen.

**Absenkung des Zusatzbeitrags**  
Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz für 2019 ist auf 0,9 Prozent (2018: 1,0%) gesunken. Wie hoch er tatsächlich ausfällt, entscheiden die Krankenkassen.

**Entlastungen für freiwillig Versicherte**

Hohe Beiträge in der GKV können Selbstständige mit geringen Einkünften und Existenzgründer überfordern, so das Ministerium weiter. Deshalb werden freiwillig Versicherte Selbstständige bei den Mindestbeiträgen den übrigen freiwillig Versicherten in der GKV gleichgestellt (einheitliche Mindestbemessungsgrundlage von 1.038,33 Euro in 2019). Damit sinken die Mindestbeiträge zur Krankenkasse und sozialen Pflegeversicherung für hauptberuflich Selbstständige um mehr als die Hälfte. Freiwillig Versicherte müssen während des Bezugs von Krankengeld oder Mutterschaftsgeld nur noch Beiträge auf tatsächlich bestehende beitragspflichtige Einnahmen zahlen. Soldatinnen und Soldaten erhalten ein Beitrittsrecht zur freiwilligen Versicherung in der GKV.

**Abbau von Beitragsschulden**  
Die Krankenkassen werden verpflichtet, passive Mitglied-

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Digitalisierung befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Weg in ein neues Zeitalter. Wer wie Deutschland auch künftig an der Spitze des Fortschrittes stehen will, muss in diesem Bereich vorangehen.

Dass wir hier und da – vor allem beim Mobilfunk – immer noch etwas (oder etwas mehr) Nachholbedarf haben, ist mir gerade als Kommunalpolitiker einer ländlichen Region durchaus bekannt. Doch die Pressemitteilung kurz vor Weihnachten, dass Deutschland insgesamt im europäischen Vergleich bei der Mobilfunkabdeckung extrem weit zurückliegt, sogar hinter dem Schwellenland Albanien, hat mich dann doch leicht schockiert.

Dabei sollte uns allen klar sein: Um die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können brau-

### KPV engagiert sich für flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes

chen wir eine flächendeckend ausgebaute digitale Infrastruktur als unerlässliche Basisvoraussetzung – insbesondere für die Erreichung des politischen Zieles gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land. Dazu gehören Glasfaseranschlüsse genauso wie der Mobilfunkstandard 5G. Für die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU (KPV) ist diese Forderung ein ganz besonderes Anliegen, bei dem wir uns aus tiefer Überzeugung wenig Kompromissbereitschaft zeigen.

Warum ist gerade 5G so wichtig? Durch seine Eigenschaften (hohe Datenrate, hohe Kapazität, niedrige Latenz) werden völlig neue Anwendungen ermöglicht. Industrie 4.0, Handwerk-Digital, autonomes Fahren, Telemedizin, intelligente Energienetze, virtuelle Realität, Smart Farming oder die digitale Verwaltung sind nur einige wenige Anwendungsbereiche, in denen die Digitalisierung ihr Potential

GZ KOLUMNE  
Stefan Rößle



für unsere Volkswirtschaft und unsere Gesellschaft entfalten kann.

Damit aber alle von den Chancen der Digitalisierung profitieren können, brauchen wir den flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes. Der ländliche Raum muss die gleichen Möglichkeiten bekommen wie unsere Metropolen – die Fortschritte in der Lebensqualität u. a. mit autonomem Fahren oder auch Telemedizin dürfen nicht an der Stadtgrenze enden. Wir brauchen nicht

nur Smart-City, sondern auch Smart-Country! Gerade in Zeiten, in denen hohe Mieten, schlechte Luft und große Verkehrsströme unsere Städte belasten, müssen wir uns dafür einsetzen, unsere ländlichen Regionen so attraktiv wie möglich zu gestalten – und das funktioniert nur, wenn diese bei der technologischen Entwicklung nicht abgehängt werden.

Wenn diese Versorgung mit marktwirtschaftlichen Instrumenten nicht hergestellt werden kann, so ist es die Pflicht des Staates, hier regulierend und gegebenenfalls finanziell unterstützend einzugreifen. Denn es handelt sich hier ganz klar um Daseinsvorsorge. Flächendeckend ausgebaute Datenetze müssen heute so selbstverständlich sein, wie Wasser- oder Stromnetze.

Doch die Zeit drängt. Jetzt werden die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg der Zukunft, den gesellschaftlichen Fortschritt und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land gelegt – Deutschland darf diesen Moment nicht verpassen!

Aus diesem Grund haben wir als KPV gemeinsam mit anderen Verbänden zum CSU-Parteitag einen Antrag gestellt, in dem die Parlamentarier im Bund aufgefordert werden, sich für einen flächendeckenden und lückenlosen Ausbau von 5G in ganz Deutschland einzusetzen.

Wir kommen damit einmal mehr unserem Auftrag als starke Stimme der bayerischen Kommunen nach und setzen gleich zum Anfang des Jahres 2019 dahingehend ein klares Zeichen.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern  
Landrat des Landkreises Donau-Ries

kenpflege, Krankenpflege und Krankenpflegehilfe im ersten Ausbildungsjahr werden vollständig von den Kostenträgern refinanziert. Die Verbesserung schaffe einen deutlichen Anreiz, mehr auszubilden. Auch in der häuslichen Krankenpflege müssen Tariflöhne von den Krankenkassen akzeptiert werden.

**Bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte**

Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser werden finanziell dabei unterstützt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ihre in der Pflege tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern. Krankenkassen müssen rund 70 Millionen Euro jährlich mehr für Leistungen vor betrieblichen Gesundheitsförderung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aufwenden. Um Pflegekräfte zu entlasten, wird die Digitalisierung gefördert. Die Pflegeversicherung stellt dafür einmalig pro Einrichtung (ambulant oder stationär) 12.000 Euro zur Verfügung.

**Pflege zu Hause wird erleichtert**

Pflegende Angehörige erhalten leichter Zugang zu stationären medizinischen Rehabilitationsleistungen. Wenn die pflegebedürftige Person gleichzeitig in der Reha-Einrichtung betreut werden kann, übernehmen die Krankenkassen die Kosten. Andernfalls müssen Kranken- und Pflegekasse die Betreuung organisieren. Für Pflegebedürftige ab Pflegegrad 3 und Menschen mit Behinderungen werden Taxifahrten zu einer ambulanten Behandlung einfacher. Sie gelten mit der ärztlichen Verordnung als genehmigt. Längere Wegezeiten, insbesondere im ländlichen Raum, in der ambulanten Alten- und Krankenpflege sollen besser honoriert werden.

Auch in der häuslichen Krankenpflege müssen Tariflöhne von den Krankenkassen akzeptiert werden.

**Pflegerische Versorgung wird verbessert**

Zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung müssen Krankenhäuser Pflegepersonaluntergrenzen einhalten. Durch Rechtsverordnung wurden diese Mindestgrenzen zunächst für vier pflegesensitive Bereiche festgelegt: Intensivmedizin, Geriatrie, Kardiologie, Unfallchirurgie.

**Beitrag zur Pflegeversicherung steigt**

Der Beitrag zur Pflegeversicherung steigt um 0,5 Prozentpunkte auf 3,05% (3,3% für Kinderlose). Die Anhebung ist laut Ministerium notwendig, weil die Leistungsverbesserungen der letzten Jahre stärker als erwartet in Anspruch genommen werden.

Außerdem sollen in den nächsten Jahren weitere ausgabenwirksame Verbesserungen hinzukommen, die mit dieser Beitragssatzanhebung finanziert werden können.

Die Jahresarbeitsentgeltgrenze (Versicherungspflichtgrenze) der GKV steigt auf jährlich 60.750 Euro (2018: 59.400 Euro). Die Beitragsbemessungsgrenze der GKV steigt auf jährlich 54.450 Euro (2018: 53.100 Euro) beziehungsweise auf monatlich 4.537,50 Euro (2018: 4.425 Euro). Die Bezugsgröße, die für viele Werte in der Sozialversicherung wichtig ist, etwa für die Festsetzung der Mindestbeitragsbemessungsgrundlagen für freiwillige Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung, erhöht sich auf 3.115 Euro monatlich in den alten Bundesländern und auf 2.870 Euro in den neuen Bundesländern (2018: 3.045 Euro / 2.695 Euro).

Quelle: newsletter@beck.de

## Politische Bildung auch in 2019 gefragt

Angebote der Hanns-Seidel-Stiftung bayernweit

München. Politik in Zeiten von Fake News setzt mehr denn je voraus, sich mit Fakten und den Auswirkungen auf die Demokratie zu beschäftigen. Die Politischen Stiftungen bieten hier vielfältige Möglichkeiten zur Weiterbildung an. Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung hat für 2019 wieder ein Programm zusammengestellt, das nahezu alle Politikbereiche abdeckt.

Über 45.000 Teilnehmer zählte die Stiftung im vergangenen Jahr im Bereich Politische Bildung bei über 1.200 Seminaren. „Politische Bildung stärkt die Demokratie. Wir haben Angebote für alle Altersgruppen und Gesellschaftsschichten“, sagt Stiftungsvorsitzende Prof. Ursula Männle. Die Seminare finden im oberfränkischen Bildungszentrum Kloster Banz (Bad Staffelstein), im Konferenzzentrum München oder dezentral statt. „Der Trend geht zu wohnortnahen Angeboten“, so die Stiftungsvorsitzende. Hotels, Gasthäuser, Vereinsheime oder Schulen sind Orte der Begegnung bei Seminaren der Hanns-Seidel-Stiftung in ganz Bayern.

Ein Schwerpunkt im neuen Jahr ist das Erklären von Europa und seinen Institutionen: „Europa - Quo Vadis?“ Im Vorfeld der Europawahlen 2019 stehen die europäische Sicherheits- und Landwirtschaftspolitik, der Populismus in Europa, die Datenschutzgrundverordnung oder die Digitalisierung in Europa auf dem Seminarprogramm. Neben Parlamentarismus in Deutschland werden auch gesellschaftliche Themen aufgegriffen wie der digitale Verbraucherschutz, ethische Aspekte der Gesundheits- und Krankenpflege, Seminare zur Energiepolitik mit Exkursion, Chancen einer älter werdenden Generation, Mobbing im Berufsalltag oder die Onlinesucht.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung können Interessierte rückblickend auch Einblick in das „Leben in der DDR“ nehmen. Die Hanns-Seidel-Stiftung organisiert auch Ferienprogramme für Familien, Thementage Wirtschaft und Soziales oder für Medienkompetenz.

Die Themen und Angebote der politischen Bildung für 2019 sind zu finden unter [www.hss.de/veranstaltungen](http://www.hss.de/veranstaltungen). Wer sich für gesellschaftspolitische Literatur interessiert, kann unter [www.hss.de/publikationen](http://www.hss.de/publikationen) Broschüren herunterladen oder kostenfrei bestellen. □

## Rekord beim FAG ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs 65 Millionen Euro für Erstattungen insbesondere für bereits fertiggestellte und laufende Ausbaumaßnahmen bereitgestellt, für die Gemeinden aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge keine Beiträge mehr erheben können.

35 Millionen Euro werden für die im kommunalen Finanzausgleich neu eingeführten Straßenausbaupauschalen eingesetzt. Diese erhalten zunächst die Gemeinden, die Straßenausbaubeiträge als Finanzierungsquelle tatsächlich genutzt haben. Im Jahr 2020 sollen die Straßenausbaupauschalen auf 85 Millionen Euro aufgestockt und dann allen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel für die Straßenausbaupauschalen sollen danach weiter aufwachsen, und zwar in dem Umfang, in dem die Mittel bei den Erstattungsleistungen zurückgeführt werden können. Im Endausbau sollen damit mindestens 150 Millionen Euro für die Straßenausbaupauschalen zur Verfügung stehen.

Mit einer Erhöhung der allgemeinen Finanzaufwendungen um 15 Millionen Euro auf 484 Millionen Euro werden die Kommunen bei der Erfüllung ihrer übertragenen bzw. staatlichen Aufgaben noch stärker unterstützt. Die besonderen Finanzaufwendungen, die für spezielle Aufgaben wie die der Gesundheitsämter oder für die Lebensmittelüberwachung gewährt werden, werden gleichzeitig um 5 Millionen Euro erhöht. Begleitend hierzu wurde vereinbart, den Landratsämtern in 2019 außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs für die Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben zusätzlich 70 neue Stellen zur Verfügung zu stellen.

### „Eine gute Hausnummer“

Für Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl als Verhandlungsführer der Kommunalen Spitzenverbände sind 9,97 Milliarden Euro für die Kommunen in Bayern „eine gute Hausnummer“. Damit könnten Städte und Gemeinden, Landkreise und Bezirke ihre vielfältigen Aufgaben besser erfüllen. Insgesamt sei sowohl für den Freistaat als auch für die Kommunen ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt worden.

Seit langem ist bekannt, dass ab dem Jahr 2020 der Freistaat Bayern keine Gewerbesteuerumlage mehr von den Städten und Gemeinden bekommen wird. Den Kommunalen Spitzenverbänden sei es daher sehr wichtig gewesen, dass dieser Wegfall nicht aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs kompensiert werden muss. Brandl: „Das haben wir erreicht. Da die Städte und Gemeinden weiterhin hohe Investitionsausgaben für ihre Einrichtungen haben werden, brauchen sie nicht zu befürchten, dass in den nächsten Jahren weniger Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich verteilt werden wird. Das gibt Planungssicherheit.“

Gemildert werden konnte laut Brandl der Streitpunkt Kompensation für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge als Finanzierungsquelle für Städte und Gemeinden. Zwar werden aus seiner Sicht die nun vereinbarten 100 Millionen Euro weiterhin nicht reichen, jedoch habe „der Freistaat wenigstens eingesehen, dass die veranschlagten 65 Mio. Euro bei weitem nicht langan.“

Gegenstand der Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2019 waren auch die Jahreslosung des Bayerischen Landkrei-

tags aus 2018 (Personal, Personal, Personal) und die Forderung der bayerischen Landrätinnen und Landräte nach einer aufgabengerechten Personalausstattung. Ergänzend zum Finanzausgleichstabelleau wurden 70 zusätzliche staatliche Stellen an den Landratsämtern als erster Schritt zugesagt.

Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, darlegte, „muss unser Personal die politischen Beschlüsse aus München umsetzen. Die Zuverlässigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist ein Schlüssel für den Gesamterfolg des Freistaates. Mit den zusätzlichen 70 Stellen konnte ein Einstieg gegen die Personalnot an den Landratsämtern erreicht werden. Weitere Schritte müssen im Rahmen eines Gesamtkonzepts folgen.“

### Berechnungen des Bayerischen Innovationsrings

Grundlage für die Forderung des Bayerischen Landkreistags nach mehr Personal bilden die Berechnungen des Bayerischen Innovationsrings. Dieser hat ermittelt, in welcher Höhe die 71 Landkreise in Bayern kommunale Finanzmittel für staatliche und übertragene Aufgaben aufwenden müssen, weil die staatlichen Finanzaufwendungen, Gebührenüberlassungen oder Ähnliches dafür nicht ausreichen. Im Schnitt sind es 2 Mio. Euro pro Landkreis in Bayern und insgesamt 145 Mio. Euro, also rund 1.450 Stellen. In den Behörden fehlen unter anderem besonders Technische Umweltingenieure, Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst, Amtstierärzte, Fachkräfte für Naturschutz und Landschaftspflege, aber auch Juristen, die für den Vollzug der Gesetze gegenüber Bürgern und Wirtschaft verantwortlich sind. Deren Stellenbewertung soll der hohen tatsächlichen Verantwortung vor Ort entsprechend angepasst werden. Dazu finden weitere Gespräche statt.

### Steueraufkommen steigt

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, wertet das Verhandlungsergebnis als „guten Kompromiss, mit dem alle Seiten leben können“. Mit dem Anstieg des Steueraufkommens wachse der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund um 325 Millionen Euro. Somit stiegen insbesondere die Schlüsselzuweisungen für 2019, wovon vor allem finanzschwache Kommunen profitieren. Der Aufwuchs ergebe sich vor allem aus dem wachsenden Steueraufkommen mittels Umschichtungen aus dem allgemeinen Steuerverbund. Der Freistaat Bayern schieße noch zusätzlich 20 Millionen Euro „frisches Geld“ zu.“

Ab dem Jahr 2020 erhielten die Kommunen Planungssicherheit, so Gribl: „Das ergibt, bezogen auf die Zahlen von 2017, ein enormes Entlastungsvolumen von grob geschätzt rund 800 Millionen Euro. Damit bekommen die Kommunen bessere Planungssicherheit bei der Aufstellung ihrer kommunalen Haushalte.“

Auch die soziale Sicherung nahm einen hohen Stellenwert ein. Mit Blick auf die kommenden Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz ist dies nach Auffassung des Bayerischen Bezirkstags besonders wichtig. Ergebnis für die Bezirke: Die staatlichen Zuweisungen in Höhe von 691,5 Millionen Euro werden auch für 2019 festgeschrieben.

Präsident Franz Löffler zufolge konnte beim Thema „Finan-

zierung der Jugendhilfekosten für die unbegleitet einreisenden minderjährigen Ausländer (UMA) auch nach Erreichen der Volljährigkeit“ mit dem Freistaat Bayern ein Kompromiss gefunden werden. Dieser sagte zu, seine bisher bis Ende 2018 befristet gewährte pauschale Beteiligung an den Jugendhilfekosten für junge Volljährige in Höhe von 40 Euro pro Tag auch im Doppelhaushalt 2019/2020 fortzuführen. Der Bayerische Bezirkstag begrüßt darüber hinaus die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die Zuständigkeiten bei

## Perspektiven für die ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ren rund 1,6 Millionen Wohnungen seien schon aufgrund ihres Satzungszwecks verpflichtet, „preiswerten Wohnraum für breite Kreise der Bevölkerung zu schaffen“. Kommunale Unternehmen spielten zudem eine besondere Rolle für eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung. Sie müssten daher, ebenso wie das genossenschaftliche Wohnen mit seinem Solidaransatz, von Bund und Ländern gezielt gefördert werden. Hierzu gehöre es, dass auch der Erwerb von Anteilen in Baugenossenschaften in die Förderung durch das Baukindergeld einbezogen wird.

Im Jahr 2017 wurden nur 284.000 Wohnungen gebaut, nötig sind mindestens 350 bis 400.000 Wohnungen pro Jahr. „Das Gebot heißt daher: Bauen, bauen, bauen“, machten Brandl und Landsberg deutlich.

### Digitalisierung schafft Abhilfe

Teilweise Abhilfe schaffen kann laut DStGB die Digitalisierung der Verfahren. „Digitale Lösungen können in nahezu allen Bereichen dazu beitragen, die Verfahren zu beschleunigen und zu verbessern. Gerade für die ländlichen Räume bedeutet dies eine große Chance. Stärken wir diese Regionen, dann reduzieren wir den momentanen Zuzugsdruck auf die Ballungsräume“, erläuterten die Verbandsvertreter. Dies könne zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt und zur Verkehrsrelastung in den Städten führen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich vor diesem Hintergrund für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Digitale Städte und Regionen“ ein. Durch dieses Instrument können die digitalen Kompetenzen in die Fläche gebracht sowie der Erfahrungsaustausch und die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt werden.

Gleichzeitig fordert der kommunale Spitzenverband, noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, um die sich abzeichnende Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Dazu gehöre ein beherztes Eintreten für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.

„Obwohl die Steuerquellen sprudeln und vieles unternommen wird, fühlen sich die Menschen in Deutschland in manchen Gegenden abgehängt. Wo der Bus nur einmal am Tag fährt, die Ärzte sich zurückziehen, die Schulen in schlechtem Zustand und die Arbeitsplätze sehr weit entfernt sind, ist dies nachvollziehbar. Wer hier gegensteuern will, muss die einseitige Konzentration auf die Metropolen beenden und Ausgewogenheit schaffen“, forderten Brandl und Landsberg. Nach einer Forsa-Umfrage wollen nur 16 Prozent der Bevölkerung in einer Großstadt leben, die übrigen bevorzugen das Leben in einer Kleinstadt oder in einem Dorf. „Dies muss die Politik sehr viel stärker in den Blick nehmen und den Menschen eine Perspektive eröffnen, auch im ländlichen

der Betreuung und Finanzierung der unbegleiteten minderjährigen und jungen volljährigen Geflüchteten zu optimieren.“

Da die stetige Ausgabensteigerung bei den sozialen Leistungen eine zunehmende finanzielle Herausforderung für die bayerischen Kommunen darstellt, regte Präsident Löffler die Einrichtung einer staatlich-kommunalen Arbeitsgruppe an, die sich mit einer Verstärkung der staatlichen Finanzaufweisungen an die Bezirke und damit einer strukturellen Anpassung der Finanzierung befasst. **DK**

Raum zu leben und zu arbeiten“.

Ein klares Bekenntnis zu Europa fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit Blick auf die kommende Europawahl. Notwendig sei es, die Errungenschaften der europäischen Einigung deutlich zu machen. Dazu müssten auch die Städte und Gemeinden einen Beitrag leisten. „Das Jahr 2019 mit der Europawahl wird zum Schicksalsjahr für die EU und unsere Zukunft. Wir müssen Europa neu aufstellen und den Populisten eine klare Absage erteilen“, erklärte die DStGB-Präsidentin. Gleichzeitig erwarteten die Kommunen von der EU mehr Reformbereitschaft und eine Reform der Subsidiaritätsgrundsätze.

### Bekenntnis zu Europa

„Gerade die Städte und Gemeinden haben den europäischen Gedanken stets gefördert und können jetzt einen wichtigen Beitrag leisten, dass das Erreichte nicht mutwillig zerstört und damit unser Wohlstand und die Zukunft gefährdet werden“, appellierten Brandl und Landsberg. Die Kommunen, aber auch die Staaten müssten viel deutlicher als bisher herausstellen, welche überragende Rolle die europäische Gemeinschaft für die Sicherung des Friedens unter den europäischen Völkern leistet und geleistet hat.

Auch das „Europa-Bashing“ muss nach Ansicht von Brandl und Landsberg aufhören. Die Nationalstaaten neigten dazu, eigene Defizite der EU anzulasten, um von hausgemachten Fehlern abzulenken. „Dazu gehört auch das Märchen vom ‚Bürokratie-Monster‘ in Brüssel. Die EU mit 508 Millionen Einwohnern hat eine Verwaltung, die kleiner ist als der Apparat von zwei deutschen Großstädten“, stellten Brandl und Landsberg fest. Nur im Rahmen der EU bestehe eine Chance, als gemeinsamer Wirtschafts- und Werteraum im Verhältnis zu den Machtblöcken in Asien und den USA, zu bestehen.

Auch beim Thema Migration ist eine einzelne nationale Lösung laut DStGB zum Scheitern verurteilt. „Wir brauchen ein gemeinsames europäisches Asylrecht und einen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen. Das muss schneller und beherzter angegangen werden“, so Brandl und Landsberg. Gleichzeitig müsse die EU mehr Reformwillen zeigen. Dazu gehöre auch die konsequentere Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips.

Die Kommunen erwarteten, dass die EU das riesige Potenzial der Städte und Gemeinden in Europa für den europäischen Integrationsprozess besser nutzt. Notwendig sei eine deutliche Stärkung der Partnerschaften, aber auch ein größeres Gewicht der Kommunen, etwa im Ausschuss der Regionen. „Für Europa ist es fünf vor zwölf. Deshalb müssen wir jetzt die Kräfte bündeln und bei den Menschen für das gemeinsame Projekt eintreten“, führten die Verbandsvertreter abschließend aus. **DK**

## Wirksame Impulse ...

(Fortsetzung von Seite 1)

nalbudgets an, um eine freie, kommunal verantwortete Förderpolitik zu ermöglichen, in dem kommunale Entscheidungsprozesse nicht inhaltlich vorgeformt werden. „Die ländlichen Räume brauchen verbesserte Förderinstrumente, um fortan Impulse auch außerhalb der Landwirtschaft breiter und wirksamer unterstützen zu können. Dem dient eine angepasste Gemeinschaftsaufgabe ‚Agrarstruktur und Küstenschutz‘. Darüber muss bereits Ende des Monats Januar im Vermittlungsausschuss entschieden werden, die Länder haben im Sommer im Bundesrat mit 16:0 Stimmen einen entsprechenden Beschluss gefasst“, erklärte Sager.

### Milliarden-Investitionen

Die entsprechenden Investitionen erforderten Milliarden von den Kreisen und Gemeinden, fuhr der Präsident fort: „Hier gibt es in sehr vielen Landkreisen, aber auch Gemeinden ein strukturelles Problem, was sich stark verkürzt auf den Nenner bringen lässt: Die Aufgaben werden mehr und teurer, die verfügbaren Finanzmittel bleiben ungefähr gleich. Das kann auf Dauer nicht aufgehen.“

### Zusätzliche Steuermittel

Daher fordere der Deutsche Landkreistag einen größeren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer, auch für die Landkreise: „Heute tragen die Kommunen knapp ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben. Ihr Anteil an den originären Steuereinnahmen beträgt aber nur gut 13 %. Zusätzliche kommunale Steuermittel sind deshalb die Lösung des Problems.“ Diese zusätzlichen Steuermittel sollten dann nicht nach Wirtschaftskraft, sondern bedarfsgerechter verteilt werden, meinte der Präsident.

Der Deutsche Landkreistag sprach sich zudem für ein wertabhängiges Modell zur Reform der Grundsteuer aus. Laut Reinhard Sager „geht es uns bei der Grundsteuer darum, die bestehenden Realitäten abzubilden.“ Das bedeute, dass in herausgehobenen Wohnlagen mehr Grundsteuer anfällt als in strukturschwachen Gebieten.

Eine wertberichtigende Reform sei das Ziel der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Novelle, da die alten Einheitswerte die Realitäten nicht mehr abbilden. Eine rein flächenbezogene Steuer sei schon aus Gerechtigkeitsaspekten kein gangbarer Weg.

### Vorschlag des Bundesrates

Ein guter Ausgangspunkt sei das vom Bundesfinanzministerium vorgestellte wertabhängige Modell, das sich am Vorschlag des Bundesrates orientiere, aber weniger Wertkomponenten als dieses aufweise und an die Nettokaltmiete statt an den Verkehrswert anknüpfe. „Uns wurden vom Finanzministerium bereits erste Modellrechnungen für verschiedene Gemeinde- und Grundstückstypen überlassen. Danach müssten zur Herstellung der Aufkommensneutralität die größeren Städte die Hebesätze nach unten sowie die kleineren Städte und Gemeinden nach oben anpassen. Das wäre dann eine von Kommune zu Kommune zu treffende Entscheidung, die lokal verantwortet werden würde“, unterstrich der Verbandschef.

Der Deutsche Landkreistag plädierte darüber hinaus dafür, das Ziel eines flächendeckenden Mobilfunkausbaus auch mit 5G nicht aufzuweichen. Wie Sager erläuterte, müsse eine wei-

tere und andauernde digitale Spaltung des Landes unbedingt verhindert werden. „Für die bevorstehende Frequenzauktion der Bundesnetzagentur erneuern wir unsere Forderung, entsprechende Versorgungsaufgaben für unrentable Gebiete im Wege einer Negativauktion vorzusehen. Damit würde der Bund seiner Verantwortung gerecht.“

### Flächendeckende Versorgung mit Mobilfunknetzen

Die flächendeckende Versorgung mit Mobilfunknetzen sei unabdingbare Voraussetzung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Das gelte gleichermaßen für den Ausbau der Glasfasernetze. Sager: „Wir brauchen überall echtes 5G. Sprichwörtlich auch an jeder Milchkanne. Sonst stellen sich viele Fragen nach wirtschaftlicher Entwicklung in einer globalisierten Welt gar nicht erst. Das wahre industrielle, mittelständische Herz schlägt in Deutschland im ländlichen Raum. Wenn wir hier im buchstäblichen Sinne den Anschluss an das globale und mehr und mehr digitalisierte Wirtschaftssystem verlieren, stellen wir den ländlichen Raum als Wohn- wie als Wirtschaftsstandort in Frage.“

### Kritik an Bundesnetzagentur

Vor diesem Hintergrund sei die Entscheidung der Bundesnetzagentur nachdrücklich zu kritisieren, im Rahmen der bevorstehenden Versteigerung von Frequenzen auf den Erlass von Auflagen für eine echte flächendeckende Versorgung auch jenseits der bewohnten Gebiete und der wichtigsten Verkehrswege verzichtet zu haben. „Die vorgesehenen Auflagen werden – wie bereits jetzt bei LTE zu beobachten – zu einem lückenhaften 5G-Netz führen, zumal sie bezogen auf die Verkehrswege jenseits der Bundesautobahnen schon dann als erfüllt gelten, wenn jeweils nur einer der Anbieter eine entsprechende Infrastruktur errichtet hat. Um damit zu echter Flächendeckung zu gelangen, bräuchten wir im zweiten Schritt ein nationales Roaming“, hob der DLT-Präsident hervor.

Sollten weitergehende Auflagen aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nicht möglich sein, müssten andere Instrumente wie eine Änderung des Regulierungsrechts die Flächendeckung sicherstellen. „Hier bleibt der Bund in der Pflicht, wie man es auch dreht und wendet“, betonte der Verbandschef. Dazu zähle auch eine Auktion mit negativem Veräußerungserlös.

Die Mobilfunkbetreiber hätten sich bislang strikt gegen solche Auflagen gewehrt mit dem Argument, der Ausbau sei deutlich zu teuer. „Die Bundesnetzagentur begründet ihre Vorschläge ebenfalls mit hohen Kosten. Wer aber gleichwertige Lebensverhältnisse will, muss beim Mobilfunkausbau für Flächendeckung eintreten. Das bedeutet, dass wir wirksame Versorgungsaufgaben brauchen. Wir dürfen nicht dieselben Fehler machen wie beim 4G-Netz, wo wir gerade keine Flächendeckung erreicht haben“, erläuterte Sager.

Zwar sei dort eine Haushaltsabdeckung von 97 % angestrebt, dennoch bestehe keine Flächendeckung. So liege beispielsweise bei Kreisstraßen die Verfügbarkeit zwischen 37 % und 80 %. Das bedeute, dass der schlechteste Anbieter auf 57.000 der insgesamt rund 92.000 km Kreisstraßen keine Dienste verfügbar halte, der beste Anbieter auf rund 17.000 km. **DK**

Energiegipfel Bayern 2018/2019:

## Startschuss zur Energiewende 2.0

Die Begeisterung für die Energiewende neu zu beleben, war das Ziel des von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger initiierten Energiegipfels Bayern. Betroffene Verbände, Kammern, Kommunen, Vertreter der bayerischen Energiewirtschaft sowie der Landespolitik und Wissenschaft trafen sich in München, um über den Stand und die Perspektiven für die Energiewende im Freistaat ins Gespräch zu kommen. Dabei herrschte eine große Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den Akteuren.

„Mit dem Energiegipfel Bayern starten wir die Energiewende 2.0 in Bayern. Die Energieversorgung der Zukunft ist umweltfreundlich und steht im Einklang mit den Interessen der Wirtschaft und Bevölkerung. Hierfür erarbeiten wir ein Gesamtkonzept“, hob Wirt-

schafts- und Energieminister Aiwanger hervor. Sein Ziel sei es, eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung mit möglichst viel Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen - etwa durch mehr Photovoltaik, Windenergie und Wasserkraft.



Von links: Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber, Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger und Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert auf dem Energiegipfel Bayern 2018. Bild: StMWi/M. Schlaf

erdgas schwaben:

## Stabile Preise für Erdgas seit 2011

Stabile Preise bis zum Ende der Heizperiode garantiert erdgas schwaben für Mein PrämienGas. Und daran ändert sich auch erst mal nichts. „Unsere Kundinnen und Kunden können darauf vertrauen, dass wir die Preise auch in Zukunft stabil halten wollen“, betont Jens Dammer, Leiter Vertrieb und Energieeinkauf erdgas schwaben.

„Der Energiemarkt unterliegt derzeit großen Preisschwankungen, wir sind aber bestrebt, durch eine strategische lang- und kurzfristige Energiebeschaffung die Preise solange wie möglich konstant zu halten“, so Dam-

mer. „Unsere Erdgas-Kunden und -Kundinnen profitieren auf jeden Fall bis Ende März von der erdgas schwaben-Preisgarantie.“

Zwei Drittel aller Erdgas-Kunden und -Kundinnen von erdgas schwaben können sich über ei-

Elektromobilität im ländlichen Raum:

## Nicht nur ein urbanes Thema

Elektromobilität ist ein wichtiges Thema für den ländlichen Raum. Darin waren sich die Referenten, Gäste und Aussteller der interkommunalen Informationsveranstaltung zu Perspektiven zur Elektromobilität im ländlichen Raum einig. Denn jenseits der dringenden Notwendigkeit für emissionsfreies Fahren im urbanen Umfeld, bietet der ländliche Raum viele Vorteile für die Nutzung der Elektromobilität.

Auf der Veranstaltung, die im Hopfenmuseum Wolnzach stattfand, diskutierten mehr als 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Potenziale, Chancen und Risiken. Organisiert war die Veranstaltung von der Bayern Innovativ GmbH, der Bayerischen Gesellschaft für Innovation und Wissenstransfer mbH zusammen mit den Klimaschutz- und Regionalmanagements der Landkreise Freising, Kelheim und Pfaffenhofen a.d.Ilm.

Nach der Begrüßung durch Wolnzachs Bürgermeister Jens Machold diskutierte Dr. Rainer Seßner, Geschäftsführer der Bayern Innovativ GmbH mit den Landräten Josef Hauner (Landkreis Freising), Martin Neumeyer (Landkreis Kelheim) und Martin Wolf (Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm) über die Situation und Entwicklungschancen für Elektromobilität in der Region. Vor dem Hintergrund des drängenden Klimawandels stimmte man überein, dass nachhaltige und intermodale Verkehrskonzepte künftig eine größere Rolle in der Mobilität der Region spielen müssen. Neben dem Ausbau des ÖPNV und der Stärkung des Rad- und Fußverkehrs wird die Elektromobilität ein weiterer Baustein sein, den Ausstoß an gesundheits-

und klimaschädlichen Treibhausgasen im Verkehrsbereich zu senken.

Georg Tinnefeld von Green City Projekt München stellte in seinem Einführungsvortrag die Weichen für die Elektromobilität im ländlichen Raum, zu deren großen Vorzügen die Platzverfügbarkeit für Ladeinfrastruktur und der hohe Deckungsgrad durch Photovoltaik-Anlagen auf Hausdächern und der ökologisch produzierte Strom zählen. Er unterstrich, dass ohne intermodale Verkehrskonzepte die Verkehrswende nicht zu schaffen sei.

Erfolgsfaktor Ladeort

Konkreter wurde es in den Fachvorträgen: Stefan Sulzenbacher von REWAG stellte die Kriterien für den „Erfolgsfaktor Ladeort“ dar. Hardy Barth, Geschäftsführer von eCHARGE, präsentierte das technisch effiziente Zusammenspiel von selbst erzeugtem Solarstrom, Stromspeicher und Elektrofahrzeug mittels intelligenter Steuerung im Privathaushalt und im Betrieb. Über die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der Elektromobilität in der Landwirtschaft referierte Prof. Heinz Bernhardt, Agrarsystemforschung der TU München.

Im Zuge der Debatte um den Mindestwasserleitfadens sprach sich Aiwanger dagegen aus, kleine Wasserkraftwerke zu zerstören. Vielmehr wolle er die Betreiber ermuntern, in Modernisierung zu investieren. Dazu benötigten sie jedoch Planungssicherheit. Auch bei der Großen Wasserkraft sieht Aiwanger noch Möglichkeiten der Optimierung und Modernisierung. Diese sollten unbedingt genutzt werden.

Stromtrassen-Bau reicht nicht

Die Energieversorgung nur durch den Bau von Stromtrassen zu sichern, hält der Wirtschaftsminister hingegen für „sicher nicht ausreichend“. Erneut zweifelte er die Notwendigkeit des SuedOstLinks an. „Gleich welche Trassenvariante man auswählt, es wird immer massiven Ärger in der Bevölkerung geben“, unterstrich Aiwanger. Außerdem werde die endgültige Trasse für die Stromautobahn, die Windstrom aus Norddeutschland über Hof nach Essenbach in Niederbayern transportieren soll, erst in zwei oder drei Jahren festgelegt. Für den Minister bedeutet dies „alles andere als Versorgungssicherheit“. Die Realisierung der Trassen stehe schlichtweg in den Sternen.

Als geeignete Alternativen, die zudem die Versorgungssicherheit stärken, bezeichnete Aiwanger regionale Gaskraftwerke mit einer Leistung von mindestens vier Gigawatt. Diese Energie könnten Deutschlands modernstes Gaskraftwerk Irsching im oberbayerischen Vohburg an der Donau

ne Gutschrift freuen. „Wir versorgen unsere Kunden und Kundinnen seit acht Jahren zu stabilen Preisen“, sagt Dammer. „Zusammen mit dem bisher relativ milden Winter und einem effizienten Energieeinsatz ergibt das für viele eine Gutschrift.“

erdgas schwaben belohnt treue Kunden und Kundinnen: Auch die Stromkunden und -kundinnen von erdgas schwaben können attraktive Rabatte bekommen. „Auch unseren Stromkunden und -kundinnen garantieren wir stabile Preise bis Ende 2019“, sagt Dammer. „Wer jetzt zu Mein GünstigStrom wechselt, bekommt einen Neukunden-Bonus und einen Treuerabatt. Wir umwerben nicht nur neue Kunden. Wir legen großen Wert auf langfristige Beziehungen und wissen, was wir an unseren treuen Kundinnen und Kunden haben.“

Pendlerparkplätze als Ladeorte waren der Fokus von Stefan Pagenkopf-Martin, Geschäftsführer der Parkstrom GmbH, der auch mit EC-Karten abrechnungsfähige Ladestellen mitbrachte. Mit den Alternativen zum Auto begeisterte Manfred Kramer von movelo aus Österreich die Gäste: beispielsweise in der Zugspitzregion betreibt movelo ein eBike-Sharing-Angebot für Firmen und Kommunen. Elektromobilität spielt also nicht nur für e-Autos eine wichtige Rolle für die Mobilität der Zukunft.

Wie e-Mobilität in der Geschäftspraxis aussieht, erzählten der Regensburger Architekt Thomas Pongratz und der Geschäftsführer der Freisinger PrintVision Martin Steyer. Sie berichteten von ihren Erfahrungen mit dem Elektrofahrzeug als Dienstwagen und zeigten sich begeistert, so den eigenen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck reduzieren zu können.

Mit ihrem Beitrag zum 3. Call für Ladeinfrastruktur des Bundesverkehrsministeriums beschloss Laura Prawatky von der NOW GmbH den Vortragsreigen.

und zumindest ein zweites nach zu bauendes Kraftwerk liefern. Grundsätzlich präferiere er eine dezentralere und über das Land verteilte Lösung.

Investoren für den Kraftwerksbau gäbe es genügend, sofern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch mehr Förderungen aus Bundesmitteln passten, machte Aiwanger deutlich. Wo die Kraftwerke stehen könnten, sei offen, denkbar wären etwa die Orte, an denen bisher Atomkraftwerke an das Netz angeschlossen sind.

Insgesamt, so der Minister, wird sich in den kommenden Jahren die bayerische Energiepolitik darauf konzentrieren, Erneuerbare Energien stärker auszubauen, die Stromnetzarchitektur intelligenter zu gestalten, Speicher voranzubringen und Energieeffizienzpotenziale stärker zu nutzen. Dafür werden in Folge des Energiegipfels vier Arbeitsgruppen eingerichtet, die Maßnahmen zu den jeweiligen Themenfeldern erarbeiten werden. Um die Energiewende neu auszurollen, wird parallel dazu die Landesagentur für Energie und Klimaschutz aufgebaut.

Wie Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber abschließend bemerkte, seien Klimaschutz und Energiewende untrennbar miteinander verbunden. „Wir haben sehr ambitionierte Klimaziele, die wir kraftvoll umsetzen wollen. Wir werden dem Klimaschutz Verfassungsrang geben und ein eigenes Bayerisches Klimaschutzgesetz schaffen. Als starkes Industrieland hat Bayern hier eine Vorbildfunktion.“ Ziel sei es, die Treibhausgasemissionen in Bayern bis 2050 auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr zu reduzieren.

DK

Stadt Königsbrunn und erdgas schwaben:

## 50 Jahre Erdgas-Versorgung

Mit einem gemeinsamen Festakt und der feierlichen Eröffnung der Energieausstellung „Unsere Energiewelt heute und morgen“ begingen erdgas schwaben und die Stadt Königsbrunn im Rathaus das Jubiläum „50 Jahre Erdgasversorgung“.

Seit 1968 versorgt erdgas schwaben die Stadt Königsbrunn zuverlässig und sicher mit umweltschonendem

Erdgas. Erster Kunde war das Gymnasium. Heute verfügt die Stadt über knapp 89 Kilometer Ortsnetzleitung und fast 4.500 Hausanschlüsse.

Dadurch sparen die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Kommune und Gewerbebetriebe in Königsbrunn erhebliche Mengen an CO<sub>2</sub> ein und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Kinder- und Jugendtheater Eukitea für Königsbrunner Schulen

Franz Feigl, Bürgermeister in Königsbrunn, bedankte sich für die Spende von 5.000 Euro für Aufführungen des Kinder- und Jugendtheaters Eukitea. Das Theater gibt im kommenden Jahr auf Kosten von erdgas schwaben in jeder Schule in Königsbrunn eine Vorstellung. Das Stück dürfen die Schulen selbst auswählen.

Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben, freut sich über die gute Zusammenarbeit mit Königsbrunn: „Service, Sicherheit und nachhaltige Energieversorgung stehen bei uns ganz oben. Dafür setzen wir auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kommunen in Bayerisch Schwaben.“



Bürgermeister Franz Feigl (l.) mit Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben.

## Kopf hoch!

Komm zu erdgas schwaben!



## Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de



**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah



Informativer Energie-Talk im Rahmen der RENEPO Interhydro. Von links: Günther Rabensteiner, Dr. Nicolaus Römer, Anne-Marie von Hassel, Hermann Steinmaßl, Christoph Wagner, Sebastian Schönauer. □

**RENEPO Interhydro in Salzburg:**

## Versorgungssicherheit durch Wasserkraft

Über den Stand der Technik, die Rahmenbedingungen auf EU- und nationaler Ebene, aktuelle Entwicklungen sowie über Wirtschaftlichkeit und die ökologischen Aspekte der Wasserkraft informierte die Kongressmesse RENEPO Interhydro 2018 in Salzburg. Erneut bot die Veranstaltung eine Plattform für Präsentation, Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch sowie für die Knüpfung neuer Kontakte. Von Anlagenkomponenten über Kraftwerksteuerung bis hin zum Stromhandel und Direktvermarktung: Auf der Messe präsentierten Unternehmen die gesamte Wertschöpfungskette der Wasserkraft.

Das 3. Europäische Verbände-Treffen sowie das 2. Osteuropa-Forum und das 2. Afrika Kleinwasserkraft-Forum brachten auch in diesem Jahr die internationale Vernetzung der Branche voran. Die Vorteile der Wasserkraft deutlicher zu kommunizieren und herauszustellen, sowie ihre Bedeutung im politischen Umfeld zu stärken, war zentrales Thema beim 3. Europäischen Verbände-Treffen. Beim EREF Kleinwasserkraft Verbändetreffen wurden die neue Gesetzgebung und die denkbaren Auswirkungen auf den Anlagenbetrieb und auf mögliche neue Geschäftsmodelle diskutiert.

### Bessere Vernetzung vonnöten

Konsens der anwesenden Verbände aus insgesamt rund 20 europäischen Ländern war, dass eine bessere Vernetzung, mehr Kommunikation in Öffentlichkeit und Medien sowie eine stärkere Vertretung der europäischen Wasserkraft in Brüssel zwingend notwendig sind.

Mit 125 Ausstellern, 467 Kongressteilnehmern und 2.500 internationalen Besuchern hat die RENEPO INTERHYDRO ihren Status als Treffpunkt Nr. 1 der Wasserkraft in Europa erneut bestätigt. „Es freut uns sehr, dass es uns zum wiederholten Male gelungen ist, die Branche in Salzburg zusammenzubringen und drängende Themen anzusprechen. Die Wasserkraft muss weiter gestärkt werden - vor allem auch im Hinblick auf die immer deutlicher sichtbaren klimatischen Veränderungen mit extremer Trockenheit auf der einen und katastrophalen

Überschwemmungen auf der anderen Seite!“, unterstrich Johann-Georg Röhm, Geschäftsführer der REECO Austria GmbH, bisherige Veranstalterin der RENEPO INTERHYDRO.

Michael Wagner, Geschäftsführer im Messezentrum Salzburg dazu: „Wir freuen uns dass wir den großen Wissensschatz, den wir uns in zehn Jahren rund um diese Veranstaltung aneignen konnten, nun in Begleitung von Herrn Röhm vertiefen können. Begleitet vom jetzigen Projektteam fühlen wir uns für die neue Rolle als Veranstalter der RENEPO INTERHYDRO bestens gerüstet.“

Bei der diesjährigen RENEPO INTERHYDRO stand das Thema „Versorgungssicherheit durch Wasserkraft“ im Fokus. In seiner Eröffnungsrede stellte der Schirmherr, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Heinrich Schellhorn, die Bedeutung der Wasserkraft für das Land Salzburg sowie die Bedeutung der Wasserkraftmesse als wichtigem Treffpunkt für Austausch und Diskussion besonders heraus. Nur mit vereinten Kräften seien Klimaschutz und Energieerzeugung in ganz Europa zu schaffen, so Schellhorn. Es brauche gemeinsame Handlungen sowie einen breiten Austausch von Wissen, Information und Erfahrungen.

Auf den Aufbau dezentraler Energiestrukturen in ländlichen Regionen setzt nach den Ausführungen von Josef Göppel, Energiebeauftragter des BMZ für Afrika, MdB a.D., das Programm „Grüne Bürgerenergie für Afrika“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dies geschehe mit Hilfe von Kommu-

nen, Genossenschaften und privatwirtschaftlichen Investitionen. Außerdem würden die afrikanischen Kommunen gestärkt. Somit könnten Sie bezahlbare, verlässliche und nachhaltige Energie bereitstellen und die berufliche Bildung im Energiesektor ausweiten. Die Wasserkraft nehme in diesem Konzert einen äußerst wichtigen Platz ein, betonte Göppel.

### Energie-Talk

Beim anschließenden Energie-Talk diskutierten unter der Moderation von Anne-Marie von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung, hochkarätige Referenten der Branche: Nicolaus Römer, Technischer Vorstand der Firma Schluchseewerk, Laufenburg, stellvertretender Präsident des Verbands für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Alpine Wasserkraft, Wien, Günther Rabensteiner, Vorstandsmitglied des österreichischen Unternehmens Verbund, Christoph Wagner, Präsident des Verbands Kleinwasserkraft Österreich, Altlandrat und MdL a.D. Hermann Steinmaßl, 3. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern und Sebastian Schönauer, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern und Sprecher des Arbeitskreises Wasser im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

„Wasserkraft ist die oft vergessene erneuerbare Energiequelle bei der Diskussion um die Zukunft der Versorgung in Europa. Dabei ist sie jedoch das Rückgrat der regenerativen Erzeugung“, bekräftigte eingangs Dr. Günther Rabensteiner, VERBUND AG, Wien, dem mittlerweile zweitgrößten deutschen Wasserkraftbetreiber am Inn. Die Konzentration auf die bereits bestehenden Kraftwerke sei hierbei vorrangiges Ziel. Effizienzsteigerungsmaßnahmen stünden – trotz des bereits hohen Wirkungsgrades – im Vordergrund. Es gelte Maßnahmen zu ergreifen, um die Wasserkraft hocheffizient zu nutzen.

Letztlich geht es Rabensteiner zufolge nicht nur um die Produktion der erneuerbaren Energieträger, sondern auch um das Thema intelligente Speicher. Da Wasserpumpspeicherkraftwerke nicht beliebig ausbaubar seien, „werden sie ergänzt werden müssen durch Batterieanlagen, die diesen Ausgleich sicherstellen.“

### Biodiversität sichern

VERBUND investiert laut Rabensteiner in den Umweltschutz sowie in ökologische Maßnahmen, um Biodiversität zu sichern oder zu verbessern. Von Fischwanderhilfen oder Fischaufstiegshilfen profitieren nicht nur Fische, sondern alle Organismen in und um den Lebensraum Wasser. Bio-

topie und Maßnahmen zum Vogelschutz werteten Lebensräume entlang von Leitungsstrassen auf. Versehen werden diese Maßnahmen mit Begleitprogrammen durch unabhängige Institutionen. Allein in den kommenden fünf bis acht Jahren werden dafür allein 280 Mio. Euro investiert. „Daran sieht man, dass die Wasserkraftunternehmen durchaus umgedacht haben und authentisch in der Nachhaltigkeit Maßnahmen setzen, die auch für einen Generationenschutz erhalten können“, betonte das Vorstandsmitglied.

### Positionen des Bund Naturschutz

„Natürlich ist Wasserkraft, so wie sie betrieben wird, auf der einen Seite auch degenerativ“, stellte Sebastian Schönauer vom BUND Naturschutz in Bayern (BN) fest. Er sprach sich für „eine unbedingte Einhaltung der gegebenen Regeln“ aus. Die Umweltverträglichkeitsprüfung dürfe nicht umgangen werden.

Der BN-Vertreter verwahrte sich dagegen, Naturschutzverbände „mit dem Siegel der Störer zu behaften“. Vielmehr seien sie Sachwalter für jene, die für die Zukunft kämpfen. „Wir als Bund Naturschutz sind mitten in der Gesellschaft. Es geht uns um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dazu zählt auch das Wasser. Es ist der besonderen Fürsorge jedes Einzelnen und des Staats anvertraut.“

Schönauer plädierte für eine größere Durchgängigkeit der Flüsse. Neue Wasserkraftanlagen, so gar die energetische Nutzung der aus Umweltschutzgründen benötigten Querbauwerke, hält er für unnötig. Insbesondere Kleinwasserkraftanlagen lehnt er ab, weil sie aus seiner Sicht keinen relevanten Beitrag zum Klimaschutz leisteten. „Wir haben die Verantwortung für die kommenden Generationen. Wir dürfen die Menschen nicht verschrecken“, machte der Vize-Landesvorsitzende deutlich. Ihnen müsse vermittelt werden, dass ein Mehr an Ökologie zwingend erforderlich für eine gute Zukunft ist. „Nicht jedes einzelne Kilowatt ist wichtig, sondern das Überleben der Menschheit“, stellte Schönauer abschließend fest.

Wie Dr. Nicolaus Römer, Schluchseewerk AG, Laufenburg,

### Bundesverband Geothermie:

## Fortschritte im Freistaat

**Neuigkeiten aus Holzkirchen und Garching vermeldet der Bundesverband Geothermie: In der Geothermieanlage Holzkirchen ist erstmals Thermalwasser aus der Tiefe gefördert worden und in Garching a.d. Alz wurde die zweite geothermische Tiefbohrung erfolgreich abgeschlossen.**

Knapp drei Jahre nach dem Start der Bohrarbeiten in der Alten Au geht das Geothermieprojekt in Holzkirchen mit der Aufnahme des Probebetriebs in seine heiße Phase. „Nach den jahrelangen Anstrengungen war es für alle Beteiligten ein sehr erfreuliches Moment, als die Pumpe erstmals Wasser aus über 5.000 Metern Tiefe gefördert hat“, berichtete Albert Götz, Geschäftsführer der Gemeindeförderung Holzkirchen, über den Tag der Premiere. Planmäßig wurde die rund 15 Meter lange Tauchkreiselpumpe, die seit Mitte November 900 Meter tief in der Förderbohrung hängt, nochmals kurz außer Betrieb genommen. Wenige Tage später speiste sie jedoch im Rahmen des Probebetriebs erstmals Fernwärme in das Holzkirchner Netz ein.

### Umfangreiche Tests

Dem Einschalten der Pumpe vorausgegangen waren umfangreiche Tests der gesamten Mess- und Regeltechnik im Thermalwasserkreis und aller Einzelkomponenten der Anlage. Erforderlich ist eine in das Bohrloch versenkte Tauchkreiselpumpe, weil das Thermalwasser nicht von selbst

darlegt, bietet der Alpenraum ein breites Wasserkraftportfolio: Laufwasserkraftwerke als Grundlast, Pumpspeicherkraftwerke für Flexibilität, sowie kurze und mittelfristige Speicherung und Speicherkraftwerke als mittel- bis langfristige Speicher. „Trotzdem“, so Römer, „nehmen wir im immer stärker werdenden Wettbewerb keine faire Behandlung wahr.“ In Deutschland, Österreich und der Schweiz belaufe sich der Stromverbrauch auf insgesamt ca. 720 TWh, davon werden 166 TWh aus Wasserkraft generiert – Tendenz fallend.

### Keine faire Behandlung für die Große Wasserkraft

Römer wies auf standortbedingt unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen für die Wasserkraft hin. So gebe es an der deutsch-schweizerischen Grenze sowohl den Wasserzins als auch Wassernutzungsentgelte; einzelne Anlagen würden so an den Rand ihrer Wirtschaftlichkeit gedrängt. Zudem würden Pumpspeicherkraftwerke unterschiedlich entlohnt. „Kein Mensch verliert ein Wort darüber, dass die Große Wasserkraft seit Jahrzehnten keine Unterstützung bekommt. Und auch auf der Abgabenseite gibt es noch Optimierungspotenzial“, monierte der Vorstand.

Mit Blick auf Schwierigkeiten seines Unternehmens beim Genehmigungsverfahren für ein Pumpspeicherkraftwerk äußerte Römer auch den Wunsch nach positiver Begleitung durch die Umweltverbände. Hierzulande neige man allerdings aktuell dazu, Probleme zu exportieren. Dies sei grundfalsch. Es gelte, Fragen und Probleme im eigenen Land zu lösen und die Bürger darüber aufzuklären, dass jegliche Form der energetischen Nutzung zwangsläufig einen ökologischen Fußabdruck hinterlässt.

### Ehrliche Kompromisse schließen

Traunsteins Altlandrat Hermann Steinmaßl forderte: „Wir brauchen den Mix aus den verschiedensten Energieträgern, die dazugehörigen Speicher und ein vernünftiges Verteilnetz!“ Die Energieerzeugung sei auch „eine Wende vom Dezentralen zum Regionalen“. Jede Region müsse ihre Stärken nutzen.

Die Energieerzeugung sei eine Gemeinschaftsaufgabe. Dabei sei klar, dass jede Energieform die Landschaft verändere, die Natur beanspruche und stellenweise vom Menschen beeinflusst werde. Dies müsse ausgesprochen werden. Wenn der Klimaschutz ernsthaft in Angriff genommen werden soll, so muss nach Steinmaßls Ansicht dafür Sorge getragen werden, „dass jedes zu vermeidende Kilowatt CO<sub>2</sub> auch vermieden wird“. Es gelte, ehrliche Kompromisse zu schließen und die bestehenden Anlagen zu sichern und zu optimieren. Gemeinsamkeit und Ausgewogenheit lauteten die Maxime.

Allein die Tatsache, dass in Bayern nahezu 50 Wasserkraftanlagen in Naturschutzgebieten und 100 Anlagen in FFH-Gebieten vorzufinden sind, zeige, dass ein miteinander möglich ist. Die zentrale Frage laute: „Hilft man wirklich den Kindern und Enkeln, wenn man sich jeglicher Entwicklung und Veränderung verweigert?“

Nach den Ausführungen von Christoph Wagner, Kleinwasserkraft Österreich, Wien, ist Kleinwasserkraft nicht nur eine ökonomische und umweltschonende Energiequelle, sondern hat auch positive Auswirkungen auf den Lebensraum von Mensch und Tier. Die Kleinwasserkraft habe Zukunft, weil sie kulturell gewachsen ist.

### Kleinwasserkraft

Insgesamt gibt es in Österreich 4.000 Kleinwasserkraftwerke. Diese speisen 6 TWh in das Stromnetz ein und versorgen mehr als 50 Prozent der Haushalte. Diese Zahlen bewiesen, wie hoch damit die Versorgungs- und damit auch die Krisensicherheit verbunden sei, so Wagner. Kleinwasserkraft produziere keine Emissionen und sei somit zu 100 Prozent klimaneutral. Um die Klimaziele zu erreichen und eine emissionsfreie heimische Energieerzeugung zu schaffen, sei der Beitrag von Wasserkraft unerlässlich.

Jedes neue Wasserkraftwerk an einem der rund 30.000 aktuell ungenutzten Querbauwerke würde nach Wagners Überzeugung zu einer ökologischen Verbesserung führen. Mit den aktuellen Standards, die in Österreich gelten, sei daher ein weiterer Ausbau jedenfalls möglich und sinnvoll. **DK**

in der klima- und umweltfreundlichen Wärme- und Stromerzeugung aus Geothermie“ sein.

### Erfolgreiche Tiefbohrung

In Garching a.d. Alz wiederum hat die Silenos Energy die zweite geothermische Tiefbohrung erfolgreich zu Ende gebracht. Laut Geschäftsführer Oliver Friedlaender hat der Fördertest ergeben, „dass wir mit unseren geologischen Planungen und Prognosen auch dieses Mal richtig lagen. Die gesuchten, heißen Thermalwassermengen sind bestätigt und die Produktivität liegt sogar etwas über den gesetzten Erwartungen.“

Die Projektverantwortlichen legen nun fest, welche der beiden Bohrungen das heiße Thermalwasser künftig nach oben fördert und welche das abgekühlte Wasser nach Abgabe der Wärmeenergie wieder zurück in den Malm bringt. Zeitgleich laufen die Planungen für den Bau einer Anlage zur Stromerzeugung. Zudem ist eine gleichzeitige Nutzung der Geothermie als Wärmequelle für ein Fernwärmenetz angedacht und wird intensiv geprüft.

Um alle interessierten Bürger auf dem Laufenden zu halten, wird vor dem geplanten Beginn der Bau- und Montagearbeiten der Anlagentechnik wieder eine Informationsveranstaltung durchgeführt. **DK**

Energieberatung für Bürger:

## Gemeinden motivieren...

...mit Kampagnen zum energetischen Sanieren und Energiesparen

Bis zum Jahr 2050 soll der Gebäudebestand in Deutschland weitgehend klimaneutral sein. Da Gebäude besonders langlebig sind, müssen frühzeitig die Weichen gestellt werden. Sinnvoll sind langfristige Sanierungsstrategien, die schrittweise Abkehr von fossilen Heizungssystemen und der Ausbau erneuerbarer Energien.

Wie können bayerische Gemeinden dazu beitragen, dass mehr Wohngebäude energetisch saniert werden? Ein wichtiger Baustein ist eine neutrale und unabhängige Energieberatung, die auf die individuellen Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten von Haus- und Wohnungseigentümern eingeht. Die Energieberatung der Verbraucherzentrale bietet in Zusammenarbeit mit Kommunen in Bayern Beratungsaktionen und Kampagnen an, um Bürgern Impulse zum energetischen Sanieren zu geben.

60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen gehen von Wohnhäusern aus. Daher ist in vielen kommunalen Energiekonzepten das Ziel

verankert, die Bürger zu informieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, ihre eigenen Gebäude energetisch fit zu machen.

### Die Aktionsschwerpunkte im Überblick

Die Verbraucherzentrale und der VerbraucherService bieten Gemeinden zeitlich begrenzte Beratungsaktionen an. In einem Zeitraum von drei bis vier Monaten macht die Kommune in Kooperation mit der Energieberatung der Verbraucherzentrale auf ein Schwerpunktthema aus dem Bereich des privaten Energieverbrauchs aufmerksam. Mög-

liche Themen sind: Energetisches Sanieren für Einsteiger, Eignung des eigenen Gebäudes für Solarenergie (Photovoltaik, Solarthermie, Speicher), Däm-



Sigrid Goldbrunner.

mung (baulicher Wärmeschutz und sommerlicher Hitzeschutz), Heizungstechnik (optimale Einstellung, Wärmepumpe, Pufferspeicher, Pelletheizungen), Fördermittel oder Raumklima (Schimmelproblematik).

Für die Beratungsaktionen stehen folgende Elemente zur Verfügung, die jeweils für die

mit Bürgern und Kommunen, mit Naturschutz und Fischerei, mit Verbänden und der Wissenschaft“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Wir haben hier neue Wege der Zusammenarbeit etabliert, von denen am Ende alle Interessensgruppen profitieren. Der Umweltpreis ist der Verdienst vieler Partner und bestätigt uns in diesem Ansatz.“

### Wissenschaftliche Begleitung

Die Maßnahmen an der Iller werden wissenschaftlich eng begleitet. So möchte BEW Lösungen herausarbeiten, die eine Strahlkraft über das Projektgebiet hinaus entfalten und als Vorbild für andere Flussabschnitte gelten können. „Unsere Projekte zeigen, dass Naturschutz, Klimaschutz und Wasserkraft gut zusammenpassen. Durch die wissenschaftliche Begleitung, wie sie derzeit beispielsweise in einem umfassenden Fischmonitoring an der Iller durchgeführt wird, wollen wir Impulse für eine nachhaltige Entwicklung der Wasserkraft in Bayern geben“, sagt BEW-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Pöhler.

### Beitrag zur Umweltbildung

Neben den ökologischen Maßnahmen setzt BEW an der Iller auch Projekte um, die den Fluss als Ort der Naherholung stärken und zur Umweltbildung beitragen. Für Besucher und Touristen ist beispielsweise bei Legau eine Brücke mit Aussichtsturm entstanden, eine Fischbeobachtungsstation und ein kleiner Seitenbach, den vor allem die Umweltstation Legau für Exkursionen mit Schulklassen nutzt.

### Essenzielle Bereiche

Die Bayerische Landesstiftung verleiht jährlich Preise für herausragende Leistungen auf den Gebieten Kultur, Soziales und Umweltschutz. Sie möchte damit den Blick auf Beispiele von Menschen lenken, die sich aktiv in diesen für die Gemeinschaft essenziellen Bereichen einbringen, und für den engagierten Einsatz für das Gemeinwohl danken. Hervorragende Leistungen auf kulturellem und sozialem Gebiet werden seit 1980 und Leistungen im Bereich des Umweltschutzes seit 1985 von der Landesstiftung ausgezeichnet.

Kommune angepasst werden: Vorträge, Energieberatungstage in der Gemeinde mit Terminvereinbarung, Energie-Checks bei den Bürgern zu Hause, ein Energieberatungs-Stand auf einer lokalen Veranstaltung wie beispielsweise einem Wochenmarkt oder einer Messe und eine Hotline zur telefonischen Beantwortung von Fragen.

Ein Energieberater der Verbraucherzentrale hält die Vorträge, führt die Energieberatung in der Gemeinde durch, betreut Stände bei Veranstaltungen und berät an der Hotline. Aufgrund der Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sind diese Leistungen für die Gemeinde und die Bürger kostenlos.

### Energie-Checks bei den Bürgern zu Hause

Lediglich für die Energie-Checks zu Hause fällt ein Eigenanteil von 30 Euro pro Check an, der von der Gemeinde übernommen werden kann. Je nach Aktionsschwerpunkt werden im Rahmen solcher Checks für die Eigentümer die Gebäudehülle und die Heizungsanlage überprüft.

Vertiefte Fragen rund um die Haustechnik, insbesondere die Einstellung der Heizung, lassen sich anhand von Messungen beantworten. Besitzer von solarthermischen Anlagen können deren Effizienz kontrollieren lassen. Darüber hinaus wird zum Einsatz von Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen beraten. Nach dem Check erhält der Ratsuchende per Post einen Kurzbericht. Darin bewertet der Berater die Situation vor Ort und gibt Anregungen für Energieeffizienzmaßnahmen.

### Positive Erfahrungen der Verbraucherzentrale

Die Verbraucherzentrale unterstützt die Gemeinde bei der Durchführung der Beratungsaktion mit kostenlosen Marketingmaterialien wie Flyer, Broschüren, Plakaten und Anzeigen. Außerdem werden Textbausteine und Artikel für Veröffentlichungen rund um das Aktionsthema zu Verfügung gestellt. Die Steuerung und Organisation der Kampagne liegt bei der Gemeinde.

„Wir haben sehr gute Erfahrungen mit konzentrierten Energieberatungsaktionen gemacht. Viele Bürger fühlen sich gut beraten und setzen daraufhin Maßnahmen um“, sagt Sigrid Goldbrunner, Regionalmanagerin der Verbraucherzentrale Bayern. Interessierte Kommunen können sich unter goldbrunner@vzbayern.de bei der Verbraucherzentrale Bayern melden.

## SWM und Bayernwerk gründen RegioNetzMünchen

Bayernwerk und Stadtwerke München werden künftig gemeinsam in der Stromnetzgesellschaft RegioNetz-München ein rund 1.340 Kilometer langes Stromnetz in verschiedenen Umlandgemeinden nördlich und östlich von München betreiben. Es versorgt rund 15.000 Hausanschlüsse. Die Kartellbehörden haben der Kooperation bereits zugestimmt. Jetzt wurde die Vereinbarung unterzeichnet.

Im Rahmen der Kooperation werden die SWM den Netzbetrieb in Garching, Aschheim, Kirchheim und Feldkirchen und Bayernwerk den Netzbetrieb in Karlsfeld, Oberschleißheim und Unterföhring erbringen.

Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer der SWM: „Wir freuen uns auf die Partnerschaft mit dem Bayernwerk. Von dieser Zusammenarbeit werden alle profitieren, Gemeinden, Kunden und Netzbetreiber.“

### Energienetze als Schlüssel für die Energiezukunft

Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG: „Moderne Energienetze sind der Schlüssel für die Energiezukunft. Gemeinsam mit den Stadtwerken München werden wir für unsere Kunden in der Region Münchens einen sicheren, effizienten und innovativen Betrieb der Stromnetze gewährleisten. Wir freuen uns darauf.“

Bayernwerk-Stromnetz:

## Der teure Weg zum Energie-Internet

Regensburg (obx). Die Bayernwerk AG treibt die Digitalisierung der Stromnetze im Freistaat voran - beflügelt und auch gezwungen durch gravierende Veränderungen in unserer gesamten Energieversorgung, bei der die Stromnetze immer mehr zu einer Art Energie-Internet mutieren. Vor allem digitale Netzleitstellen-Technologie wird nach Überzeugung der Netzplaner in Zukunft Schlüssel für die voranschreitende Revolution in unserer Stromversorgung sein. In der Oberpfalz geht in Kürze eine dieser intelligenten Mega-Schaltwarten in Betrieb.

Seitdem mittlerweile 280.000 regenerative Energieanlagen die Stromerzeugung im Bayernwerk-Versorgungsgebiet weitgehend übernommen und Großkraftwerke an vielen Stellen abgelöst haben, ist der grundlegende Umbau der bayerischen Stromversorgung in vollem Gang. „Das regionale Stromnetz entwickelt sich immer mehr zu einer komplexen Hochtechnologie, die in punkto Innovation keinen Vergleich mit den Technologien anderer Branchen mehr scheuen muss“, betonte der Technische Vorstand des Bayernwerks, Dr. Egon Westphal.

Die Strategen in der Regensburger Unternehmenszentrale sind sich sicher: Die Energiezukunft und damit die Dynamik der Energiewende verlagert sich Zug um Zug immer mehr in die Region. Nach aktuellen Zahlen speisen 90 Prozent aller regenerativen Energieerzeuger im Bayernwerk-Versorgungsgebiet ihren Strom in die öffentlichen regionalen Verteilnetze. Parallel dazu werden die Stromkunden immer anspruchsvoller: Viele der bisherigen Stromverbraucher se-

hen sich mittlerweile selbst als Stromproduzenten, die in vielen Fällen Strom aus eigenen Quellen clever zwischenspeichern und dann im lukrativen Moment ans öffentliche Netz abgeben. Für Netzbetreiber ist dieser labile Mix aus nicht kalkulierbaren Wind- und Sonnenkraftwerken und den diversen anderen Erzeugern eine Mega-Herausforderung beim Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch.

### Intelligente Leitstellen

Die neuen „intelligenten Leitstellen“ seien künftig die „Kapitänbrücke des Stromnetzes“, so Westphal. Eine von ihnen soll in der Oberpfalz in Neunburg vorm Wald entstehen. 20 Millionen Euro lässt sich das Bayernwerk als größter Netzbetreiber im Freistaat die neue Technik kosten.

Das Verteilnetz des Bayernwerks hat insgesamt eine Länge von über 150.000 Kilometern, stabilisiert durch 300 Umspannwerke und rund 48.000 Trafostationen, und versorgt acht Millionen Menschen in Bayern mit elektrischer Energie.



Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat (rechts), und Josef Miller, Staatsminister a.D. und Vorsitzender der Bayerischen Landesstiftung (links), überreichten LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann (2.v.l.) und BEW-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Pöhler (2.v.r.) den Umweltpreis für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Bild: StMFH / Astrid Schmidhuber

Bayerische Landesstiftung:

## Umweltpreis für BEW

Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, hat den Umweltpreis der Bayerischen Landesstiftung an die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) verliehen. Ausgezeichnet wurde der Wasserkraftwerksbetreiber – ein Tochterunternehmen der Lechwerke – für seine Projekte an der Iller, die zur ökologischen Verbesserung des Flusses beitragen. BEW ist der erste Wasserkraftwerksbetreiber, der diesen Preis erhält.

BEW betreibt an der Iller zwischen Altursried und Lautrach fünf Wasserkraftwerke und hat in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um diesen Flussabschnitt ökologisch aufzuwerten. Grundlage dafür war die sogenannte Iller-Strategie 2020, eine Vereinbarung zwischen dem Bayerischen Umweltministerium und BEW.

So entstanden beispielsweise an allen fünf Staustufen naturnahe Umgehungsgewässer, die den Fischen nicht nur das Wandern im Fluss ermöglichen, sondern auch selbst wertvolle Lebensräume darstellen. Auch einzelne Uferabschnitte wurden gezielt abgeflacht, um eine dynamische Gewässerentwicklung zu ermöglichen.

### Projekt „ISOBEL“

Ein weiterer Baustein ist das Projekt „ISOBEL – Kies für die Iller“, das die BEW im vergangenen Jahr startete. Im Mittelpunkt dieses Projekts steht ein zielgerichtetes Geschiebemanagement, um geeignete Gewässerstrukturen und neue Lebensräume für Fische und Kleintiere zu schaffen. BEW testet hier an mehreren Abschnitten verschiedene Verfah-

ren, gezielt Kies in den Fluss einzubringen.

### Natur und Mensch profitieren

Staatsminister Albert Füracker würdigte in seiner Laudatio das herausragende Engagement der BEW sowie der beteiligten Projektpartner an der Iller: „Von dem ausgezeichneten Projekt an der Iller profitieren Natur und Menschen vor Ort gleichermaßen. Es zeigt, dass sich BEW ihrer Verantwortung für die Ökologie der Iller und den Lebensraum Fluss bewusst ist. Hier wurde zudem ein schönes Beispiel gegeben, wie die Einbindung aller Beteiligten eines Projekts in vorbildlicher Weise gelingen kann.“

### Neue Wege der Kooperation

An den Projekten haben das Institut für Geographie der Universität Augsburg, das Aueninstitut Neuburg, der Fischereiverband Schwaben e.V., die Fischereivereine Memmingen und Neugablonz und die Fischereifachberatung des Bezirks Schwaben mitgewirkt. „Wegweisende Projekte wie an der Iller lassen sich nur gemeinsam mit allen Beteiligten erfolgreich umsetzen –

**FAHNEN  
KÖSSINGER**

**Alles für Städte und Gemeinden**  
Für den perfekten Auftritt ihrer Kommune

www.fahnen-koessinger.de • info@fahnen-koessinger.de • Telefon: 09451 9313-0



Geballtes digitales Fachwissen: v.l.: Tomas Menthe, Dr. Arwed Schmidt, Moderatorin Caroline Voit, Dr. Anna Christmann, Susanna Tausendfreund, Gilbert Hödl, Helmut Mangold. Bild: Dr. Baumgärtner/BMKB

Kongress zur kommunalen Daseinsvorsorge:

## Eine Carsharing-Box für Pullach

Der Kongress Kommunale Daseinsvorsorge im digitalen Wandel im Pullacher Bürgerhaus, veranstaltet von der Pullacher Geothermiegesellschaft IEP, zeigte die Chancen, die sich für Kommunen, Privatleute und Unternehmen eröffnen. Rund 150 Besucher informierten sich bei Kurzvorträgen sowie an Ständen – etwa über die Stärkung des lokalen Handels durch Digitalisierung, fahrerlose Shuttlebusse, Carsharing, Smartphone-basierte Zugangssysteme oder die weitere Vernetzung durch IT-Systeme.

Wärme, Strom, Smart City und autonomes Fahren waren die Hauptthemen des Kongresses. Mit dabei war auch „Tapkey“, eine führende Plattform für Smartphone-basierte Zugangslösungen. Universell und einfach integrierbar für App-Developer, Schlosshersteller und Serviceanbieter.

Mit Maroni und Glühwein gestärkt, konnten sich die Besucherinnen und Besucher im Foyer des Bürgerhauses Pullach über unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen aus dem Bereich Smart Home und Smart City informieren. IEP selbst stellte am eigenen Stand neben dem Fernwärme-Thema ein weiteres neues Regionalstrom-Produkt vor. Auch Lozuka, ein regionales Webkaufhaus und Christeva, Kalkschutzanlagen wa-

ren vor Ort. Abgerundet wurde der Abend mit spannenden Vorträgen sowie einer Podiumsdiskussion mit Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund, Thomas Menthe (Amazon-Web-Services), Anna Christmann (MdB Die Grünen), Dr. Arwed Schmidt (Easy Miles) Gilbert Hödl (Tapkey) und Helmut Mangold (IEP).

### Nachhaltige Mobilitätspolitik

Tapkey konnte mit dem Vortrag „Smartphone-basierter Zugang oder wie fahre ich zu Auto meines Nachbarn?“ das Interesse der Bürger wecken. Nicht verwunderlich, denn Carsharing ist ein wichtiger Baustein einer nachhaltigen Mobilitätspolitik. Einerseits fallen die Anschaffungskosten weg und andererseits wird das Auto dadurch op-

timal ausgelastet.

In den meisten Fällen werden Autos im Eigenbesitz nämlich ineffizient genutzt. So hat beispielsweise eine Studie ermittelt, dass ein Carsharing-Auto zwischen 9–13 Autos ersetzt. Das wiederum bedeutet weniger Verkehr und weniger Verschmutzung.

### Bürgermeisterin kann ihr Auto teilen

Im Anschluss übergab Tapkey-CEO Gilbert Hödl an Pullachs Erste Bürgermeisterin von Pullach, Susanna Tausendfreund eine Carsharing-Box. Die smarte Mobilitätslösung basiert auf der Tapkey-Zutrittssoftware und kann sicher im Fahrzeug positioniert werden.

Bürgermeisterin Susanne Tausendfreund kann nun ihr Auto ganz nach Bedarf mit Mitarbeitern, Freunden oder Bürgern teilen. In der App kann sie Zutrittsberechtigungen vergeben. Ihr PKW lässt sich mit berechtigten Smartphones öffnen. Na dann: Happy Sharing! □

## Innovative Technik aus Bayern spart CO2 und Geld

Das Cleantech-Unternehmen Turbonik aus Markt Bissingen im Landkreis Dillingen hat im Finale des Wettbewerbs Energie Start-up Bayern 2018 den 1. Platz geholt. Jury und Publikum würdigten damit den Beitrag, den das Unternehmen mit seiner Mikro-Dampfturbine zur CO2-Reduzierung in der Industrie leistet.

Vor dem Hintergrund immer strengerer Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen sind neue Ansätze für eine saubere Energieversorgung dringender denn je. Nicht selten stehen dabei Anspruch und Wirklichkeit in erheblichem Widerspruch. Beispiel Windenergie: Die ist zwar sauber, die erforderlichen Windräder stoßen jedoch auf Ablehnung. Viele Maßnahmen sind zudem aufwendig und teuer.

Turbonik hat eine Lösung entwickelt, die es dampfverarbeitenden Unternehmen ermöglicht, aus ihrem Dampf Strom zu machen und auf diese Weise jedes Jahr bis zu 600 Tonnen CO2 einzusparen. Das Besondere daran ist, dass dies nun auch für kleine Anlagen und Dampf-mengen wirtschaftlich interessant ist. Unternehmen können mit der Mikro-Dampfturbine bereits bei einer elektrischen Leistung bis 300 kW 2,4 GWh Strom erzeugen und auf diese Weise jährlich bis zu 200.000 Euro an Energiekosten einsparen. Alternativ kann der Strom aber auch ins Netz eingespeist werden, wodurch sich nach Angaben von Turbonik-Geschäftsführer Dr. Johannes Grob Zusatzserträge von bis zu 160.000 EUR pro Jahr erzielen lassen. Möglich wird das durch den völlig neuen Konstruktionsansatz, mit dem die Turbine bei gleichem Brennstoffeinsatz bis zu 40 Prozent mehr Strom erzeugt als vergleichbare Turbinen in ihrem Leistungsbereich. Auf diese Weise kann sie bereits aus wenig Dampf so

viel Strom erzeugen, dass damit laut Grob rund 500 Vier-Personen-Haushalte ein Jahr lang versorgt werden können. Bei einem flächendeckenden Einsatz an rund 15.000 geeigneten Dampfkesseln allein in Deutschland ließen sich seinen Angaben zu Folge rechnerisch 4,5 GW Strom erzeugen und 9 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr einsparen. Das entspricht der elektrischen Leistung von ca. 3 Atom- oder 6 großen Kohlekraftwerken. Zum Vergleich: Das aktuelle Energiekonzept der Bundesregierung setzt sich ein Wachstum für aus erneuerbaren Energien erzeugten Strom von rund 1,5 GW pro Jahr zum Ziel. Die dezentrale Stromerzeugung entlastet zudem die Stromnetze und wirkt auf diese Weise steigenden Netzentgelten entgegen.

### Vernetzung mit der Energiebranche

Mit dem Wettbewerb Energie Start-up Bayern werden innovative Start-ups ausgezeichnet und direkt in die Energiebranche vernetzt. Dabei geht es laut Veranstalter unter anderem um Konzepte, die zu einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung beitragen. Neben weiteren Auszeichnungen konnte Turbonik auch den diesjährigen Stahl-Innovationspreis in der Kategorie „Produkte aus Stahl“ für sich entscheiden. Die Stromerzeugung aus Dampf bietet insbesondere Unternehmen aus den Bereichen Lebens-

mittel, Papier, Textil, Chemie, Pharma sowie Stadt- und Kraftwerken die Möglichkeit, bestehende Ertrags- und Einsparpotenziale zu nutzen. Speziell in Bayern könnten zudem holzverarbeitende Betriebe, Molkereien und Brauereien von der neuen Technologie profitieren.

Die Turbonik GmbH wurde 2017 von Dr. Johannes Grob, Dr. Björn Büten, Martin Daft und Ralf Paucker als Spin-Off des Fraunhofer Instituts UM-SICHT gegründet. Die Fertigung findet hauptsächlich im bayerischen Landkreis Dillingen an der Donau statt. Die Turbine ist u.a. bereits in einem Kraftwerk der Energieversorgung Oberhausen AG installiert und erzeugt dort nach Übernahme in den Regelbetrieb 300.000 kWh Strom pro Jahr, was dem Jahresverbrauch von 70 Vier-Personen-Haushalten entspricht. □



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Mitte), gemeinsam mit Martin Daft (r.) und Dr. Johannes Grob von Turbonik Bild: Turbonik

## Projekt LINDA mit Bayerischem Energiepreis ausgezeichnet

LEW Verteilnetz und Partner entwickelten ein Konzept zur Notstromversorgung mit dezentralen Erzeugungsanlagen – Aufbau eines stabilen Inselnetzes mit erneuerbaren Energien in Feldtests in Niederschönenfeld, Feldheim und Rain am Lech

Das Projekt LINDA (Lokale Inselnetzversorgung und beschleunigter Netzwiederaufbau mit dezentralen Erzeugungsanlagen bei großflächigen Stromausfällen) hat den Bayerischen Energiepreis 2018 in der Kategorie „Energieerzeugung – Strom, Wärme“ gewonnen. Das Konzept der LEW Verteilnetz GmbH (LVN) und ihrer Projektpartner aus Wirtschaft und Wissenschaft erschließt dezentrale Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien für die Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen.

Das Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro spendet LVN zu gleichen Teilen an die Hochschule Augsburg und die Technische Universität München.

„Das Projekt LINDA haben wir in enger und guter Zusammenarbeit mit der Hochschule Augsburg und der TU München konzipiert und umgesetzt“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Es ist beispielhaft für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. Jeder hat seine Stärken eingebracht, um gemeinsam echten Mehrwert zu schaffen. Die Erkenntnisse aus dem Projekt bringen uns auf dem Weg in die Energiezukunft ein weiteres Stück voran.“

### Mit Erneuerbaren die Notstromversorgung sichern

Hintergrund des Projekts: Ein langandauernder, großflächiger Stromausfall kann in unserer modernen Gesellschaft gravierende Folgen haben. Die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) und ihre Projektpartner aus Wirtschaft und Wissenschaft haben im Projekt LINDA bewiesen, dass dezentrale Erzeugungsanlagen, wie Photovoltaikanlagen, Wasserkraftwerke oder Biogasanlagen, zur Notstromversorgung im Blackout-Fall eingesetzt werden können. Dafür haben die Projektpartner ein Konzept entwickelt und in den bisher umfangreichsten Inselnetzversuchen in Deutschland erfolgreich in der Praxis getestet: In den bis zu drei Kommunen – Niederschönenfeld, Feldheim und Rain am Lech, waren bis zu 1.100 Haushalte, 185 Photovoltaikanlagen sowie zwei Wasserkraftwerke und eine Biogasanlage in ein autarkes Inselnetz eingebunden. „Während der Feldversuche war zu jeder Zeit ein stabiler Inselnetzbetrieb möglich“, so Dr. Georg Kerber, Projektleiter bei LVN. „Nun geht es darum, das LINDA-Konzept weiter zu entwickeln, um es in Notfallkonzepten sowie in Netzwiederaufbaupläne zu integrieren.“

Das LINDA-Konzept dient insbesondere der Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen wie Krankenhäuser oder der Wasserversorgung. Diese können mit dem LINDA-Konzept über ein vom regionalen Stromnetz unabhängiges Inselnetz versorgt werden. Bisher wurden etwa Photovoltaikanlagen für

die Notstromversorgung nicht genutzt, da diese Anlagen auf ein bestehendes Netz mit einer stabilen Spannungs- und Frequenzvorgabe angewiesen sind. Mit LINDA können solche dezentralen Erzeugungsanlagen nun für die Notstromversorgung erschlossen werden: Ein schwarzstartfähiges Kraftwerk, etwa ein Wasserkraftwerk oder eine Biogasanlage, übernimmt die Rolle des Führungskraftwerks und gibt die Frequenz im Netz vor. Photovoltaikanlagen erkennen so ein bestehendes Netz und beginnen wie im typischen Verbundbetrieb einzuspeisen. Bis auf eine Anpassung des Führungskraftwerks ist dabei keine technische Nachrüstung nötig. Das Konzept lässt sich vergleichsweise gut übertragen. Damit liefert LINDA einen wichtigen Baustein zur Energiewende und Verbesserung der Versorgungssicherheit.

LINDA wurde unter Federführung von LVN mit Partnern aus Wissenschaft (Hochschule Augs-

### Innovationspreis für das Power-to-Gas-Projekt der Stadtwerke Augsburg

Die swa sind von der Deutschen Gaswirtschaft mit dem Innovationspreis für das Konzept der ersten Power-to-Gas Anlage in einer bestehenden Wohnanlage ausgezeichnet worden. Das Projekt ist deutschlandweit das erste seiner Art.

Die Anlage wandelt regenerativ erzeugten Strom in synthetisches Erdgas um und kann so direkt vor Ort überschüssigen Strom aus Sonnenenergie speichern. Diese innovative Smart-Energy-Technologie reduziert den Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Stickstoffdioxid und Feinstaub um bis zu 100 Prozent. □



Test der neuen E-Ladesäule beim Rathaus der Stadt Pocking (v.l.): August Huber, Besitzer der Shell-Tankstelle, Erster Bürgermeister Franz Kraus und Patrick Beyer, Fachbereichsleiter bei ESB. □

### Neue Energie für die Straße:

## Zwei E-Ladesäulen in Pocking offiziell eingeweiht

Künftig können in Pocking Fahrer von Elektroautos an zwei neuen Ladesäulen Strom tanken. Errichtet wurden die Ladestationen vom Energieversorger Energie Südbayern GmbH, der die Säulen auch betreibt. Während der offiziellen Inbetriebnahme übergaben Pockings Erster Bürgermeister Franz Kraus, die Klimamanagerin der Stadt Alexandra Kühberger, der Besitzer des Autohauses Huber und der Shell-Tankstelle, August Huber sowie Patrick Beyer von Energie Südbayern die Ladesäulen ihrer Bestimmung.

An jeder Station können zeitgleich zwei Autos mit einer Leistung von 22 kW geladen werden. Freigeschalten werden die Ladestationen mittels einer Smartphone-App oder einer RFID-Karte im Scheckkartenformat des Internetportals e-clearing.net, das europaweit das Laden von Elektroautos an verschiedenen Stationen ermöglicht.

Patrick Beyer, Fachbereichsleiter Individualkunden bei Energie Südbayern, erläuterte die Zusammenarbeit des Unternehmens mit der Stadt Pocking: „Wir bieten kommunalen Partnern intelligente Ladelösungen für eine moderne und vorausschauende Verkehrsplanung“, so Beyer. „Von der Planung über die Umsetzung bis hin zum Betrieb der Anlage übernehmen wir sämtliche Leistungen – und das immer in enger Abstimmung mit den Kommunen und anderen Projektbeteiligten.“

Bürgermeister Franz Kraus äußerte sich positiv zu den neuen Tankstellen: „Lademöglichkeiten haben eine Schlüsselfunktion für die E-Mobilität. Wir setzen ein Zeichen, dass wir als Stadt das Thema ‚Verkehrswende‘ angehen und aktiv gestalten.“ Die Bedeutung des Themas unterstrich auch August Huber: „Elektromobilität ist eine der entscheidenden Technologien des 21. Jahrhunderts. Mit den Ladesäulen ist die Elektromobilität in Pocking und Umgebung ein Stück attraktiver geworden.“

### Strom aus 100 % Wasserkraft

Getankt wird ausschließlich Ökostrom von Energie Südbayern aus 100 Prozent Wasserkraft. In Verbindung mit dem Elektroantrieb macht das die E-Mobilität in Pocking lokal emissionsfrei und nachhaltig. □

NürnbergMesse und Messe München:

## Spitzenwerte lassen jubeln

Von 2018 als „bisher bestem Geschäftsjahr in der Geschichte des Unternehmens“ sprach Konzernchef Peter Ottmann bei einem Pressegespräch der NürnbergMesse. Nach vorläufigen Zahlen geht die Gesellschaft von einem Umsatz von rund 300 Millionen Euro aus. Damit übertrifft das Unternehmen das bisherige Rekordjahr 2016 mit 288 Millionen Euro deutlich. Überdurchschnittlich gewachsen ist auch die Messe München. Deren Vorsitzender der Geschäftsführung, Klaus Dittrich, ist stolz auf 2,8 Millionen Besucher im Jahr 2018 und rund 53.000 Aussteller.

Doch auch die Aussteller- und Besucherzahlen sowie die verkauften Standflächen in Nürnberg übertrafen klar die Werte des bisherigen Rekordjahres 2016 bzw. der jeweiligen Vorveranstaltungen. So stieg die Zahl der Aussteller um zehn Prozent auf rund 35.600, die der Besucher um neun Prozent auf über 1,5 Millionen Gäste. Um sieben Prozent auf rund 1,2 Millionen Quadratmeter wuchs die verkaufte Standfläche. Zudem wurden 2018 mehr ausländische

Aussteller und Besucher verzeichnet. Immerhin kamen 44 Prozent aller Aussteller aus dem Ausland.

### Erfolgreicher Expansionskurs

Zum hervorragenden Geschäftsergebnis für die NürnbergMesse trug auch der erfolgreiche Expansionskurs im Ausland bei. Das Unternehmen hat eigene Töchter in China, Nordamerika, Brasilien, Italien sowie Indien und unterhält ein Netz-

werk von 50 Vertretungen, die in mehr als einhundert Ländern aktiv sind.

Mit neuen Veranstaltungen und Kongressen im In- und Ausland will die NürnbergMesse, die bereits heute zu den 15 größten Messgesellschaften weltweit zählt, heuer ihren Wachstumskurs fortsetzen, berichtete Ottmann. Marktführende Veranstaltungen in Zukunftsbranchen werden sich aus seiner Sicht auf absehbare Zeit weiterhin gut entwickeln. Mit der „MedTec Live“ im Mai plant die Gesellschaft in Nürnberg eine neue Hochtechnologie-Fachmesse für die Medizintechnik.

### Wachstumskurs fortsetzen

Erneut überdurchschnittlich gewachsen ist im Jahr 2018 auch die Messe München. Zu den

weltweit 201 Veranstaltungen kamen 2018 mehr als 2,8 Millionen Besucher und rund 53.000 Aussteller. Laut Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, „sind alle unsere Veranstaltungen 2018 hervorragend gelaufen“. Die EXPO REAL etwa verzeichnete 12 Prozent mehr Besucher als im Vorjahr und stellte einen neuen Ausstellerrekord auf.

### Weltweite Attraktivität

Besonders bemerkenswert ist die in 2018 erneut gestiegene Zahl an internationalen Ausstellern (plus 8 Prozent) und Besuchern (plus 5 Prozent), die zu den Veranstaltungen der Messe München gereist sind. Insgesamt kommt inzwischen die Hälfte der Aussteller aus dem Ausland, bei den Besuchern liegt der Auslandsanteil bei 34 Prozent. Nach Dittrichs Auffassung „ist dies für uns ein starkes Zeichen für die weltweite Attraktivität der Messe München“.

Positiv wirkt sich dies auch auf den Umsatz aus, schreibt das Unternehmen doch im neunten Jahr in Folge schwarze Zahlen. Nach den Hochrechnungen wird der Konzernumsatz 2018 voraussichtlich 415,3 Millionen Euro betragen. Davon wurden rund 296 Millionen Euro in München erwirtschaftet. Bei einem EBITDA (Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen) von rund 57,9 Millionen Euro bleibt ein Überschuss von 13,9 Millionen Euro. Dieser wird

des Öffentlichen Personen(nah)verkehrs und neuer Mobilitätstechnologien erforderlich. Bayern müsse dabei Vorreiter sein.

### Wasserstofftechnologie weiterentwickeln

Durch die Entwicklung selbstfahrender Autos solle die Verkehrssicherheit drastisch erhöht, die Mobilität in ländlichen Regionen auch bei demographischen Veränderungen erhalten und die Energiewende unterstützt werden. Die anwendungsorientierte Wasserstofftechnologie sei mit Nachdruck weiterzuentwickeln (z.B. Power to X). Pilotprojekte wie im niederbayerischen Bad Birnbach (Stichwort autonom fahrender Elektrobus) müssten weiter ausgebaut, schneller bewertet, zügig und flächendeckend eingeführt werden.

### Gemeinsam denken

Dabei betont AKU-Chef Huber, dass es keineswegs nur darum geht, dem aktuellen Zeitgeist zu folgen. „Wir müssen einfach die Bedeutung des Themas für die heutige und kommende Generation sehen“, fordert er. Im Arbeitskreis seien eine Menge Fachleute vertreten, die sich seit langem und überzeugt für Müllvermeidung, Natur- und Klimaschutz einsetzen. Der Unterschied zur politischen Konkurrenz bestehe freilich darin, Umwelt und Wirtschaft nicht gegeneinander zu stellen, sondern gemeinsam zu denken. DK

komplett an die beiden Hauptgesellschaften Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München als Zinsen auf die Gesellschafterdarlehen zum Bau des neuen Messegeländes überwiesen. Dies wird letztmalig der Fall sein, denn die Gesellschafter haben einer grundlegenden Reform der Finanzstruktur der Messe München zugestimmt.

### Eigenkapital stärken

Anfang 2019 hat die Messe München das Darlehen in Höhe von rund 520 Millionen Euro getilgt, das ihr der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München als Hauptgesellschafter 1996 für den Bau des Messegeländes gewährt hatten. „Für die Messe München bedeutet dies, dass wir jetzt unser Eigenkapital stärken und in 20 Jahren schuldenfrei sein können“, betonte Dittrich. „Der Messe München geht es wirtschaftlich blendend, umso mehr freuen wir uns auf ein außergewöhnliches Messjahr 2019“, fuhr der Messechef fort

### Höhepunkte in 2019

In diesem Highlight-Jahr 2019 wird die Weltleitmesse bauma erwartet, der im April nun erstmals eine Ausstellungsfläche von insgesamt 614.000 Quadratmetern zur Verfügung steht – rund 9.000 Quadratmeter mehr als der bauma 2016. Deshalb rechnet die Messe München auch mit mehr Teilnehmern als je zuvor: Mit über 3.500 Ausstel-

lern und 600.000 Besuchern erwartet sie die größte bauma aller Zeiten. Ein weiterer Höhepunkt im Veranstaltungskalender folgt Ende Juni/Anfang Juli mit der OutDoor by ISPO. Nach 25 Jahren kehrt damit die Outdoor-Branche im Sommer in die Landeshauptstadt zurück.

Weltweit immer wichtiger wird die Entwicklung von Technologien zum Schutz der Umwelt. Und so boomt auch die IFAT, Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft. Die Messe München veranstaltete 2018 vier Messen aus dem IFAT-Cluster: Neben der IFAT mit Rekordbeteiligung in München gab es Messen in Shanghai, Guangzhou sowie Mumbai. Außerdem war die Messe München an zwei Kooperationen mit den führenden Fachmessen für Wasser- und Umwelttechnologien in Brasilien beteiligt.

### Fokus auf Umwelttechnologien

Ab 2019 ist die Messe München mit drei IFAT-Veranstaltungen in China vertreten. Neben den Messen in Shanghai und Guangzhou findet im Juni erstmals die IE expo Chengdu statt. Auch in Indien erhöht die Messe München 2019 ihr Angebot an Umwelttechnologiemessen: Zusätzlich zur IFAT India in Mumbai kommt im Dezember die IFAT in Neu-Delhi neu dazu. Damit veranstaltet die Messe München 2019 weltweit insgesamt sieben Umwelttechnologie-Messen. DK

AKU-Landesversammlung in München:

## Umwelt und Wirtschaft gemeinsam denken

Der Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) der CSU hat auf seiner Landesversammlung in Rahmen einen umfangreichen Leitantrag behandelt und beschlossen. Die angestrebten Maßnahmen sollen dazu beitragen, Bayern zum umweltfreundlichsten Wirtschaftsstandort der Welt zu machen. Vorgestellt wurde der Leitantrag von Landesvorsitzendem Martin Huber und seinen Stellvertretern Anja Weisgerber, MdB und Martin Ehrenhuber, der auch Landesvorsitzender des Arbeitskreises Energiewende (AKE) ist. Der VBS unterstützt den Beschluss uneingeschränkt.

Der Leitantrag bündelt eine ganze Reihe von Maßnahmen. Die bayerische Verfassung soll einen Zusatz erhalten: Nämlich dass der Freistaat nicht nur ein Rechts-, Kultur, Sozialstaat sei, sondern auch ein „ökologischer Staat“. Die Vermeidung zu großen Flächenverbrauchs soll dabei mit hineingeschrieben werden.

### Für Verfassungsänderung

„Die Versiegelung von Flächen hat deutliche Auswirkungen auf die natürliche Schönheit und Funktionsfähigkeit der Natur. Der Boden benötigt als endliche Ressource einen besonderen Schutz. Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts haben deshalb die Aufgabe, durch effiziente Flächennutzung und nachhaltige Siedlungsentwicklung natürliche Landschaften vor Zersiedelung zu schützen und eine Flächenkreislaufwirtschaft zu ermöglichen“, soll laut Antrag künftig in der Verfassung stehen.

### Plastik- und Recycling-Strategie

Ein eigene „Plastik- und Recycling-Strategie“ soll dem Land helfen, langfristig komplett ohne unnötige Verpackungen auszukommen. Es gilt, einen „geschlossenen Stoffkreislauf in der Industrie“ zu etablieren. Wesentliche Elemente der Plastik-Strategie sind:

- Reduktionsziele für die Verwendung oder eine Mindestvorgabe für den Anteil wiederverwendbarer Alternativen von Lebensmittel- und Getränkebehälter (Mehrweg)
- Verbote von bestimmten Plastikprodukten und Nutzung alternativer Materialien, mit dem Ziel, die Umweltauswirkungen von Kunststoffprodukten auf Meeresumwelt und Gesundheit zu reduzieren
- Erweiterte Herstellerverantwortung für diverse Produktgruppen, die zur Umweltverschmutzung einen signifikanten Beitrag leisten. Dazu zählen u. a. Lebensmittelbehälter, Folien zum Einwickeln von Lebensmitteln und Kunststoffflaschen,

Getränkebecher und Feuchttücher. Für diese Produktgruppen sollen die Hersteller für die Kosten für Sammlung, Transport und Behandlung sowie Reinigungskosten für Meeremüll und bewusstseinsbildende Maßnahmen aufkommen.

- Stärkere Produktverantwortung auf Verbraucherseite. Dies kann durch die Einführung einer für die Verbraucher gut sichtbaren Kennzeichnung geschehen, die auf negative Umweltauswirkungen bei unsachgemäßer Entsorgung hinweisen.
- Europaweites Verbot von Mikroplastik, etwa in Shampoos, Duschgel oder Kosmetika.
- Auf Bundesebene soll ein neues Verpackungsgesetz angeschoben werden, das beispielsweise in Zellophan verpacktes Obst und Gemüse verbietet. Dahinter steht die Vision eines „plastikneutralen Bayerns“: Der Handel dürfe in Zukunft „nur so viel Einweg-Plastik verwenden, wie auch im Sinne einer Stoffstrombilanz wiederverwertet werden kann“.

### Klimaschutz stärken

Neben Schutz und Erhalt der Artenvielfalt richtet sich der Fokus des Arbeitskreises Umwelt zudem auf die weitere Stärkung des Klimaschutzes. Ziel sei es, die Treibhausgasemissionen in Bayern bis 2050 auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr zu reduzieren. Das Klimaschutzprogramm 2050 soll fortgeführt und weiterentwickelt werden.

### Masterplan

Die globalen Klimaschutzziele erforderten konsequentes Handeln zur Emissionsminderung. „Deshalb wollen wir mit dem weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien, Stromspeichern und Stromnetzen und dem Ausstieg aus der Kohleverstromung schnellstmöglich vorankommen. Wir müssen als starkes Industrieland unserer Vorbildfunktion gerecht werden. Wir treten auf Bundesebene für die Ausweitung des europäischen Emissionshandels ein und befürworten Initiativen

des Bundes für eine internationale koordinierte Einführung eines CO2-Preises. Mit unserem Masterplan ‚Moore in Bayern‘ leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag zum Schutz der Klimaziele“, heißt es.

### Energie muss bezahlbar bleiben

Energie müsse für die gesamte Bevölkerung und alle Wirtschaftszweige bezahlbar bleiben. Daher sind aus Sicht des AKU u.a. folgende Schritte umzusetzen:

- Stärkung regionaler Energieagenturen in den Landkreisen und Regierungsbezirken mit ausreichender Unterstützung durch das Ministerium, um damit die Dezentralisierung der Energiegewinnung und -versorgung zu fördern.
- „10.000 Häuser Programm“
- Europaweites Verbot von Mikroplastik, etwa in Shampoos, Duschgel oder Kosmetika.
- Auf Bundesebene soll ein neues Verpackungsgesetz angeschoben werden, das beispielsweise in Zellophan verpacktes Obst und Gemüse verbietet. Dahinter steht die Vision eines „plastikneutralen Bayerns“: Der Handel dürfe in Zukunft „nur so viel Einweg-Plastik verwenden, wie auch im Sinne einer Stoffstrombilanz wiederverwertet werden kann“.
- Europaweites Verbot von Mikroplastik, etwa in Shampoos, Duschgel oder Kosmetika.
- Auf Bundesebene soll ein neues Verpackungsgesetz angeschoben werden, das beispielsweise in Zellophan verpacktes Obst und Gemüse verbietet. Dahinter steht die Vision eines „plastikneutralen Bayerns“: Der Handel dürfe in Zukunft „nur so viel Einweg-Plastik verwenden, wie auch im Sinne einer Stoffstrombilanz wiederverwertet werden kann“.
- Europaweites Verbot von Mikroplastik, etwa in Shampoos, Duschgel oder Kosmetika.
- Auf Bundesebene soll ein neues Verpackungsgesetz angeschoben werden, das beispielsweise in Zellophan verpacktes Obst und Gemüse verbietet. Dahinter steht die Vision eines „plastikneutralen Bayerns“: Der Handel dürfe in Zukunft „nur so viel Einweg-Plastik verwenden, wie auch im Sinne einer Stoffstrombilanz wiederverwertet werden kann“.
- Europaweites Verbot von Mikroplastik, etwa in Shampoos, Duschgel oder Kosmetika.
- Auf Bundesebene soll ein neues Verpackungsgesetz angeschoben werden, das beispielsweise in Zellophan verpacktes Obst und Gemüse verbietet. Dahinter steht die Vision eines „plastikneutralen Bayerns“: Der Handel dürfe in Zukunft „nur so viel Einweg-Plastik verwenden, wie auch im Sinne einer Stoffstrombilanz wiederverwertet werden kann“.
- Europaweites Verbot von Mikroplastik, etwa in Shampoos, Duschgel oder Kosmetika.
- Auf Bundesebene soll ein neues Verpackungsgesetz angeschoben werden, das beispielsweise in Zellophan verpacktes Obst und Gemüse verbietet. Dahinter steht die Vision eines „plastikneutralen Bayerns“: Der Handel dürfe in Zukunft „nur so viel Einweg-Plastik verwenden, wie auch im Sinne einer Stoffstrombilanz wiederverwertet werden kann“.

### Thema Mobilität

Was das Thema nachhaltige Mobilität angeht, so ist laut AKU eine gezielte und intelligente Weiterentwicklung, unter anderem mit dem Ausbau



Der Umwelt zuliebe nur mit diesem Zeichen!

BAUSTOFF  
RECYCLING  
BAYERN

Recyclingbaustoffe aus Bayern

Hochwertig!  
Umweltverträglich!  
Wirtschaftlich!

www.baustoffrecycling-bayern.de

## Recycling bei Verpackungen

Konferenz von AGVU, BDE und bvse in Berlin

Rund 200 Teilnehmer aus der gesamten Wertschöpfungskette der Verpackung diskutierten bei der diesjährigen Verbändekonferenz der Arbeitsgemeinschaft Verpackung + Umwelt e. V. (AGVU), des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. und des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. in Berlin unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit neue Rechtsnormen, aber auch den aktuellen Stand der Technik sowie Best Practices bei der Kreislaufführung von Wertstoffen aus Verpackungen.

AGVU-Vorsitzender Dr. Carl Dominik Klepper bezeichnete zahlreiche Maßnahmen des jüngst von Umweltministerin Svenja Schulze veröffentlichten Fünf-Punkte-Plans als sinnvoll und dringend notwendig. „Ohne die Mitwirkung der Bürger bei der Entsorgung von gebrauchten Verpackungen geht es nicht. Deshalb würde eine Ausweitung der Herstellerverantwortung auf die Kosten zur Reinigung von Straßen und Parks ein falsches Signal aussenden“, betonte Klepper.

### Einsatz von Rezyklaten

Ministerin Schulze verwies auf die veränderte Diskussion rund um den Kunststoffabfall und lobte den bundesweiten Entsorgungsstandard. Gleichwohl stellte sie klar, dass Sammeln, Sortieren und Recyceln weiter optimiert werden müssen. Mit Blick auf ihren Fünf-Punkte-Plan und die Kampagne „Nein zur Wegwerfgesellschaft“ ein. Den Einsatz von Rezyklaten in der Produktion will Schulze stärken und sieht hier die öffentliche Beschaffung als „wichtigen Eckpfeiler“ bei der Verwendung von Rezyklaten. „Bund, Länder und Kommunen müssen hier Vorbild sein“, erklärte Schulze.

Wie Dr. Dirk Textor, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Kunststoffrecycling, berichtete, habe sich der Trend, der bei der letzten Stoffstromstudie Kunststoff bereits zu erahnen gewesen sei, mit den neuen Zahlen der Converso-Studie erhärtet. Im Vergleich zur Studie von 2013 zeige die aktuelle Erhebung, dass das Kunststoffrecycling um 32 Prozent zugenommen hat.

Allerdings würden von den insgesamt mehr als 5,2 Millionen Tonnen Kunststoffabfällen, die durch den privaten oder gewerblichen Endverbraucher entstehen, immer noch fast 3,2 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle verbrannt und lediglich rund 2 Millionen Tonnen recycelt.

Wenn man nur die Kunststoff-

verpackungen betrachtet, sieht die Bilanz Textor zufolge jedoch deutlich besser aus. Zwar werden mit 1,54 Millionen Tonnen Abfällen aus Kunststoffverpackungen immer noch mehr Verpackungen verbrannt als recycelt, doch ist die Bilanz inzwischen fast ausgeglichen, denn immerhin 1,5 Millionen Tonnen werden werkstofflich recycelt.

Als Fazit seines Vortrages machte Textor deutlich, dass der sich verstärkende Trend zu mehr Kunststoffrecycling zwingend voraussetze, dass die Kunststoffprodukte recyclingfähig sind. Das gelte auch für Produkte, die aus Rezyklaten hergestellt werden: „Wir brauchen mehr recyclingfähige Verpackungen, dann werden wir auch deutlich mehr Kunststoffe recyceln als bisher.“

Zum vielfältigen Strauß an Impulsen und Informationen zu den Herausforderungen des Trennens und Sortierens sowie zum Einsatz von Rezyklaten in Produkten und Verpackungen trug auch die Unternehmensgruppe Schwarz bei, zu der u.a. das Handelsunternehmen Lidl gehört. Sie präsentierte, wie der Kunststoffeinsatz künftig reduziert und Verpackungen nachhaltiger gestaltet werden.

### Kluge Entscheidung

bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock zeigte sich überzeugt, dass in Zukunft mehr Verpackungen als bisher recycelt werden. Es sei deshalb eine kluge Entscheidung gewesen, nicht länger auf ein Wertstoffgesetz zu warten, sondern rechtzeitig den Kurs zu korrigieren und ein Verpackungsgesetz auf den Weg zu bringen. Auch BDE-Geschäftsführer Dr. Andreas Bruckschen war erfreut: „Diese Verbändekonferenz lebt vom Willen aller Akteure zur Kooperation. Diesen Willen und diesen Zusammenhalt werden wir brauchen, damit sich die neuen gesetzlichen Regelungen in der täglichen Praxis bewähren können.“ DK

### Mehrweg statt Einweg:

## Pfandsystem für Take-away-Verpackungen

Kommunalreferentin Kristina Frank unterstützt den Vorstoß der CSU-Stadtratsfraktion, den Einsatz von To-go-Verpackungen in den städtischen Immobilien zu vermeiden und eine stadtweite Kampagne für ein Pfandsystem wiederverwendbarer Boxen zu entwickeln.

Einweg-Verpackungen für Essen sind praktisch, aber nicht umweltfreundlich. Einmal benutzt landen sie im Restmüll. Zur Abfallvermeidung macht die Einführung von Pfandsystemen Sinn. Um die Münchnerinnen und Münchner für dieses Thema zu sensibilisieren und einem nachhaltigen Lebensstil anzuregen, hat der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) eine stadtweite Kampagne zur Reduzierung der Masse an Coffee-to-go-Bechern durchgeführt.

Inzwischen haben sich in München an vielen Stellen die wiederverwendbaren „Recup-Becher“ etabliert. Ähnlich diesem positiven Beispiel könnte der AWM eine Kampagne generell für wiederverwendbares Geschirr durchführen.

„Ich habe es satt: Durch die

Verwendung von Einweg-Verpackungen produzieren wir täglich einen gigantischen Abfallberg. Der AWM setzt sich deshalb mit diversen Kampagnen nachhaltig für das Thema Abfallvermeidung ein. Für den Kampf gegen den Einsatz von To-go-Verpackungen im Gastronomiebereich ist der AWM deshalb der richtige Ansprechpartner. Mehrweg statt Einweg, das ist das Motto von Pfandsystemen für wiederverwendbare Mitnehm-Boxen in Mensen, Kantinen oder Lokalen“, sagt Kommunalreferentin Kristina Frank.

Der AWM wird den Stadtratsantrag „Mehrweg in der Mittagspause: Konzept zur Vermeidung von Einweg-Take-away-Verpackungen“ der CSU-Stadtratsfraktion prüfen und zusammen mit potenziellen Partnern Lösungsansätze erarbeiten. □



Von links: Manuela Rötzer, Katrin Koller-Ferch, Klara Wirthensohn, Bürgermeister Brandl, Marie-Luise Ott und Almuth Fuchs-Hofer. □

## Abensberg ist weiterhin „Fairtrade-Stadt“

Die Stadt Abensberg erfüllt weiterhin alle fünf Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne und trägt für weitere zwei Jahre den Titel Fairtrade-Stadt. Die Auszeichnung wurde erstmalig im Jahr 2010 durch TransFair e.V. verliehen. Seitdem baut die Kommune ihr Engagement weiter aus.

Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl freut sich über die Verlängerung des Titels: „Die Bestätigung der Auszeichnung ist ein schönes Zeugnis für die nachhaltige Verankerung des fairen Handels in Abensberg. Lokale Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft arbeiten hier eng für das gemeinsame Ziel zusammen. Ich bin stolz, dass Abensberg dem internationalen Netzwerk der Fairtrade-Towns angehört. Wir setzen uns weiterhin mit viel Elan dafür ein, den fairen Handel auf lokaler Ebene zu fördern.“

### Vielältiges Engagement

Vor acht Jahren erhielt die Stadt Abensberg (als erste Stadt in Niederbayern; Anm. d. Red.) von dem gemeinnützigen Verein TransFair e.V. erstmalig die Auszeichnung für ihr Engagement zum fairen Handel, für die sie nachweislich fünf Kriterien erfüllen musste. Der Bürgermeister und der Rat trinken fair gehandelten Kaffee und halten die Unterstützung des fairen Handels in einem Ratsbeschluss fest, eine Steuerungsgruppe koordiniert alle Aktivitäten, in Geschäften und gastronomischen Betrieben werden Produkte aus fairem Handel angeboten, die Zivilgesellschaft leistet Bildungsarbeit und die lokalen Medien berichten über die Aktivitäten vor Ort.

Das Engagement in Fairtrade-Towns ist vielfältig: In Abensberg sind das der alljährliche Besuch in den Kindergärten der Stadt, Projekte in den Schulen vor Ort. Hier darf die Zusam-

menarbeit mit der Aventinus Mittelschule und Wirtschaftsschule besonders erwähnt werden. Die „Abensberger FAIRSuchung“, eine Schokolade aus wildwachsenden Kakaobohnen, ist das jüngste und sehr erfolgreiche Projekt des Eine Welt Forums Abensberg. Das Engagement einzelner Geschäfte vor Ort, diese besondere Schokolade zum Selbstkostenpreis zu verkaufen, ist nicht selbstverständlich. „Wir verstehen die bestätigte Auszeichnung als Motivation und Aufforderung für weiterführendes Engagement“, sagt Klara Wirthensohn, Sprecherin des Eine Welt-Forums.

### Global denken, lokal handeln

Die Fairtrade-Towns-Kampagne bietet der Stadt Abensberg auch konkrete Handlungsoptionen zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nation (Sustainable Development Goals), die 2015 verabschiedet wurden. Unter dem Motto „global denken, lokal handeln“ leistet die Stadt mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag.

Abensberg ist eine von über 560 Fairtrade-Towns in Deutschland. Das globale Netzwerk der Fairtrade-Towns umfasst über 2.000 Fairtrade-Towns in insgesamt 36 Ländern, darunter Großbritannien, Schweden, Brasilien und der Libanon.

Weitere Informationen zur Fairtrade-Towns-Kampagne finden sich unter [www.fairtrade-towns.de](http://www.fairtrade-towns.de) □

### bvse und Kommunen:

## Gemeinsam gegen illegale Containeraufsteller

Seit Jahren brennt das Problem illegaler Altkleidercontainer auch den Kommunen auf den Nägeln. Vor diesem Hintergrund hat der bvse in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Handlungsempfehlung erarbeitet, die das gemeinsame Interesse an der Bekämpfung der unseriösen Sammler rechtssicher, leicht verständlich und einfach umsetzbar in einer Handlungsempfehlung für Kommunen umsetzt.

In der 5-seitigen Publikation wird leicht verständlich erklärt, wie die kommunalen Behörden rechtlich zulässig und mit praktisch einfach umsetzbaren Mitteln gegen illegale Containerstellungen vorgehen können. In Abstimmung mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie unterstützenden Hinweisen von erfahrenen kommunalen Praktikern wurde die Handlungsempfehlung zu unterschiedlichen Szenarien präzisiert.

Die Broschüre gibt genaue Anleitungen dazu, wie mit fehlenden Sammlungsanzeigen sowie bei Verstößen gegen Eigentums- bzw. Straßenrecht trotz Sammlungsanzeige umzugehen ist. Sie bietet detaillierte Orientierungsschritte zur rechtsgemäßen Untersagung bei Unzuverlässigkeit und gibt zudem den Behördenvertretern in den Vollzugsstellen im Anhang ein nützliches Formulärmuster mit Hinweisen über die amtliche Versiegelung an die Hand.

Die Handlungsempfehlung steht auf den Webseiten des bvse-Fachverbands Textilrecycling kostenfrei zum Download zur Verfügung. DK

### 10. Müller-BBM Fachgespräche in München:

## Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Am 27. und 28. März 2019 findet in München im Haus der Bayerischen Wirtschaft die 10. Fachtagung zum Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis statt. Der Erfahrungsaustausch zwischen Behörden, Kommunen, Betreibern und Beratern hat sich zwischenzeitlich in der Fachwelt als feste Größe im Bereich Bauleitplanung, Lärmimmissionsschutz, Anlagensicherheit und Luftreinhaltung etabliert.

Die Veranstaltung wird von MRin Dr. Evi Vogel, Leiterin des Referates 73 – „Lärm, nichtionisierende Strahlung und Immissionsschutz bei Motoren und Kraftstoffen“ im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz eröffnet.

Auch 2019 berichten hochkarätige Referenten aus der Verwaltung, der Industrie und der Beratung von ihrem Arbeitsalltag und über aktuelle Praxisbeispiele. Vorträge wurden u. a.

eingereicht von Philine Stadtmüller, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Landeshauptstadt München, Anja Behnke, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), Berlin, Dr. Gerhard Spieß, Döring Spieß Rechtsanwälte, München und Dietmar Sandler, bgsm Architekten Stadtplaner m.b.B., München.

Weitere Infos: [www.muellerbbm.de/veranstaltungen](http://www.muellerbbm.de/veranstaltungen) □

### Rohstoffe sparen – Rohstoffe zurückgewinnen:

## Start neuer Forschungsprojekte

Rohstoffe sparsam verwenden und besser wiederverwerten: Das ist Ziel eines neuen, vom Bayerischen Umweltministerium finanzierten wissenschaftlichen Projektverbands. Dazu betonte Umweltminister Thorsten Glauber: „Die Weltbevölkerung wächst, die Rohstoffressourcen sind endlich. Beim Einsatz wertvoller Ressourcen müssen wir deshalb umdenken. Die Vision lautet: Raus aus der Einbahnstraße und rein in einen Kreisverkehr.“

Glauber zufolge muss das Wirtschaftswachstum langfristig vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. „Der neue Projektverbund entwickelt praxistaugliche Verfahren für den nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen und neue Recycling-Methoden. Wir vernetzen Wissenschaft, Handwerk sowie kleine und mittlere Unternehmen. Dafür nehmen wir 3 Millionen Euro in die Hand.“

Die Forscher des Projektverbands „ForCYCLE II“ befassen sich von Juli 2019 an mit einem breitgefächerten Aufgabenspektrum: Dabei geht es beispielsweise um die Wiederverwertbarkeit von Kunststoffprodukten und Elektroschrott, den Einsatz ökologischer Werkstoffe im Geschossbau, das Recycling von Dämmstoffen/Dämmmaterialien oder die Rückgewinnung von Seltenen Erden aus Produk-

ten wie Handys oder Computern. Auftrag des Projektverbands ist es, in den kommenden drei Jahren praxisnahe Verfahren, Technologien und Lösungen für mehr Ressourceneffizienz und innovative Recycling-Methoden zu entwickeln – etwa durch Automatisierung und Digitalisierung, Ersatz von Werkstoffen und Materialien oder durch die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

Alle Bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften waren aufgerufen, Projektskizzen mit Kooperationspartnern insbesondere aus kleinen und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk einzubringen. Zehn Projekte wurden von Experten aus den Bewerbungen ausgewählt. Die Koordination übernimmt ein Dachprojekt. □

### Umweltminister Glauber:

## Neues Klimaschutzgesetz für Bayern

Angesichts des Klimagipfels in Kattowitz hat der Bayerische Umweltminister Thorsten Glauber weitere Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel gefordert.

Glauber sagte in München: „Der Klimawandel ist Fakt. Wir brauchen jetzt klare Regeln zur Umsetzung des Pariser Klimavertrags. Die Konferenz in Kattowitz muss dafür nachvollziehbare und praktikable Vereinbarungen liefern. Die Weltgemeinschaft muss es schaffen, die Erderwärmung zu begrenzen. Wir selbst müssen als starkes Industrieland unserer Vorbildfunktion beim Klimaschutz gerecht werden.“

### Ambitionierte Ziele

Bayern, so Glauber, habe sehr ambitionierte Klimaziele, „die wir kraftvoll umsetzen wollen. Unsere Ziele werden wir in ein neues Bayerisches Klimaschutzgesetz gießen. Wir müssen raus aus dem Kohlestrom und rein in eine Energiewende vor Ort, die die Bürger mitnimmt. Denn Sonne und Wind stellen keine Rechnung. Kommunen und Bürger können die Energiewende in den Regionen aktiv mitgestalten und so Wertschöpfung vor Ort schaffen.“

In Bayern stammt bereits heute etwa die Hälfte des Stroms aus er-

neuerbaren Energien von Bürgerenergieanlagen. Die Treibhausgasemissionen in Bayern sollen bis 2050 auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr reduziert werden. Dazu wurde ein umfassendes Maßnahmenpaket aufgelegt, in das in den vergangenen Jahren bereits mehrere hundert Millionen Euro investiert wurden: Von einem Ausbau des ÖPNV in Bayern bis hin zu ökologischen Maßnahmen wie dem Schutz der Moore.

Auch auf nationaler Ebene sei weitere Bewegung erforderlich. „Auch der Bund ist jetzt gefordert. Die Kohlekommission muss zügig einen konkreten Fahrplan zum Kohleausstieg in Deutschland vorlegen. Daneben müssen wir den europäischen Emissionshandel auf weitere Sektoren ausweiten. Wir müssen international koordiniert Preise für den Ausstoß von CO2 bilden. Es braucht einen echten Fortschritt auf den Märkten, um gemeinsam den Klimawandel zu bremsen. Wir sind hier auf einem guten Weg, aber wir müssen noch besser werden“, so Glauber. □

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

## Aktuelle Brennpunkte

Die Europäische Kommission hat die deutsche Beihilferegelung zur Förderung der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene in Höhe von 350 Millionen Euro bis 2023 beschlossen. Damit sollen die Schienengüterverkehrsunternehmen in Deutschland stärker unterstützt werden. Der VDV begrüßt diese wichtige Entscheidung zur Stärkung des Schienengüterverkehrs.

Wie Martin Henke, Geschäftsführer Eisenbahnverkehr im VDV, erläuterte, können mit diesem Beschluss Schienengüterverkehrsunternehmen zum Beispiel bis zu 45 Prozent der Trassenentgelte, die sie für die Nutzung des Eisenbahnnetzes entrichten müssen, erstattet bekommen. Für die Branche sei diese Entscheidung ein entscheidender Schritt, „denn für die Verkehrswende ist es zwingend notwendig, dass der umweltfreundliche Schienengüterverkehr wettbewerbsfähiger wird. Und nur mit den richtigen Rahmenbedingungen kann in Zukunft der Güterverkehr auf der Schiene auch weiter wachsen“, führte Henke aus.

Stichwort LuFV III: In seinem Sonderbericht „Ziele des Bundes bei den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG über eine dritte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für die bestehende Eisenbahninfrastruktur“ kommt der Bundesrechnungshof zu dem Ergebnis, dass der Investitionsstau bei den Bundesschieneisenwegen immer noch zunimmt. Der VDV stimmt dieser Einschätzung zu, befürchtet aber neue Fehlanreize, die an den Kundeninteressen vorbeigehen.

### Fehlanreize vermeiden

Konkret warnt der VDV vor einer Rückkehr in den Bürokratismus der alten Bundesbahn, zu deren Zeiten ein erheblicher Teil der Mängel entstanden sei. „Es ist richtig, dass Qualitätskennzahlen unter Umständen falsche Anreize setzen, wie zum Beispiel beim Kriterium des ‚theoretischen Fahrzeitverlusts‘. Die Verkehrsunternehmen als Nutzer des Netzes fordern seit langem, die Kapazität des Netzes und seine Nutzerfreundlichkeit zum zentralen Inhalt des Vertrages zwischen Bund und DB zu machen“, betonte Henke.

Bei der Nutzerfreundlichkeit sei besonders darauf zu achten, dass der Verkehr bei den vielen erforderlichen Baustellen nicht abgewürgt werde. Benötigt würden klare und für Bund und DB einfach umsetzbare und kontrollierbare Maßstäbe sowie Sanktionen für deren Nichteinhaltung. Ansonsten bestünde die Gefahr, erneut Fehlanreize zu setzen.

Als überzogen wertete Henke darüber hinaus die Kritik von Kay Scheller, Präsident des Bundesrechnungshofes, am aktuellen Stand der Erneuerung von Bahnbrücken durch die Deutsche Bahn (DB), denn die Mittel für die Brückenerneuerung aus der bisherigen LuFV hätten der DB erst seit 2015 zur Verfügung gestanden. „In gerade mal drei Jahren kann man nicht alle 875 betroffenen Brücken sanieren. Es ist deshalb völlig klar, dass die Brückenerneuerungen auch in der künftigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung weiterhin hohe Priorität haben müssen“, stellte der VDV-Geschäftsführer fest.

Der Bund sei zudem gefordert, über das Planungsbeschleunigungsgesetz hinaus Ersatzinvestitionen in das Eisenbahnnetz vom Ballast der Planungsbürokratie freizustellen. Dies helfe weit mehr als die von Scheller befürwortete staatliche Überwachung, welche Brücke wann ersetzt werde. „Unter sanierungsbedürftigen Brücken und Investitionsstau leiden Fahrgäste und Güterkunden. Daher halten wir eine angemessene Dotierung der derzeit verhandelten LuFV III und ein unbürokratisches Verfahren der Mittelverwendung für drin-

gend erforderlich. Der wachsende Investitionsrückstand gefährdet ansonsten die verkehrspolitischen Ziele des Bundes, wie die geplante Verdopplung der Fahrgastzahlen bei der Bahn bis 2030.“

### PlusBus-Linien

Zum fünfjährigen Bestehen der ersten PlusBus-Linien im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) hat sich der VDV überdies für eine deutliche Stärkung des vertakteten Busverkehrs in ländlichen Räumen ausgesprochen. „Wir brauchen eine ÖPNV-Offensive für ländliche Räume. Das PlusBus-Konzept zeigt, dass man mit kundenorientierten und verlässlichen Angeboten auch auf dem Land beachtliche Fahrgastzuwächse im Nahverkehr erzielen kann“, so VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Im Dezember 2013 hatte der MDV zeitgleich mit der Einführung des Mitteldeutschen S-Bahn-Netztes die ersten 26 PlusBus-Linien in Betrieb genommen, damit die Angebotsverbesserungen der neuen S-Bahn auch den Bewohnern in der Fläche zugutekommen. Das verbesserte Busangebot auf den Hauptachsen wird von den Fahrgästen sehr gut angenommen. Auf den inzwischen 36 Linien im MDV-Gebiet sind die Fahrgastzahlen seitdem um durchschnittlich 18 Prozent gestiegen.

„Dieser Erfolg macht deutlich, dass es möglich ist, auch in ländlichen Räumen die Menschen mit einem guten Angebot vom Umstieg in den Nahverkehr zu überzeugen. Das muss das Ziel sein, wenn wir in Deutschland künftig auch außerhalb von Großstädten und Ballungsräumen Verkehr umweltfreundlich gestalten und den Marktanteil des ÖPNV erhöhen wollen. Die Förderung des Regionalbusverkehrs auf Hauptachsen ist dabei ein entscheidender Baustein“, unterstrich Wortmann.

### Pendlerverkehre im Blick

Dabei haben der VDV und seine Mitglieder insbesondere die zunehmenden Pendlerverkehre im Blick: Laut einer aktuellen Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) pendeln rund 60 Prozent der Beschäftigten in Deutschland täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort, viele davon zwischen Stadt und Land. „Bei einem vertakteten, regelmäßigen Linienbusverkehr muss genau in diese Verbindungen verstärkt investiert werden, dort liegt das größte Potenzial für Fahrgastzuwachs im ländlichen ÖPNV“, erklärte Wortmann.

Das PlusBus-Konzept verfolgt deshalb den Ansatz, Bahn und Bus in ländlichen Räumen gemeinsam zu denken. Darum sind Anschlüsse an wichtigen Verknüpfungspunkten wie Bahnhöfen mit kurzer Wartezeit, der einheitliche Stundentakt montags bis freitags, Taktverkehr auch am Wochenende und eine direkte Linienführung ohne Umwege zentrale Angebotsmerkmale notwendig.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dieses Konzept funktioniert: Die Umsteigerzahlen zum Schienenpersonennahverkehr (SPNV) haben sich auf einigen Linien verdoppelt, der SPNV in der Fläche profitiert somit ebenfalls vom PlusBus, der inzwischen auch in anderen Verkehrsverbänden fährt. Insgesamt gibt es bereits 60 solcher Linien, weitere stehen in den Startlöchern. **DK**



Von links: Landrat Dr. Jürgen Ludwig, Innenminister und CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann und Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer.

CSU-Bezirksverband Mittelfranken:

## Attraktiver ÖPNV wichtig für den ländlichen Raum

**Angesichts der Verkehrsprobleme in Ballungsräumen und den Herausforderungen des Klimawandels sollen nach dem Willen der CSU Mittelfranken insbesondere die Angebote auf der Schiene zügig und bedarfsgerecht vorangetrieben werden. Der CSU-Bezirksvorsitzende und bayerische Innenminister Joachim Herrmann sieht im weiteren Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV in Mittelfranken eines der wichtigsten Projekte für die Metropolregion.**

Bei einer Pressekonferenz berichtete Herrmann von einem stetig steigenden Fahrgastaufkommen beim ÖPNV: „Der Freistaat Bayern fördert den Ausbau der Schieneninfrastruktur mit erheblichen Mitteln und wir versprechen uns neben den positiven Effekten für die Umwelt auch Impulse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Mittelfranken bei gleichzeitig deutlicher Verbesserung der Mobilität in der Region.“

Joachim Herrmann, der Ansbacher Landrat Dr. Jürgen Ludwig und der Dinkelsbühler Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer waren sich darin einig, dass „attraktive ÖPNV-Angebote für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes von entscheidender Bedeutung sind“. Der Landrat im flächengrößten Landkreis Bayerns sprach vom ÖPNV mit Zugang zum Fernverkehrsnetz als „Rückgrat der Region“ und sah in dem von der CSU gewünschten beschleunigten Ausbau einen dreifachen Gewinn: „Wir helfen dem Klima und fördern zugleich die Lebensqualität und die Standortattraktivität.“

### Intelligentes Bus-Schiene-Konzept gefordert

Ludwig wünschte sich intelligente Lösungen zur Verknüpfung des ländlichen Raumes mit den Metropolen mittels eines getakteten Bus-Schiene-Konzepts, das die Fläche erschließt. „Die Menschen wollen auch ohne Auto mobil bleiben.“ Nach seiner Auffassung könne ein weiterer Anstieg



Ein Jahr ist seit der Gründung der Nahverkehr Mainfranken (NVM) vergangen. Mit dem bislang Erreichten zeigten sich alle Akteure bei ihrem jüngsten Treffen zufriedener und blickten gleichzeitig motiviert nach vorne. Unser Archivbild zeigt v. l. Landrat Thomas Bold (Bad Kissingen), Bürgermeisterin Sorya Lippert (Schweinfurt), Landrat Florian Töpfer (Schweinfurt Land), Oberbürgermeister Christian Schuchardt (Würzburg), Landrat Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld), Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen), Landrat Thomas Schiebel (Main-Spessart), Landrat Eberhard Nuß (Würzburg Land), Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Landrat Wilhelm Schneider (Haßberge). Das Hauptziel der NVM GmbH ist laut OB Schuchardt nach wie vor die Verbundraumerweiterung zum 1.8.2022, von der die ganze Region profitieren wird: „Aktuell liegen wir im vorgegebenen Zeitplan, allerdings ist dieser auch stark von externen Faktoren abhängig, auf die wir kaum Einfluss haben.“

Bild: Stadt Würzburg/Georg Wagenbrenner

## Neuer Wohnmobilstellplatz in Kiefersfelden

Die Gemeinde Kiefersfelden hat für die touristische Aufwertung des Ortes den Bau eines Wohnmobilstellplatzes geplant. Bei der Bodensanierung wurde ein bewährtes High-Tech-Verfahren angewandt, das ohne Austausch des Erdreichs möglich ist und weltweit seit zehn Jahren eingesetzt wird.

Um einen perfekten und stabilen Unterbau zu erstellen, hat sich die Gemeinde Kiefersfelden gegen einen aufwendigen und kostspieligen Bodenaustausch entschieden. Stattdessen setzt sie als Pionier als eine der ersten Gemeinden in Bayern auf eine innovative und umweltfreundliche Bodenstabilisierung mit Nanotechnologie. Dieses innovative Verfahren wurde bereits seit über zehn Jahren weltweit erprobt und erfolgreich eingesetzt. Einer der ersten Einsätze mit dieser Technologie war im Jahr 2006 bei der Sanierung der Brennerautobahn A22 in der Grenzzone zu Österreich. Dies war ursprünglich als Übergangslösung vorgesehen, aber mittlerweile war in diesem Streckenabschnitt keine weitere Sanierungsmaßnahme notwendig.

Beim Bauvorhaben in Kiefersfelden wurde ein sogenanntes Mix-in-Place-Verfahren eingesetzt. Dafür wurde der vorhandene Boden mit einer hochtechnologischen Fräse zusammen mit Zement und einem umweltfreundlichen Nanopolymer Nanoalps Soil vermischt. Diese Mischung wurde mit einer Walze verdichtet und ein neuer Unterbau hergestellt. Die so durchgeführte Baumaßnahme war im Vergleich mit einer gleichwertigen Bauausführung mittels traditioneller Bauweise nicht nur kostengünstiger, sondern auch in der Ausführung um einiges schneller. Der Generalunterneh-

mer Pfeiffer Bau aus Rosenheim beauftragte dafür die auf dieses Verfahren spezialisierte Firma Benegger aus Molln in Österreich. Besonders die Ökobilanz wird dadurch positiv beeinflusst. Herr Dipl.-Ing. Andreas Horn von den Gemeindewerken Kiefersfelden dazu: Wir gehen davon aus, dass wir ca. 60 LKW-Fahrten für den Ab- und Antransport von Material einsparen konnten. Das sind 60mal, bei denen kein Kraftstoff verbraucht, keine Abgase ausgestoßen und der Verkehr in der Gemeinde Kiefersfelden nicht durch LKWs beeinträchtigt wurde. Auch die Belastungen der Anwohner mit Schmutz, Lärm und Emissionen waren weit weniger. Abschließende Lastplattentests zur Ermittlung der Stabilität des Untergrundes ergaben, dass die Ergebnisse auch noch besser sind als mit der herkömmlichen Methode.

Auf die Rolle der Kiefersfeldener als Vorreiter wurden auch die Gemeinden aus den Nachbar-Landkreisen aufmerksam. Während der Ausführung der Arbeiten kamen daher Vertreter verschiedener Kommunen zur Begutachtung an die Baustelle und Techniker des Lieferanten der Nanotechnologie, der Firma Nanoalps aus Südtirol, standen Rede und Antwort. So ergibt es sich, dass in Kiefersfelden der Grundstein für weitere Folgeprojekte in Deutschland gelegt wurde. **□**

## Der Zug zum Flug

Neufahrner Kurve verbindet Ostbayern nun direkt mit dem Flughafen München

**Nach vier Jahren Bauzeit eröffneten im Norden Münchens Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, Bayerns Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart und Bahn-Vorstand Ronald Pofalla die Neufahrner Kurve. Der zweigleisige und elektrifizierte Schienenstrang verbindet die Strecke Regensburg-Freising-München mit den S-Bahn-Gleisen zum Münchner Flughafen.**

Ohne Umsteigen und rund 20 Minuten schneller gelangen die Reisenden aus Ostbayern künftig ans Ziel. Mit dem Fahrplanwechsel am kommenden Sonntag startet der neue Flughafenexpress, den DB Regio Bayern im Auftrag der Bayerischen Eisenbahngesellschaft im Stundentakt fährt.

Die Bauarbeiten für die 2,3 Kilometer lange „Neufahrner Kurve“ begannen 2015 und konnten vor wenigen Wochen mit dem Einschalten der Oberleitung punktuell abgeschlossen werden. Insgesamt wurden 8,3 Kilometer Gleise verlegt. Diese führen unter anderem auf einer 184 Meter langen Stahlbrücke über die sechsspurige A94. 36 Signale und acht Weichen regeln die Einfädungen in die bestehenden Strecken. 57 Kilometer Kabel waren notwendig, um sie mit einem neuen Elektronischen Stellwerk zu verbinden. Insgesamt investierten Bund, Freistaat und Bahn 91 Millionen Euro in das erfolgreiche Projekt.

### Erster Teil des „Erdinger Ringschlusses“

Mit der Neufahrner Kurve gelangen nun Bahnreisende aus drei Richtungen zum Flughafen. Der Gleisstrang stellt gleichzeitig den ersten Teil des sogenannten Erdinger Ringschlusses dar. Mit zwei weiteren Teilprojekten östlich des Flughafens wird die Anbindung auch aus Südostbayern verbessert. Der Ringschluss ist ein Gemeinschaftsprojekt von Freistaat und DB. Die Autobahndirektion Südbayern plant das Projekt und die DB Netz AG realisiert die Maßnahmen.

Bundesminister Scheuer: „Ab heute heißt es: Mit dem Zug direkt

zum Flug – ein perfektes Verkehrsträger-Paar! Mit 2,3 Kilometer Neubaustrecke – also vergleichsweise geringem Aufwand – schaffen wir ein eindrucksvolles Mega-Mobilitätsprojekt, von dem die ganze Region profitieren wird. Ohne lästiges Umsteigen und umweltfreundlich bis zum Terminal und ab in die Welt. Das ist der Wow-Effekt auf der Schiene.“

Bayerns Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart: „Wieder ein Schritt hin zu besserer Mobilität im Freistaat Bayern. Fahrgäste aus Niederbayern und der Oberpfalz erreichen durch die Neufahrner Kurve künftig das Tor zur Welt noch schneller und komfortabler. Und es gibt eine Reihe von positiven Nebeneffekten durch das Gesamtprojekt „Erdinger Ringschluss“. Beispielsweise bekommt Erding eine Direktanbindung an den Flughafen. Mühldorf und Freilassing rücken näher an die Metropolregion München heran.“

Ronald Pofalla, Vorstand Infrastruktur der Deutschen Bahn: „Nach den Linien S8 und S1 schaffen wir mit der Neufahrner Kurve nun die dritte Flughafenanbindung. Wir freuen uns, dass wir im Termin- und Kostenrahmen geblieben sind und eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung stellen können. Das Bahnnetz rund um den Flughafen ist damit deutlich engermaschiger geworden. Und es geht weiter, mit der zweigleisigen Verbindung vom Flughafen nach Erding sowie anschließend mit der Walpertskirchener Spange, also der geplanten Verbindung zur Züge aus und in Richtung Salzburg und Mühldorf, haben wir bereits die nächsten Projekte auf den Weg gebracht.“ **□**



v.r.: Baureferent Benjamin Schneider, Bauhofleiter Lothar Nürnberger, Stadträte Josef Hofmann, Uwe Dolata, Andy Puhl, Tiefbau-Chef Jörg Roth, Oberstraßenmeister Stefan Bauer-Österlein.

Bild: Claudia Lothar

Stadt Würzburg:

## Neuer Straßenfertiger

Ein kalter Dezembermorgen am Würzburger Busbahnhof, ein Bus nach dem anderen liefert die Fahrgäste ab, es weht ein kühler Wind. Warme Füße holen sich trotzdem auf einer frischen Asphaltdecke Baureferent Benjamin Schneider, Tiefbau-Chef Jörg Roth, Lothar Nürnberger (Leiter des städtischen Bauhofs), Stefan Bauer-Österlein (stellvertretender Bauhofleiter und Oberstraßenmeister) und die FWG-Stadträte Josef Hofmann, Uwe Dolata und Andy Puhl. An drei Bussteigen finden derzeit Asphaltarbeiten des städtischen Bauhofs statt, zum ersten Mal kommt hier nun der neue Straßenfertiger zum Einsatz.

Rund 200.000 Euro kostete der Elftonner, der die bisherige Asphaltiermaschine des Bauhofs ersetzt und immer wieder gerne als „Teermaschine“ bezeichnet wird, richtig aber „Straßenfertiger“ heißt.

Ideal für die Einsatzbereiche des Bauhofs

„Die Wahl fiel auf einen Fertiger mit 75 kW (101 PS). Er läuft bei voller Bunkerfüllung gleichmäßiger, was eine höhere Qualität, vor allem bei der Ebenheit, ermöglicht“, erläutert Tiefbau-Chef Jörg Roth. Die Grundbreite des Fertigers beträgt nur 1,85 m, einsetzbar ist er aber in einer Einbaubreite von 1,80 bis 4,50 m. Der aufklappbare Ma-

terialbehälter kann selbst zehn Tonnen Asphalt fassen. In einer Stunde können bis zu 250 Tonnen Asphalt aufgebracht werden. „Unsere Mitarbeiter können den Fertiger besonders gut auf engen Baustellen wie hier zwischen den einzelnen Bussteigen einsetzen, genauso aber auch bei mittelgroßen Baumaßnahmen. Dies ist ideal für die Einsatzbereiche des Bauhofs von kleinen Straßen, Geh- und Radwegen bis hin zu kleineren Plätzen“, freut sich Baureferent Benjamin Schneider.

Nach über zehn Jahren Betriebsdauer und zigtausend Stunden Laufzeit war der vorige Straßenfertiger zunehmend reparaturanfällig und nicht mehr einsetzbar. □

## Industriepolitischer Schlag gegen bayerische Automobilhersteller

Gaffal: „Starke Belastung im internationalen Wettbewerb“

Vertreter der EU-Kommission, des EU-Parlaments und des europäischen Rates haben sich auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine deutliche Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge für die Zeit nach 2021 geeinigt. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. kritisiert die Einigung scharf.

vbw Präsident Alfred Gaffal: „Durch die Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Reduktion für Pkw werden die europäische und insbesondere die deutsche und bayerische Automobilindustrie im internationalen Wettbewerb stark belastet. Das ist ein industriepolitischer Schlag gegen unsere Leitindustrie, an der hunderttausende Jobs hängen und die ohnehin einen Strukturwandel zu meistern hat.“ Die Autohersteller sollen nach EU-Vorstellungen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer Neuwagenflotte um 37,5 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 2021 senken.

Gaffal weiter: „Das Ziel einer emissionsfreien Mobilität muss im Einklang mit der ökonomischen Machbarkeit stehen. Vor allem der Ausbau der Infrastruktur, eine ausgewogene Industriepolitik und Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung sind hier zu nennen. Die Vertreter der EU-Kommission, des EU-Parlaments und des europäischen Rates vernachlässigen diese Kriterien allerdings.“ Schon der Vorschlag der EU-Kommission einer Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 30 Prozent bis 2030 ging laut vbw an die obere Grenze dessen, was technisch gerade noch realisierbar ist. Eine weitere Verschärfung der Grenzwerte gefährdet hingegen Arbeitsplätze. Gaffal verwies darauf, dass die

Gesamt-CO<sub>2</sub>-Belastung nicht allein durch den Verkehr, sondern auch durch viele Faktoren beeinflusst wird.

Gaffal kritisierte zudem, dass Anreize für Innovationen fehlen: „Es werden einzig die Autohersteller in die Pflicht genommen. Dahingegen müssten die Mitgliedstaaten viel stärker an der Verbesserung der Infrastruktur arbeiten, um die neuen Technologien für die Bürger auch nutzbar zu machen.“ Auch die Nutzung der CO<sub>2</sub>-Reduktionspotenziale von alternativen und regenerativen Kraftstoffen wurden von den Trilog-Partnern vernachlässigt.

Gaffal zufolge ist bei der Frage der CO<sub>2</sub>-Belastung ein Gesamtkonzept vonnöten, das die Bereiche Infrastruktur, Stromqualität, Kraftstoffart und Antriebsart umfasst. Der vbw Präsident forderte, die Stellung Bayerns als globale Leitregion des Automobils zu erhalten und den Wandel bei den Antriebstechnologien als Innovationsführer aktiv zu gestalten. „Wir brauchen hierfür Technologieoffenheit. Klar ist aber auch: Konventioneller Antrieb und Diesel werden auf Jahre unverzichtbar sein. Die Dieseldiskussion muss beendet werden. Mit Dieselfahrverboten werden Fahrer von Dieselfahrzeugen faktisch enteignet.“ □

## Auto- und Dieselfahrer wehren sich

Das Jahr der Ungewissheit: 2018 hat die Autofahrer Deutschlands in den Wahnsinn getrieben und immer wieder hängen gelassen. Dieselfahrer bangen hier, Dieselfahrer dort. Nur zu oft mussten Dieselfahrer bangen. Im November 2018 setzte der Automobilclub Mobil in Deutschland e.V. ein Zeichen und startete die Online-Petition „Bundestag beschließt: Keine Fahrverbote in Städten oder Autobahnen – Anpassung der Grenzwerte“. Heute kann die Initiative schon nahezu 50.000 Unterschriften aufweisen und ist damit die derzeit erfolgreichste Petition in Zeichnung.

Erste Fahrverbote wurden in Städten wie Hamburg oder Stuttgart bereits durchgesetzt. Weitere Städte sollen zügig folgen. Doch diese Fahrverbote fußen auf willkürlich festgelegten Grenzwerten ohne wissenschaftliche Basis und falsch aufgestellten Messstationen, die oft viel zu dicht an der Straße oder an der Ampel platziert werden. 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter an der Straße sollen gefährlich oder gar tödlich sein. Gleichzeitig sind aber am Arbeitsplatz (Innenraum) 60 µg NO<sub>x</sub> pro Kubikmeter Luft erlaubt, in Fabrikhallen sogar 950 µg NO<sub>x</sub> pro Kubikmeter Luft. Nur eine einzige Kerze erzeugt das 3-fache des draußen erlaubten Grenzwertes.

in Deutschland e.V. ein guter Grund, die Online-Petition gegen Dieselfahrverbote in Städten und auf Autobahnen ins Leben zu rufen. Und der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: Bereits jetzt haben bald 50.000 Menschen diese Petition unterschrieben und das soll noch lange nicht das Ende sein.

Deutliches Signal für die Politik

Die Petition läuft noch knapp 130 Tage und das derzeitige Quorum liegt noch bei 50.000 Stimmen. Doch Mobil in Deutschland e.V. ist sich sicher, auch mindestens die 100.000 Unterschriften sammeln zu können. Anschließend wird die Pe-

### Link zur Petition

[www.openpetition.de/petition/online/bundestag-beschliesse-keine-fahrverbote-in-staedten-oder-autobahnen-anpassung-der-grenzwerte](http://www.openpetition.de/petition/online/bundestag-beschliesse-keine-fahrverbote-in-staedten-oder-autobahnen-anpassung-der-grenzwerte).

tes. Und sogar das Bundesumweltamt bestätigt, dass die Luft in unseren Städten noch nie so gut wie heute war.

Nichts ist faktenbasiert

Doch die Deutsche Umwelthilfe treibt dennoch das Ziel der „Saubereren Luft“ als Schutzschild vor sich her, verklagt eine Stadt nach der anderen und begründet dies mit der Überschreitung eben dieser Grenzwerte für NO<sub>x</sub>. „Der Diesel wird für eine schlechte Luft in Städten in Verantwortung gezogen, die es gar nicht gibt. Das ist reine Ideologie mit dem Ziel, den Verbrenner auf kurz oder lang komplett aus den Städten zu verbannen. Hier ist nichts faktenbasiert, sondern die ganze Angelegenheit ist rein politisch gesteuert, um die Autoindustrie in diesem Land zu vernichten und die Mobilität zu zerstören“, so Dr. Michael Haberland vom Automobilclub Mobil in Deutschland e.V.

Die widersprüchliche Dieseldiskussion war für Mobil

tion an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestag übergeben.

Mobil in Deutschland e.V. hofft auf die Unterstützung aller Auto- bzw. Dieselfahrer, um der Politik ein deutliches Signal zu senden. Was viele als „Irrsinn“ nennen, bezeichnet Dr. Michael Haberland, Präsident von Mobil in Deutschland e.V., schon lange als „kalte Enteignung der Autofahrer“.

Der Schaden ist immens

„Nicht nur, dass die Grenzwerte auf Deutschlands Straßen völlig aus der Luft gegriffen und willkürlich festgelegt wurden: Der Schaden, der durch Dieselfahrer entsteht, ist immens. Man denke beispielsweise an kleine Familien, die der finanziellen Belastung durch einen Autoneukauf beziehungsweise den kostspieligen Nachrüstungen nicht gewachsen sind. Und auch der Umwelt ist kein Gefallen getan, da eine Vielzahl von noch funktionierenden, aber nicht

mehr zulässigen Dieselwagen bei nächster Gelegenheit verschrottet wird. Eine Ressourcenverschwendung im großen Stil.“

Problematische Alternativen

Problematisch gestalten sich auch die Alternativen. Wer sich kein neues Auto leisten kann, der soll auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, wobei

Bayerisches Handwerk:

## „Musterfeststellungsklage auch für Betriebe“

Der Musterfeststellungsklage gegen den Autobauer Volkswagen haben sich innerhalb kurzer Zeit bereits mehr als 28.000 Fahrer von Dieselfahrzeugen angeschlossen. Die große Zahl der Anmeldebelegte den Bedarf für ein Klageverfahren, mit dessen Hilfe Geschädigte ihre Ansprüche bei Massenschäden prozessökonomisch durchsetzen können.

Der Bayerische Handwerkstag (BHT) hatte die Einführung der Musterfeststellungsklage unterstützt, zugleich jedoch die Beschränkung des Anwendungsbereichs auf Verbraucher kritisiert. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum Betriebe eine Leistungsklage erheben und damit ein finanziell beträchtliches Prozessrisiko eingehen müssen, während Verbrauchern der kostengünstige Weg über die Musterfest-

diese bekanntermaßen ohnehin bereits völlig ausgelastet sind. Die Folgen sind Verspätungen, überfüllte Züge und ein einziges Verkehrschaos.“

Alles in allem sind Dieselfahrer für Autofahrer selbst, die Umwelt und auch für Deutschlands Image als „Erfinder“ des Automobils ein Schlag ins Gesicht. Bleibt zu hoffen, dass die Petition den gewünschten Effekt erzielt und Fahrverbote gestoppt und verhindert werden können. □

stellungsklage offensteht“, kritisiert BHT-Präsident Franz Xaver Peteranderl. Ebenso wie Verbraucher verfolgen kleine und mittlere Betriebe ihre Schadensersatzansprüche eher nicht, wenn ihnen der damit verbundene Aufwand unverhältnismäßig erscheint. Der BHT fordert deshalb, den Anwendungsbereich der Musterfeststellungsklage auch für Handwerksbetriebe zu öffnen. □



## Iphofen testet Elektro-Transporter

N-ERGIE stellt StreetScooter zur Verfügung

Kurz vor Weihnachten überreichte Jürgen Lang (r.), Betreuer für kommunale Kunden bei der N-ERGIE, im Bauhof Iphofen die Autoschlüssel an Iphofens Bauhofleiter Günther Wilhelm. Vorher war das Fahrzeug eine Woche im Bauhof in Prosselsheim im Einsatz. Der rein elektrische StreetScooter hat eine Reichweite von rund 100 Kilometern. Das Nutzfahrzeug kann mit bis zu 720 Kilogramm beladen werden. Es besitzt einen Elektromotor mit Lithium-Ionen-Batterie und erzeugt beim Bremsen oder im antriebslosen Rollen Energie. Diese wird zum Laden der Batterie während des Fahrens genutzt. Ihren eigenen Fuhrpark stellt die N-ERGIE sukzessive auf Elektrofahrzeuge um und setzt bereits über 100 Elektroautos für Dienstfahrten ein. Damit verfügt sie über eine der größten elektrisch betriebenen Flotten. Bild: © N-ERGIE

Landkreis Neu Ulm:

## Freiflächen artenreich entwickeln und gestalten

Landrat ruft Landwirte und Landnutzer zu Teilnahme am Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm auf

„Wir sind ein dynamisch wachsender Landkreis. Dennoch müssen wir den Flächenverbrauch eindämmen und die ökologische Qualität der bestehenden Freiflächen verbessern“, sagt Landrat Thorsten Freudenberger. Es gelte die Freiflächen möglichst im Sinne des Naturschutzes zu gestalten und zu entwickeln, auch um dem grassierenden Artenschwund und Insektensterben entgegenzuwirken.

Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) verfolgt dieses Ziel. Gleichzeitig bietet es den Landwirten und Landnutzern lukrative Fördermöglichkeiten. Zum Beispiel wird die Umwandlung von Acker in extensiv genutztes Grünland mit über 800 Euro pro Hektar und Jahr gefördert, eine extensive Grünlandnutzung mit jährlich 470 Euro pro Hektar. „Dabei spielen die bestehenden Schutzgebiete, die Natura 2000-Gebiete und auch unsere Biotopverbundprojekte eine wichtige Rolle, da gerade in diesen Landschaftsteilen das Vertragsnaturschutzprogramm verstärkt eingesetzt

werden soll“, erläutert Michael Angerer, der Leiter des Fachbereichs „Naturschutz und Landschaftsplanung“ (Untere Naturschutzbehörde) im Landratsamt Neu-Ulm.

Das VNP soll die nachhaltige Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts sichern und verbessern sowie die Lebensräume und Lebensgemeinschaften der heimischen Tier- und Pflanzenwelt erhalten. Ebenso erhöht es die Motivation zu einer naturschonenden Bewirtschaftung von bereits gesetzlich geschützten Biotopflächen, wie den Niedermoorgebieten des heimischen Rothfels. □

Diesel-Fahrzeuge:

## Technische Vorschriften für Hardware-Nachrüstungen

Die von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer angekündigten technischen Vorschriften für Hardware-Nachrüstungen bei Pkw liegen nun vor. Damit definiert der Bund die Anforderungen für wirksame Systeme als Grundlage zur Erteilung einer Betriebserlaubnis. Scheuer zufolge ist nunmehr die Nachrüstindustrie am Zug, wirksame Systeme zu entwickeln, mit denen alle Grenzwerte und Vorschriften eingehalten werden.

Um Verkehrsbeschränkungen zu umgehen und die Mobilität erhalten können, besteht für Besitzer von Kraftfahrzeugen mit Dieselantrieb der Schadstoffklassen „Euro 4“ und „Euro 5“ so die Möglichkeit einer sogenannten Hardware-Nachrüstung. Die technische Modifikation muss nach Auskunft des Verkehrsministers so ausgelegt sein, dass im realen Fahrbetrieb weniger als 270 mg NO<sub>x</sub> pro Kilometer ausgestoßen werden. Die Bundesregierung habe für die Hardware-Nachrüstsysteme für Diesel-Pkw ein geeignetes Prüf- und Nachweisverfahren entwickelt, das Grundlage für die Erteilung einer Allgemeinen Betriebserlaubnis (ABE) durch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) sei und in 2019 schnellstmöglich als Anlage in die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) aufgenommen werde.

Die Erteilung einer ABE durch das KBA wird bereits im Vorgriff auf die StVZO-Änderung auf Basis der veröffentlichten Prüf- und Nachweisvorschriften möglich sein. Die technischen Vorschriften für Hardware-Nachrüstungen bei PKW sind im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Weiterführende Links aus der Datenbank beck-online Giesberts, „Diesel-Verkehrsverbote“ ausnahmsweise möglich, NVwZ 2018, 1276

Hofmann, Luftinhalteplanung und ihre Umsetzung, NVwZ 2018, 928

Umweltministerium legt Gesetzentwurf zur Einschränkung von Dieselfahrverboten vor, Meldung der beck-aktuell-Redaktion vom 31.10.2018, becklink 2011352

Quelle: newsletter@beck.de

Versicherungskammer Bayern:

## Fragen und Antworten zum Thema Schneelast und Dachlawinen

Aufgrund der aktuellen Wetterlage im gesamten Freistaat mit anhaltenden Schneefällen insbesondere in Südbayern hat die Versicherungskammer Bayern wichtige Fragen zum Thema Schneelast und Dachlawinen zusammengestellt.

**Wie kann, wie muss ich mich als Hausbesitzer schützen – sowohl vor Schäden, die mir am Haus entstehen können, als auch vor Schäden, die anderen durch herabfallende Eiszapfen oder Dachlawinen entstehen können?**

Unabhängig vom Bestehen eines Versicherungsvertrags sind Gebäude-Eigentümer aufgrund von Gesetzen und Vorschriften verpflichtet, ihre baulichen Anlagen so instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährdet werden. Dabei ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen der Gefahr für Schäden „am Haus“ und Schäden „durch das Haus“, etwa durch eine vom Dach abgehende Lawine.

### Online-Bürgerservice in Garching

**Bürgerinformationsbroschüre „Straßenreinigung und Sicherung der Gehbahnen im Winter“ steht im Internet**

Straßenreinigung und Winter-sicherung gehören zu den sogenannten Verkehrssicherungspflichten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind jedoch oft nicht ausreichend darüber informiert, welche Rechte und Pflichten diesbezüglich im Einzelnen für sie bestehen. Denn: In weiten Teilen des sind sowohl die Straßenreinigung, als auch der Winterdienst auf die Anlieger übertragen.

Eine wertvolle Orientierungshilfe bietet die soeben online erschienene Bürgerinformations-schrift. Sie macht übersichtlich auf die wichtigsten Punkte der neuen städtischen Reinigungs- und Sicherungsverordnung der Stadt Garching aufmerksam.

Die Broschüre kann im Downloadbereich der Homepage [www.garching.de](http://www.garching.de) eingesehen und heruntergeladen werden. Zusätzlich findet sich die Reinigungs- und Sicherungsverordnung in ihrer vollständigen Form im Bereich „Satzungen und Verordnungen“.

**Bin ich verpflichtet, Schäden am Haus, z.B. durch Schneedruck, zu vermeiden?**

Grundsätzlich sind die Gebäudeeigentümer verpflichtet, für die erforderliche Instandhaltung des Gebäudes zu sorgen. Hierzu gehört auch das vorsorgliche Räumen der Schneelast von Dächern. Handelt ein Versicherungsnehmer nicht, kann

rechtlichen Leistungspflicht. Dieser Alarm stellt lediglich sicher, dass Einheiten der Bundeswehr zur Unterstützung der Feuerwehren und anderer Helfer vor Ort für den betroffenen Landkreis angefordert werden können. Die Situation ist andererseits ein erneuter Aufruf an den Einzelnen, spätestens jetzt Maßnahmen einzuleiten, um Schäden am eigenen Gebäude zu verhüten.

Wer selbst oder mit nachbarschaftlicher Hilfe nicht aktiv werden kann, sollte als unmittelbaren



Von der großen Hilfsbereitschaft der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Hilfskräfte anlässlich der schier nicht mehr zu bewältigenden Schneemassen überzeugte sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder auch im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen.

Bild: Staatskanzlei

dies zu seinen Lasten gehen. Etwas anderes gilt, wenn der Schneedruckschaden unmittelbar bevorsteht und der Gebäudeeigentümer aus Gründen, die ihm nicht vorzuwerfen sind, nicht reagieren konnte.

**Und was passiert, wenn es trotzdem zu einem Schaden kommt?**

Die Versicherungskammer Bayern bietet mit ihrer Wohngebäudeversicherung einen Rundum-Schutz für jede Wetterlage an. Sie greift im Kern bei Schäden durch Feuer, Leitungswasser, Sturm und Hagel sowie, wenn dieser Baustein eingeschlossen wurde, bei weiteren Elementargefahren wie etwa Überschwemmungsschäden durch Starkregen, Schneedruck und Lawinen.

**An einigen Orten wurde Katastrophenalarm ausgelöst. Was gilt es in diesem Fall zu berücksichtigen?**

Die Tatsache eines evtl. Katastrophenalarms führt zu keiner unmittelbaren versicherungs-

rechtlichen Leistungspflicht. Dieser Alarm stellt lediglich sicher, dass Einheiten der Bundeswehr zur Unterstützung der Feuerwehren und anderer Helfer vor Ort für den betroffenen Landkreis angefordert werden können. Die Situation ist andererseits ein erneuter Aufruf an den Einzelnen, spätestens jetzt Maßnahmen einzuleiten, um Schäden am eigenen Gebäude zu verhüten.

Wer selbst oder mit nachbarschaftlicher Hilfe nicht aktiv werden kann, sollte als unmittelbaren Ansprechpartner für weiteres Vorgehen die Gemeinde oder die örtlichen Feuerwehren kontaktieren.

**Wer haftet, wenn ein Eiszapfen oder eine Dachlawine von einem Dach auf die Straße stürzt und eine Person oder beispielsweise ein Auto trifft?**

Grundsätzlich hat der jeweilige Verkehrssicherungspflichtige – in der Regel der Hauseigentümer – die Kosten zu übernehmen, sofern er seine Sorgfaltspflicht schuldhaft verletzt hat. Im Einzelfall aber auch der Mieter des Gebäudes, wenn die Verkehrssicherungspflicht im Mietvertrag auf ihn übertragen ist.

**Wenn trotz aller Vorsicht etwas passiert. Kann man sich als Hausbesitzer gegen eventuelle Schadensersatzansprüche – beispielsweise nach Abgang einer Dachlawine – versichern?**

In seine eigene Tasche muss er nur dann greifen, wenn er seine Sorgfaltspflicht verletzt hat und für diesen Fall nicht versichert ist. Hat er eine Privat-Haftpflichtversicherung abgeschlossen, übernimmt diese in der Regel die entstandenen Kosten. Dies gilt für ein privates selbst genutztes Ein- oder Zweifamilienhaus. Bei Mehrparteienhäusern gilt es, eine Haus- und Grundbesitzer-Haftpflichtversicherung abzuschließen.

Wird z. B. ein Auto von einer herunterstürzenden Dachlawine beschädigt, übernimmt die Haftpflichtversicherung des Hauseigentümers die Reparaturkosten; bei einem Totalschaden den Zeitwert des Autos. Bei einem Personenschaden übernimmt der Haftpflichtversicherer die notwendigen Kosten, um die gesundheitliche Integrität des Geschädigten wiederherzustellen, sowie das Schmerzensgeld. Allerdings muss auch jeder selbst sorgsam mit der Situation umgehen, da jedem Verkehrsteilnehmer die Witterungsverhältnisse bekannt sind und er sich selbst darauf einstellen und sich und sein Eigentum schützen muss. Die Haftpflichtversicherung tritt dann auch zur Abwehr von unbegründeten Ansprüchen gegen den Versicherten ein. Das heißt, wenn z.B. eine Dachlawine einen Schaden verursacht, der Hauseigentümer aber seiner Verkehrssicherungspflicht nachgekommen ist, setzt

sich die Haftpflichtversicherung, notfalls auch vor Gericht, dafür ein, dass der Eigentümer keinen Schadenersatz leisten muss.

**Gibt es eine andere Versicherung, die den Schaden am PKW übernimmt?**

Wird ein PKW von einer Dachlawine beschädigt und den Hauseigentümer trifft keine Schuld, dann kommt es darauf an, wie das Fahrzeug versichert ist. Eine Vollkaskoversicherung würde den am PKW entstandenen Schaden übernehmen. Eine Teilkaskoversicherung reicht hier nicht aus.

**Reicht es, ein Schild aufzustellen, auf dem vor Dachlawinen oder Eisschlag gewarnt wird?**

Wichtig ist hier, dass die sogenannte Verkehrssicherungspflicht gewahrt wird. Das heißt, bei „Gefahr von oben“ sind, wenn möglich, abhängig von den örtlichen Verhältnissen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Allerdings wird dem Hauseigentümer nicht abverlangt, sein Dach frei zu räumen. Maßnahmen können beispielsweise sein: Warnhinweise durch Schilder; das Anbringen von Stangen an der Hausfassade, um den Gehweg freizuhalten. Sollten öfter Gefahrensituationen durch Dachlawinen auftreten, kann das Installieren von Schneefanggittern erforderlich sein. Eine solche Verpflichtung kann sich auch aus öffentlich-rechtlichen Vorschriften ergeben.

**Haftet ein Hausbesitzer rund um die Uhr?**

Im Prinzip ja, wobei immer die konkreten Umstände im Einzelfall zu berücksichtigen sind. □



Eine eindrucksvolle Einheit: Der Mercedes-Benz Unimog U 423 mit Tankanhänger für den Altöltransport. Bild: Mercedes-Benz Special Trucks

Mercedes-Benz Unimog U 423 im Einsatz als Zugmaschine:

## Unimog überzeugt durch hohe Wirtschaftlichkeit

30 Liter Kraftstoffersparnis pro Tag gegenüber Vergleichsfahrzeugen

St. Neots / Cambridge (GB) – Der im englischen St. Neots bei Cambridge beheimatete Transportbetrieb T. Shepperson Contracting hat sich für einen Unimog U 423 als Zugfahrzeug entschieden. Der U 423 verfügt über einen 5,1 Liter großen und 170 kW (231 PS) starken Reihen-Vierzylinder-Dieselmotor, der seine Leistung an ein Getriebe mit acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgängen abgibt.

Ausschlaggebend für den Kauf waren Vergleiche des Kraftstoffverbrauchs im Fuhrpark von Shepperson, die eindeutig zu Gunsten des Unimog ausfielen. So ermittelte Firmenchef Tom Shepperson nicht die übliche 1/100 km-Leistung, sondern einfach den Verbrauch eines Tages und da verbrauchte der Unimog U 423 durchschnittlich 30 Liter weniger gegenüber Traktoren und anderen Zugmaschinen.

Das entspricht einer Einsparung von etwa 1350 Euro pro Monat (£ 1250). Tom Shepperson setzt sein neues Fahrzeug für die verschiedensten Transportaufgaben ein, von der Beförderung von Erdaushub über landwirtschaftliche Einsätze bis hin zum Transport von Altöl zu den Entsorgungsanlagen. □



## Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrertrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](http://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz  
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

## Gemeinde muss bei Dauerschneefall nicht streuen

Mann stürzte auf nicht gestreuter Fläche

Eine Gemeinde ist während Dauerschneefalls nicht verpflichtet, Rollsplitt auf die Straßen aufzubringen. Dies gilt zumindest dann, wenn keine großflächige Vereisung vorliegt. In einem solchen Fall würde ein Streuen keinen Sinn machen, entschied das Landgericht München II mit Urteil vom 28.12.2018 und wies die Schadensersatzklage eines auf winterglatter Straße gestürzten Mannes ab (Az.: 13 O 4859/16).

Die Verwaltungsgemeinschaft Kochel am See muss nach dem Sturz eines Mannes auf winterglatter Straße kein Schmerzensgeld zahlen. Am Tag des Sturzes hatte es durchgehend geschneit, die Verwaltungsgemeinschaft hatte die Straßen nicht mit Rollsplitt gestreut – weil Streuen bei Dauerschnee aus ihrer Sicht nichts gebracht hätte.

**LG: Streupflicht nur bei großflächiger Vereisung**

Wären die Straßen der Gemeinde Schlehdorf, die zur Verwaltungsgemeinschaft Kochel am See gehört, am Tag des Sturzes tatsächlich großflächig vereist gewesen, wäre die Kommune zwar in der Streupflicht gewesen, so das LG in seiner Entscheidung. „Es handelte sich aber – wenn überhaupt – um eine einzelne, punktuelle Eisfläche“, entschied das Gericht. Der heute 59 Jahre alte Kläger hatte sich bei einem Sturz vor vier Jahren verletzt und forderte mindestens 10.000 Euro Schmerzensgeld.

**Weiterführende Links**

Aus der Datenbank beck-online

BGH, Glatteisunfall, Umfang der Streupflicht, BeckRS 2017, 103286 BGH, Keine Streupflicht bei vereinzelt Glättestellen, BeckRS 2012, 14911

Quelle: [newsletter@beck.de](mailto:newsletter@beck.de)

# Dorfladennetzwerk einmalig in Deutschland

Regionales Netzwerk verbindet die Dorfläden im Landkreis Donau-Ries

Im Dorfladennetzwerk Donau-Ries schlossen sich im Oktober 2016 die zehn genossenschaftlich organisierten Dorfläden der Region zusammen. Ein Vorteil ist vor allem der Erfahrungsaustausch, das kooperative und arbeitsteilige Handeln sowie der Austausch von Informationen und Ideen. Fachlichen Input zu unterschiedlichsten Themen geben sich die Teilnehmer gegenseitig, das Konversionsmanagement oder Experten aus der Region.

Das Konversionsmanagement von allen Akteuren der Dorfläden im Landkreis Donau-Ries sehr positiv angenommen, was uns sehr freut, betont Konversionsmanagerin Barbara Wunder. **Transparente Prozesse** Durch ständigen Austausch,

**Bamberg feiert:**

## Festakt zum 25. Jubiläum als UNESCO-Welterbestätte

Krönender Abschluss der Feierlichkeiten: Über 2.000 Bürger und geladene Gäste fanden sich in die Konzert- und Kongresshalle ein, um den 25. Jahrestag der Ernennung der Bamberger Altstadt als UNESCO-Welterbestätte zu begehen. Bereits seit Jahresbeginn 2018 hatten zahlreiche Jubiläumsveranstaltungen stattgefunden.

„Der Welterbetitel zählt zu den wohl wichtigsten Ereignissen in der jüngsten Geschichte unserer Stadt. Wir können stolz sein, Teil der bisher größten Erfolgsgeschichte der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Erde zu sein – und das mit Herzblut, Fachkompetenz und Engagement“, betonte Oberbürgermeister Andreas Starke. Er erinnerte an den hürdenreichen Weg zum Welterbetitel, an Dr. Tilman Breuer, den „Vater des Erfolgs“ und dankte allen Bürgern und vielfältigen Initiativen, die sich täglich für den Erhalt des Welterbes einsetzen.

**Brücken in die Zukunft bauen**

Prof. Dr. Maria Böhmer, ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, verwies als Festrednerin des Abends darauf, dass UNESCO-Welterbestätten nicht nur Zeugnis einzigartiger Schaffens- und herausragender Errungenschaften der Vergangenheit sind. Sie tragen auch dazu bei, Brücken in die Zukunft zu bauen, Gemeinsamkeiten aufzuzeigen und Identität und Stabilität zu vermitteln.

Böhmer zufolge ist das UNESCO-Welterbe die geistige Hei-

mat von Menschen weltweit. Es sei der Kitt für ihre Identität, ihr Zusammenleben und ihre kulturelle Vielfalt. Dies zeige auch das Welterbe Bamberg in besonders eindrucksvoller Weise.

„Urbs felix – glückliche Stadt!“ rief die Direktorin des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia, Nora-Eugenie Goring, aus. Sie beschrieb Bamberg als eine Stadt der Geräusche, Gerüche, des Geredes und des geraspelten Holzes.

Auf der Agenda stand auch die Verleihung des mit 10.000 Euro dotierten Jubiläumspreises der vor 15 Jahren gegründeten Stiftung Weltkulturerbe Bamberg. Preisträger ist der Altenburgverein e.V., der sich seit 200 Jahren „vorbildlich und mit viel Engagement für die Erhaltung und Revitalisierung dieses stadtbildprägenden Wahrzeichens einsetzt“, wie der Stiftungsvorstand OB Andreas Starke ausführte.

Die Altenburg stellt für Bamberger Bürger und Bürgerinnen, aber auch für Besucher der Stadt ein beliebtes Ausflugs- und Erholungsziel dar. Auch die zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen auf der Altenburg und die Erhaltung dieses prägenden Kulturgutes sind von großer Bedeutung für die größte Stadt in Oberfranken. **DK**

## Stadt Würzburg führt IntegrAIDE weiter

Vor etwas mehr als drei Jahren, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, haben sich Studierende der Universität Würzburg mit der Frage beschäftigt, wie bürgerschaftliches Engagement am besten bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen kann.

Die Antwort lautet: Job Coaches. Job Coaches sind zertifizierte ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die so qualifiziert wurden, dass sie Geflüchtete einfach und erfolgreich in Arbeit vermitteln können. Hierzu sollen sie Geflüchteten von den ersten Schritten der Bewerbung bis in die ersten Wochen nach Arbeitsbeginn zur Seite stehen und auch den Arbeitgeber, zum Beispiel bei rechtlichen Fragen, unter die Arme greifen.

Bianca Heim, Katharina Wehinger, Joscha Riemann und Thomas Glaser gründeten ein social-start-up Unternehmen mit dem Ziel bundesweit möglichst viele Job Coaches zu qualifizieren. Das junge Unternehmen war nicht nur in der Beglei-

tung und Qualifizierung von Job Coaches erfolgreich, auch das Konzept überzeugte. IntegrAIDE wurde in der Folge vielfach prämiert, unter anderem mit der Nominierung für den Bayerischen Gründerpreis 2017.

**Engagement als Job Coaches**

Jetzt, nach drei Jahren, endet das Projekt der Gründer, aber die tolle Idee soll erhalten bleiben und fortgeführt werden. Die Stadt Würzburg, von Anfang an Kooperationspartner des Unternehmens, hat sich entschlossen die Konzeption zu übernehmen und die Job Coaches in das bestehende Patenschaftsprojekt einzugliedern. Die Sozialreferentin der Stadt Würzburg, Dr. Hülya

Wissenstransfer und Diskussion über aktuelle und zukünftige Bedarfe im Netzwerk bleiben die Prozesse für alle Teilnehmer transparent. Projekte werden gemeinschaftlich erarbeitet und so von allen getragen. Landrat Stefan Rößle freut sich, dass auch zukünftig gemeinsame Projekte durchgeführt und Strategien für die Nahversorgung in der Region entwickelt werden.

**Zahl der Dorfläden über dem bayerischen Durchschnitt**

Seit Gründung des Dorfladennetzwerkes wurden bereits drei weitere Dorfläden in der Region eröffnet. Mit den nun zehn Dorfläden liegt der Landkreis Donau-Ries etwa das Vierfache über dem bayerischen Durchschnitt, wie Recherchen ergeben haben.

Dass Dorfläden in der Struktur der Dörfer heute wichtiger sind denn je, zeigt das bayernweite Sterben der inhabergeführten Lebensmittelmärkte. Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Bevölke-

**Gemeinsam gegen den Pflegenotstand:**

## Nachbarschaftsnetzwerk schult ehrenamtliche Alltagsbegleiter

Einkaufen, plaudern, chauffieren, vorlesen, kochen, spazieren gehen, Reparaturen, die Wäsche oder den Papierkram erledigen – die Einsatzbereiche der Alltagsbegleiter sind ebenso vielfältig wie die mehr als 300 Ehrenamtlichen, die im Münchner Verein Dein Nachbar e.V. (www.deinnachbar.de) bereits im Einsatz sind. Menschen, die ältere Mitbürger unterstützen wollen, werden dort kostenlos von Pflegefachkräften zu kompetenten Alltagsbegleitern ausgebildet.

Sie kommen da zum Einsatz, wo hilfs- oder pflegebedürftige Menschen Betreuung und Unterstützung benötigen, um pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte zu entlasten. Nach einer intensiven Schulung (nach §45 SGB XI) können die Alltagsbegleiter selbst über eine eigens entwickelte App des Netzwerkes Dauer- und Termine ihrer Einsätze bequem auswählen. Die ehrenamtlichen Helfer erhalten für Ihre Dienste eine Aufwandsentschädigung und erfahren einen lebendigen Austausch mit Gleichgesinnten. So schafft Dein Nachbar e.V. optimale Voraussetzungen dafür, mit Herz und Hand zu helfen.

Der Verein Dein Nachbar e.V. ist ein soziales Unterstützungsnetzwerk mit ehrenamtlichen Helfern aus der Nachbarschaft, das 2015 als Pilotprojekt ins Leben gerufen wurde. Sein Ziel ist es, Betreuungs- und Unterstützungsleistungen gut geschulten Laienhelfern zu übertragen, damit Pflegefachkräfte sich auf ihre Kernkompetenz konzentrieren können und pflegende Angehörige entlastet werden.

Heute umspannt das mehrfach

Düber: „Wir freuen uns, ein so tolles Konzept im Sozialreferat weiterführen und die wertvollen Erfahrungen von IntegrAIDE in das kommunale Patenprojekt integrieren zu können“. Würzburger Bürgerinnen und Bürger können sich nun nicht mehr nur in der Alltagsbetreuung von Geflüchteten, als Schul- oder Wohnungspatinnen und -paten, sondern auch als Job Coaches engagieren.

Falls sich weitere Städte und Gemeinden ein Beispiel an der Stadt Würzburg nehmen wollen, können sie gerne ihre Haupt- oder Ehrenamtlichen über IntegrAIDE ausbilden lassen. **□**

rung und fehlenden Nahversorgungsstrukturen ergreifen Dorfgemeinschaften daher selbst die Initiative und gründen Genossenschaften. Dass dieses System gut funktioniert, zeigen die zehn Dorfläden in der Region. Neben dem klassischen täglichen Einkauf, der laut Einkaufstest nicht teurer ist als im Supermarkt, bietet ein Großteil der Dorfläden auch ein Café an. Das Café mit vielfältigem Angebot und Mittagstisch wird regelmäßig auch für Stammtische genutzt.

**Regionale Produkte im Fokus**

Im Konzept der Dorfläden stehen die regionalen Produkte im Fokus. Sie verkaufen auf kurzen Wegen regional produzierte Lebensmittel. Damit wird für alle ein Mehrwert geschaffen. Für die Kunden, die hochwertige Lebensmittel erhalten können, für die Produzenten, die einen zusätzlichen Vertriebsweg erhalten und für die Dorfläden selbst, die sich mit dem Angebot von Supermärkten und Discountern abheben können. Mit den regionalen Produzenten wird seit Jahren eng zusammengearbeitet. Unter anderem auch mit der Erzeuger- und Gastronomengemeinschaft Geopark Ries kulinarisch.

Näheres unter [www.donaui-es.bayern/dorfladen](http://www.donaui-es.bayern/dorfladen) **□**



Einkauf von regionalen Produkten im Dorfladen Huisheim.

Bild: Marco Kleebauer

**Inklusionspreis Oberbayern:**

## Inklusion beginnt im Kopf

Mit dem Inklusionspreis 2018 hat der Bezirk Oberbayern drei Initiativen gewürdigt, die das Bewusstsein für die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen stärken und für den Abbau von Vorurteilen eintreten.

Mit dem mit 5.000 Euro dotierten 1. Preis wurde BASTA - Das Bündnis für psychisch erkrankte Menschen (München) für sein Schulprojekt zur Antistigma-Arbeit ausgezeichnet. Seit 2001 führt BASTA deutschlandweit Aufklärungsseminare in Schulen durch. Ziel ist es, gegen Diskriminierung und Stigmatisierung psychisch erkrankter Menschen zu wirken. Neben Psychiatrie-Erfahrenen sind auch Angehörige und Psychiatrie-Profis wie Ärzte und Sozialpädagogen beteiligt. Seit seiner Gründung hat das Bündnis mehr als 30.000 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Platz 2 (3.000 Euro) errang die Initiative „PARTicipation – ein Bildungsprogramm von und mit Menschen mit Behinderungen“ aus München. Veranstaltet werden Schulungen und Kurse, um bei Eltern, Fachleuten und Interessierten ein Bewusstsein für Inklusion zu schaffen. Die Schulungen, die alle Interessierten buchen können, beinhalten neben einem Theorieanteil zur UN-BRK auch Übungen zu eigenen Vorurteilen und Stereotypen. Gerade diese selbstreflexive Beschäftigung unterstreicht das Motto der Initiative: Inklusion beginnt im eigenen Kopf.

Den mit 2.000 Euro dotierten 3. Preis erhielten Radio Regenbogen und Stiftung Attl (beide Landkreis Rosenheim) für ihr gemeinsames Projekt Bürgerradio. Dabei machen Menschen mit Behinderungen, die in der Stiftung Attl leben, Radiosendungen zu vielfältigen Themen wie Arbeit, Sport und Musik. Zu hören sind die Sendungen bei Radio Regenbogen im Südosten Oberbayerns. Ziel ist der Abbau von Barrieren im Kopf und die Bewusstseinsbildung. Durch das Bürgerradio erfährt eine breite Zuhörerschaft vom Leben von Menschen mit Behinderungen, was sie bewegt und welche Wünsche sie haben.

Mit Anerkennungen ehrte die Jury schließlich zunächst die Feuerwehr Neuötting (Landkreis Altötting) für das Projekt Brandschutzaufklärung für Menschen mit besonderem Hilfebedarf. Die Kurse werden in leichter Sprache gehalten. Gemeinsam Mensch e.V. (München) wurde für das Projekt Perspektivwechsel gewürdigt. Menschen mit Behinderungen haben ein Schulungsprogramm für Kinder und Jugendliche konzipiert und tragen damit zur Bewusstseinsbildung bei.

Rolliwelten e.V. (Weilheim-Schongau) bekamen eine Anerkennung für das jährlich durchgeführte Projekt Aktionstag „Inklusion von Anfang an“, das sich als Öffentlichkeitsarbeit für Menschen mit Behinderungen versteht, während das TamS Theater (München) für das inklusive Theaterfestival Grenzgänger eine Würdigung erfuhr.

Seit neun Jahren bietet das Theater Menschen mit und ohne Beeinträchtigung ein Forum für

gemeinsame künstlerische Arbeit. Die Bildungs- und Erholungsstätte Langau e.V. (Landkreis Weilheim-Schongau) wurde für das Projekt zum Aufbau einer inklusiven Bilderdatenbank, die im Internet abgerufen werden kann, geehrt und der Kulturverein NEA ZOI e.V. (Altötting) für das Projekt RAX DEIN HAX – Die Disco-Tanz-Gemeinschafts-Party. Bei der integrativen Party feiern Jung und Alt sowie Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen. **DK**

**Bayerische Gemeindezeitung**

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Monika Steer  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**  
Lutz Roßmann (Landtag)  
Jörg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertriebs:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWST.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

# Metropolregion München macht mobil

Fahrradschnellwege, App-Lösungen, Flugtaxi, Carsharing oder Konzept für Park and Ride – so unterschiedlich wie die einzelnen Regionen der Metropolregion München, so vielfältig sind auch die dort bereits vorhandenen Konzepte und Projekte zum Thema Mobilität. Um die Attraktivität der Region weiterhin zu stärken und zukünftig ein integriertes, nachhaltiges Mobilitätskonzept auf den Weg zu bringen, hat der Europäische Metropolregion München (EMM) e.V. bei Drees & Sommer und Hendricks & Schwartz eine Studie in Auftrag gegeben, die all diese Ideen bündelt und Akteure vernetzt. Die Studienergebnisse wurden den über 200 Gästen in München bei Rohde & Schwarz präsentiert. Zudem wurde an vier besonders nachahmenswerte Best-Practice Beispiele der erste Mobilitätspreis der Metropolregion München verliehen.

Zusammen mit Stephan Georg Kahl, Geschäftsführer der Rohde & Schwarz Immobilienmanagement GmbH, eröffnete der Münchner Landrat und stellv. Vorstandsvorsitzender des EMM e.V. Christoph Göbel die Konferenz.

Mit den Worten „Die Prosperität und die Lebensqualität in der Metropolregion hängen ganz wesentlich von einer funktionierenden Infrastruktur ab. Nur gemeinsam mit den vielen verschiedenen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft können wir es schaffen, die Herausforderungen zu meistern und die Metropolregion München so attraktiv zu erhalten, wie sie schon immer war“, machte der Landrat auf die Bedeutung einer solchen Vernetzungsstudie aufmerksam. „Ziel der Studie ist es, Interessierte mit einem integrierten, nachhaltigen Mobilitätskonzept bei ihrer Arbeit zu unterstützen, Wissen zu teilen, Synergien zu fördern und künftige Projekte effizienter zu gestalten“, erklärte er weiter.

## Handlungsempfehlungen

Des Weiteren erörterte Prof. Dr. Gebhard Wulffhorst von der TU München die Impulse für die Mobilität in der Metropolregion München. Prof. Dr. Markus Schmidt, Projektpartner bei Drees & Sommer, stellte die Ergebnisse der Studie vor, die eine Projektübersicht und Handlungsempfehlungen für die Metropolregion München darstellen. Er betonte: „Besonders wichtig ist uns, mit der Studie eine übergeordnete Strategie anzustoßen und verschiedene Projekte zu vernetzen“. Als Vorstufe bietet sie eine optimale Grundlage, um ein langfristig ausgerichtetes Mobilitätskonzept zu entwickeln.

Die eigens hierfür erstellte Datenbank [www.metropolregion-muenchen.eu/mobilitaetsdatenbank](http://www.metropolregion-muenchen.eu/mobilitaetsdatenbank) zeigt fast 300 Projekte und Konzepte, die sich in ganz unterschiedlichen Projektphasen befinden. Die Datenbank bietet einen Überblick über die vielfältigen Mobilitätslösungen, verschiedene Ansprechpartner und weiterführende Informationen. In einem Kurzbericht werden darüber hinaus auch Handlungsempfehlungen für das weitere Vorgehen vorgestellt. In Zukunft möchte der Europäische Metropolregion München (EMM) e.V. die Datenbank nachhaltig weiterentwickeln, laufend aktualisieren und nicht nur Projekte, sondern vor allem auch Menschen vernetzen.

Die internationalen Projektmanagement- und Beratungsunternehmen Drees & Sommer und Hendricks & Schwartz wurden von einer Projektgruppe aus Mobilitätsexperten der Region begleitet. In einer breit angelegten Fragebogenaktion wurden über 2.000 Kontakte zur Bestandsanalyse befragt. Dazu zählten alle Landkreise, Kommunen, Städte sowie zahlreiche Institutionen und Unternehmen der Metropolregion München.

## Mobilitätsexperten sammeln fast 300 Projekte und Konzepte aus der Region

Bei den fast 300 eingereichten Projekten handelt es sich größtenteils um Nennungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) (28 %), des Radverkehrs (25 %) sowie des motorisierten Individualverkehrs (MIV) (20 %). 15 Prozent sind dem multimodalen und vernetzten Verkehr eingeordnet, die zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen werden. Zu den eingereichten Projekten zählen Mobilitätsstationen, Sharing-Systeme und digitale Lösun-

gen für vernetzte Mobilität, beispielsweise in Form einer einheitlichen App-Lösung. Zukunftsfähig sind laut den Ergebnissen auch innovative neue Fortbewegungsmittel mit Elektroantrieb oder Lastenräder. Gerade im ländlichen Raum bieten der bedarfsorientierte Nahverkehr und vernetzte Mitfahrergemeinschaften Alternativen zu langen Wartezeiten des ÖPNV. Auch Unternehmen können mit betrieblichen Mobilitätskonzepten, etwa mit eigenen Shuttle-Bussen für Mitarbeiter, die Mobilität verbessern.

## Sieger in vier Kategorien ausgezeichnet

Die Konferenzteilnehmer zeichneten in einer interaktiven Abstimmung Projekte in vier Kategorien aus. In der Kategorie „Urbanizer“ erhielt „Emmy Green City“, ein Elektro-Roller-Sharing System in München, das mit 100% Ökostrom betrieben wird, den Mobilitätspreis 2018 der Metropolregion München.

Als Sieger der Kategorie „Grün unterwegs“ ging „Movel“ hervor. Dieses bietet mit dem Produkt „Company E-Bike“ eine nutzbare E-Bike-Sharing-Lösung für Unternehmen und Institutionen. Preisträger der Kategorie Quick-Win des Jahres ist das „Ebersberger Penderportal“, das verschiedene Anbieter von Fahrgemeinschaften (z.B. MVV, blablacar, Carsharing Anbieter und viele mehr) miteinander verlinkt.

Als Gewinner der Kategorie „Mobil auf dem Land“ ging die Firma „Roche Diagnostics GmbH“ mit ihrem betrieblichen Mobilitätskonzept hervor. Dieses beinhaltet die Förderung von ÖPNV-Fahrkarten, ein Fahrradleasingprogramm, Busshuttles sowie ein firmenbezogenes Fahrradkonzept mit derzeit 800 Werkfahrern. Der Sonderpreis „Innovation“ ging an „Lilium“ mit seinem „Flugtaxi“. Filip Rothe machte mit seiner Präsentation deutlich, dass auch diese Art der Fortbewegung bereits zeitnah eine Ergänzung im Bereich Mobilität sein wird.

## EMM e. V. als Katalysator, Treiber und Vermittler

Anschließend diskutierten Josef Schweinberger, Bürgermeister der Stadt Buchlohe, Georg Dunkel, Leiter Verkehrsplanung der Landeshauptstadt München, Prof. Dr. Markus Schmidt von Drees & Sommer, Josef Sturm, von der Roche Diagnostics GmbH sowie M.Dirig, Hans-Peter Böhrner des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr das weitere Vorgehen. Denn, wie Bürgermeister Josef Schweinberger deutlich machte „müssen alle in Sachen Mobilität massiv tätig werden – abwarten geht nicht!“.

Bürgermeister Josef Schweinberger betonte zudem die wichtige Zusammenarbeit mit dem Verein: „Der EMM e.V. ist für mich die prädestinierte Gemeinschaft aller betroffenen kommunalen Partner, um dieses schwierige Handlungsfeld voranzubringen. Die Vernetzungsstudie ist der vorgelegte Beweis.“ Auch Josef Sturm (Roche Diagnostics) verdeutlichte nochmals die Schlüsselrolle des EMM e. V., welcher wertvolle Beiträge leistet, indem er wichtige Stakeholder an einen Tisch bringt bspw. im Rahmen der Mobilitätskonferenz. Alle waren sich einig, dass sie getreu dem Motto des EMM e.V. „Macht Mehr Mit-einander“, künftig den Austausch der Akteure im Bereich Mobilität stärker vorantreiben und vorhandene Angebote bekannter machen wollen.

Abschließend fasste Wolfgang

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Donnerwetter, da wird der erste veritable Skandal des jungen Jahres 2019 von einem 20-jährigen Stubenhocker ausgelöst, der noch bei Mami wohnt, zur Schule geht und sein Leben offensichtlich vor dem Computerbildschirm verbringt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, jedenfalls hat den ersten Arbeitstag nach den Weihnachtsferien damit verbracht, alle seine Passwörter zu ändern.

Nur, wo ist der Skandal? Ein gefrusteter Schüler aus der hessischen Provinz hat mit erheblicher krimineller Energie und nicht minder entwickelter technischer Raffinesse rund 1.000 Personen des öffentlichen Lebens mehr oder weniger vertrauliche Daten gemopst, die sie nicht adäquat gegen Zugriffe Dritter ge-

mandem, der einer alten Dame die Handtasche klagt.

Weil aber auch die schlechteste Sache ihr Gutes hat, verdanken wir dem Aufreger zu Neujahr wenigstens eine breite und hoffentlich vertiefte Debatte über unser Verhalten im Netz, über die Nutzung sozialer Medien und über Datensicherheit.

Prominente Politiker richten einen verachtenden Bannstrahl in Richtung Twitter und

Facebook (bleiben aber auf Instagram, weil da die Jugend unterwegs ist) und meinen, damit sei die Sache durch. Keineswegs.

Die Frage, was die Sozialen Netzwerke aus unserer Demokratie machen, muss sicher gestellt werden. Auch die Frage, ob unser persönlich die Nutzung verändert, weil wir immer schneller sein wollen und zum Reflektieren über eine Meinungsäußerung keine Zeit bleibt, ist legitim. Aber das hat mit dem Fall des Datenvoyeurs vom Vogelsberg nichts zu tun.

Die Kernfrage hinter dem Ausspähen heißt: Wie gehen wir mit unseren Daten um. Haben wir nur ein Passwort und dann vielleicht auch noch den Mädchennamen der Mutter? Gehen wir nur über gesicherte Netzwerke ins Internet? Ich habe noch sehr gut im Ohr, wie vor Jahr und Tag lauthals beklagt wurde, dass in Deutschland Cafés und Gaststätten so selten freies WLAN anbieten, dass man nicht in jedem Bus und jedem Zug einfach ins Internet kann. Dabei ist jeder freie Internetzugang eigentlich nur ein Datenstaubsauger.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmte mir zu. Wenn er im Hotel auf Reisen mal einen Film aus der Mediathek sehen will oder kurz mal was Harmloses recherchieren, nimmt er dafür immer einen 1-Euro-Pad her, den er mal bei einer Verlängerung seines Mobilfunkvertrags als Zuwaage bekommen hat. Nie geht er mit dem Gerät in ein ungesichertes Netzwerk, auf dem Kontakte oder Termine gespeichert sind. Schließlich ist ihm der Satz des langjährigen Google-Vorstands Eric Schmidt im Ohr: „Das Internet ist die erste Schöpfung der Menschheit, die die Menschheit nicht versteht, das größte Experiment in Sachen Anarchie, das wir je durchgeführt haben.“

Ihre  
Sabrina

## Wie gehen wir mit unseren Daten um?

schützt haben. Die Verantwortlichen aus den Sicherheitsbehörden haben wohl das Puzzle aus Hinweisen erst relativ spät zusammensetzen können, dann ist aber die Medienmaschine volle Kanne abgegangen.

Von einem Anschlag auf die Demokratie war zu lesen, wie derzeit häufiger, wenn Politiker das Opfer gewöhnlicher Krimineller werden. Experten ließen mit Weltuntergangsmiene verlauten, dass hinter so einem massiven Angriff nur ein Staat stehen kann (wobei ich nicht weiß, was mich mehr erschreckt: Ein Staat oder ein Streber als Täter). Personelle Konsequenzen wurden gefordert, bevor überhaupt feststand, was los war. Untergang dabei ist, dass unsere Sicherheitsbehörden ihren Job sehr wohl gemacht haben und der Täter binnen 48 Stunden nach Klarheit über das Ausmaß der Cyber-Attacke dingfest war.

Wenn es so etwas wie einen Skandal gibt, dann, dass Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens offensichtlich in Sachen Datensicherheit so schlecht beraten werden wie wir Normalverbraucher. Und dass sich die Bürgermeisterin des Heimatorts des Täters mit einem gewissen Stolz vernehmen lässt, den Missetäter ein Kind ihres Ortes nennen zu können. Merke: Der Bursche ist kein Robin Hood, sondern steht auf einer Stufe mit je-

Landkreis Günzburg:

## Projektbilanz „Ich schütz‘ das Klima!“

Das vom Klimaschutzbüro des Landkreises Günzburg initiierte Projekt „Ich schütz‘ das Klima!“ endet nun nach zwei Jahren. Durchgeführt wurde es vom Netzwerk Umweltstation „mooseum“ und von „Wild auf Wald“. Zum Jahres- und Projektabschluss hat sich deshalb der Klimaschutzmanager des Landkreises, Oliver Tuschinski, bei den Umweltpädagoginnen bedankt. An zahlreichen Kindergärten und Schulen des Landkreises wurden im Rahmen des Projekts Bildungsveranstaltungen zum Klimaschutz durchgeführt. Die Veranstaltungen waren stets so gehalten, dass Entdecken und Mitmachen im Vordergrund stand.

„Klimaschutz ist ein wichtiges Thema. Aber wer sagt denn, dass der Spaß beim Lernen zu kurz kommen muss? Zum Beispiel mitzufiebern, wie das selbstgebaute Solarboot im Rennen gegen die Boote der Anderen abschneidet oder man selbstgebackene Muffins aus dem Solarofen probieren

Wittmann, Geschäftsführer des EMM e. V., die Bedeutung einer solchen Studie zusammen und betonte deren Rolle für die Zukunft: „Die Vernetzungsstudie soll einen Beitrag dazu leisten, die Mobilitätskompetenz aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gebietskörperschaften transparenter zu machen und deren Akteure zu vernetzen. Durch diese verbesserte Kooperation soll das umfangreiche Potential einfacher nutzbar sein, um - letztendlich in enger Zusammenarbeit mit der Politik - aus der Metropolregion München eine ModellRegion für Mobilität zu machen.“

kann“, kamen gut an. In 69 Veranstaltungen haben 1285 Kinder und Jugendliche gewerkelt, ausprobiert und auf spielerische Art die Hintergründe zum Klimawandel kennengelernt. Aufgrund der ausgesprochen positiven Rückmeldungen durch die Kinder und die Schulen soll das Projekt voraussichtlich in 2019 neu ausgeschrieben werden.

## Interaktive Schau

Das Klimaschutzbüro des Landratsamtes Günzburg präsentiert und betreute auch die Ausstellung „Klima Faktor Mensch“. Diese interaktive Schau erklärte nicht nur die Ursachen des Klimawandels. Sie beschrieb auch Lösungswege, wie der Klimawandel in den nächsten Jahrzehnten gebremst werden kann und welchen Einfluss dies auf unser Leben hätte: Wie stark werden wir uns ändern müssen? Es geht dabei nicht nur um den Wärme- und Stromverbrauch, sondern

auch um das alltägliche Konsum- und Mobilitätsverhalten.

Die Gemeinden Wildpoldsried und Bad Grönenbach im Allgäu waren dazu das Ziel einer Informationsfahrt zum Thema „Energie- und Klimaschutzkonzept“. Günzburgs Landrat Hubert Hafner hatte dazu Bürgermeister, Kreisräte, Mitarbeiter der Verwaltungen und Mitglieder von AGENDA-Arbeitskreisen eingeladen. Sie nutzten die Gelegenheit sich vor Ort über die Ergebnisse eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes zu informieren.

## Wildpoldsried und Bad Grönenbach

So wurden in Wildpoldsried (Oberallgäu) schon vor zehn Jahren bereits über 350 % des gesamten Stromverbrauchs regenerativ erzeugt, berichtete Bürgermeister Arno Zengerle. Für ihren Einsatz und Erfolg für den Umweltschutz wurde die Gemeinde bereits mehrfach ausgezeichnet. In Bad Grönenbach (Unterallgäu) wurde 2008 ein Energieteam aus engagierten Bürgern und Gemeindevertretern gegründet. „Ein Energiekonzept kostet nicht nur Geld, es bringt auch Geld. Halten sie die Kaufkraft in der Region und geben sie diese nicht den Ölscheichs!“, so Bürgermeister Bernhard Kerler aus Bad Grönenbach. **hajo**

## Demenzfreundliche Kommune:

# Ein Erfolgsmodell

Zwei Jahre nach seinem Start ist das Modellprojekt „demenzfreundliche Kommune“ nicht nur in den teilnehmenden Kommunen, sondern auch in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger angekommen. Das zeigten die Rückmeldungen der Vertreterinnen und Vertreter aus den Kommunen zum Ende des zweijährigen Modellprojekts im Herbst 2018.

Am Pilotprojekt beteiligt waren die Kommunen Aschheim, Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Kirchheim, Oberhaching, Oberschleißheim, Pullach, Taufkirchen, Unterföhring und Unterhaching. In Zusammenarbeit mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege wurden Demenzsprechstunden eingerichtet, Fahrdienste, Seniorentreffs oder Tanzevents organisiert, Broschüren mit Hilfsangeboten entwickelt und zahlreiche Themenabende und sogar ganze Veranstaltungswochen rund um das Thema Demenz auf die Beine gestellt. Viele der Angebote waren bereits nach kurzer Zeit ausgebucht.

Insgesamt kamen über 170 Sprechstunden und Gesprächsrunden sowie mehr als 150 Workshops, Themenabende und Veranstaltungen mit gut 2.500 Teilnehmern zusammen. Ein Großteil der Beteiligten investiert dabei ehrenamtlich sehr viel Zeit, um an Demenz erkrankten Menschen und ihren Angehörigen die best-

mögliche Betreuung in allen Lebenslagen zu ermöglichen.

Unterstützt und beraten werden die beteiligten Kommunen dabei von den Mitarbeitern des Sachgebiets Senioren im Landratsamt, die auch bei zahlreichen Veranstaltungen mit Informationsständen und Vorträgen, vielen nützlichen Tipps und Tricks sowie einem mobilen Demenzparcours, der die Krankheit auch Angehörigen und Nicht-Betroffenen näher bringen soll, vertreten waren.

Der Erfolg der letzten beiden Jahre hat die beteiligten Kommunen darin bestärkt, ihr Engagement auch in den kommenden Jahren weiter aufrechtzuerhalten und das Modellprojekt „demenzfreundliche Kommune“ weiterzuführen. Inzwischen haben zahlreiche weitere Kommunen ebenfalls Interesse am Projekt „demenzfreundliche Kommune“ bekundet. Das Modellprojekt soll deshalb im Jahr 2019 für interessierte Städte und Gemeinden im Landkreis erneut ausgeschrieben werden. □



Von links: FU-Bezirksvorsitzende und Bezirksrätin Cornelia Griesbeck, Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler, CSU-Vorsitzender Horst Seehofer, Innenminister Joachim Herrmann, CSU-Geschäftsführer Werner Stieglitz und der stellv. CSU-Bezirksvorsitzende Dr. Christian von Dobschütz.

Horst Seehofer beim mittelfränkischen CSU-Bezirksverband :

## Servus und danke!

Offenhausen. Die CSU im Bezirksverband Mittelfranken ist zuversichtlich, viele der bei den jüngsten Wahlen verloren gegangenen Stimmen zurückzugewinnen zu können. Zum Jahresabschluss traf sich der Vorstand unter Leitung von Bezirksvorsitzendem Joachim Herrmann, um Vorbereitungen für die Herausforderungen des nächsten Jahres zu treffen. Mit dabei: Parteivorsitzender Horst Seehofer, der bekanntlich beim CSU-Parteitag am 19. Januar den Vorsitz an Ministerpräsident Dr. Markus Söder abgeben wird.

Wie Joachim Herrmann zeigte sich auch der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat zuversichtlich, dass Söder von den Delegierten aus ganz Bayern ein herausragendes Ergebnis bekommen werde.

„Nach 38 Jahren in herausgehobenen Positionen einer groß-

artigen Partei bin ich dankbar für das, was ich für die politische Familie tun durfte“, so Seehofer. Er zog nicht nur eine Bilanz seiner mehr als zehnjährigen Tätigkeit als Parteivorsitzender, er rief seine CSU-Freunde zudem dazu auf, „die seit Jahrzehnten gelebten Wertegrundlagen“ ge-

rade angesichts einer sich verändernden Parteienlandschaft im Mittelpunkt aller Entscheidungen zu behalten. Ferner gelte es, „die Stellung Bayerns in Deutschland und der Welt auch als CSU weiterhin sichtbar zu vertreten“, so Seehofer.

### Stabile politische Kraft

Seine Partei sei „die stabile politische Kraft in Deutschland“ und Bayern stehe „nach jahrzehntelanger Regierungsverantwortung der CSU in allen Regionen gut da“. Mit Bezug auf seine Funktion als Parteivorsitzender sagte Seehofer „servus und danke“. Verantwortung zu tragen sei auch eine Belastung, und die könne nur mit Unterstützung und Rückendeckung bestanden werden, welche er besonders auch aus Mittelfranken erhalten habe.

Joachim Herrmann: „Du hast

sehr profiliert Außergewöhnliches für die CSU, Bayern und Deutschland geleistet“, lobte er Seehofer Arbeit, welche in der Jungen Union begonnen habe. „In der Bundespolitik hast du als Gesundheits- und Landwirtschaftsminister ebenso Zeichen gesetzt, wie später als Bayerischen Ministerpräsidenten und jetzt Bundesinnenminister“. Für den Bayerischen Staatsminister des Innern, für Sport und Integration sollte auch „nicht in Vergessenheit geraten, dass Seehofer 2013 die CSU zur absoluten Mehrheit zurückgeführt hat“.

### Bilanz eines Jahres

Die Bilanz des zu Ende gehenden Jahres sei nach Ansicht Herrmanns „turbulent und vielschichtig“. Einerseits sei politisch viel erreicht worden, andererseits könne die CSU mit den Ergebnissen der Wahlen nicht zufrieden sein. Nach „mühsamem Start in Berlin“ habe in Bayern die neue Koalition aber zügig loslegen können. Jetzt gelte es, „mit klarem Kurs“ die Europawahl im Mai und auch die Kommunalwahlen in 2020 anzugehen.

Mit der Nominierung von Manfred Weber als Spitzenkandidat der CSU für das Europaparlament und dessen „phänomenalem Ergebnis in Helsinki“, wo er zum Spitzenkandidat der EVP für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten gekürt wurde, habe die CSU „die große Chance, dass 2019 wieder ein gutes Jahr für die CSU wird“. Auch aus dem Bezirksverband Mittelfranken mache die CSU auf der Landesliste zur Europawahl mit Marlene Mortler, Kon-

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Information des Bayerischen Bauindustrieverbands e.V. bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

rad Körner und Norman Blevins den Mitbürgerinnen und Mitbürgern „ein hervorragendes personelles Angebot“.

### Schwerpunktthema Mobilität

Im nächsten Jahr wollen sich Joachim Herrmann und die Kommunalpolitiker der CSU schwerpunktmäßig auch mit der Mobilität „als einer der zentralen Fragen des ländlichen Raumes“ beschäftigen. Angesichts der Verkehrsprobleme in Ballungsräumen und den Herausforderungen des Klimawandels sollen nach dem Willen der CSU insbesondere die Angebote auf der Schiene zügig und bedarfsgerecht vorangetrieben werden.

Alle mit der Mobilität zusammenhängenden Themen will der CSU-Bezirksverband nach Vorbereitung durch eine Arbeitsgruppe unter Führung von Kommunalpolitikern und der Jungen Union in ein Positionspapier einfließen lassen, welches spätestens beim Bezirksparteitag voraussichtlich im Juni verabschiedet werden soll.

Joachim Herrmann: „Uns geht es darum, Mobilität zu ermöglichen und gleichzeitig durch strukturelle Maßnahmen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und Ausbilden sowie Sicherstellung der Grundversorgung unnötigen Verkehr zu vermeiden“.

### Ein „Lichtblick“ für 800 Senioren

Satzungsgemäß unterstützt die bayernweite Initiative „Seniorenhilfe Lichtblick“ bedürftige Rentnerinnen und Rentner, deren Altersgeld unter dem Sozialhilfesatz liegt. Rund 76.000 Euro aus Spenden, die in Niederbayern an den Verein gingen, konnte jetzt die Sozialverwaltung am Landratsamt an insgesamt 800 bedürftige Senioren weitergeben.

Die Benachrichtigungen erhielten die Empfänger durch ein persönliches Schreiben von Landrat Franz Meyer. Das Geld wurde noch vor Weihnachten überwiesen. Seitdem erreichen den Landrat fast täglich Anrufe und Dank-Briefe. Darunter sind viele Schreiben mit „wirklich bewegendem Inhalt“. Für Meyer und den zuständigen Abteilungsleiter Andreas Buettner ist dies eine Bestätigung, dass diese Aktion, die das Landratsamt bereits zum vierten Mal durchführt, auch „für ein Stück Würde und Lebensfreude steht“. Siegfried Weishäupl, Sachgebietsleiter Soziales und Senioren, und der Landrat sehen die Mittel, die „Lichtblick“ zusammen mit dem Landkreis zur Verfügung stellt, als wertvollen Beitrag, um unkompliziert zu helfen.

## LIEFERANTEN



## NACHWEIS

### Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 643

**Hugo Knödler GmbH**  
www.absperrpfosten.com

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN  
KÖSSINGER**  
Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling  
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Kommunale IT

www. **AKDB** .de

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



### Abzeichen

**FAHNEN  
KOCH  
COBURG**  
www.fahnen-koch.de



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner  
für die Gebäudereinigung

seit 1910



**Prior & Peußner**  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

### GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig **aktuelle Informationen**  
über kommunalpolitische Themen:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

### Hydraulik Anbaukomponenten

**DYNASET** POWERED BY  
HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

**PT-Hydraulik Vertrieb OHG**

Untereggr. 15 • 86971 Peiting • Tel. +49 88 61/24 69-100  
info@pt-dynaset.de • www.pt-dynaset.de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 087 73 18-0  
F 087 73 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland

### Energiedienstleistung

**erdgas  
schwaben**  
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

### Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 641

**Hugo Knödler GmbH**  
www.fahnenmast.com

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN  
KOCH  
COBURG**  
www.fahnen-koch.de



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723



**Das GZ-Netzwerk**

Diskutieren Sie **kommunale**  
Themen **direkt mit Personen,**  
die ähnliche Herausforderungen  
meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

### Gewerbebau

**Laumer**  
BAUTECHNIK

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de



### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

**SEW**

SEW® wünscht allen Kunden  
ein gutes Neues Jahr 2019!

„Auf zu neuen Zielen“

**Clever investieren - doppelt sparen  
mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage**

**Kostendämpfung mit der Wärme- /  
Kälterückgewinnung von SEW®!**

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0  
www.sew-kempen.de

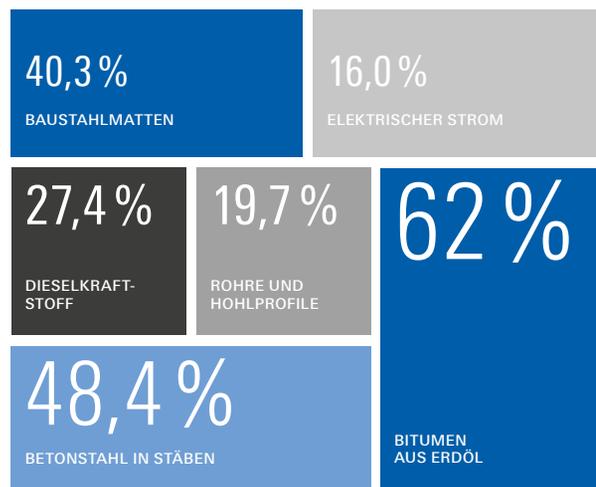
### Recyclingbaustoffe

**BAUSTOFF  
RECYCLING  
BAYERN**  
UNWELT  
PAKTI  
Teilnehmer an  
BAYERN

### Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer **+49 1579 2451592**  
einen Kontakt an und senden Sie die **Nachricht**  
„Start“ per **WhatsApp** an diese Nummer.

## VIELE MATERIALPREISE SIND DEUTLICH STÄRKER GESTIEGEN ALS DIE BAUPREISE.



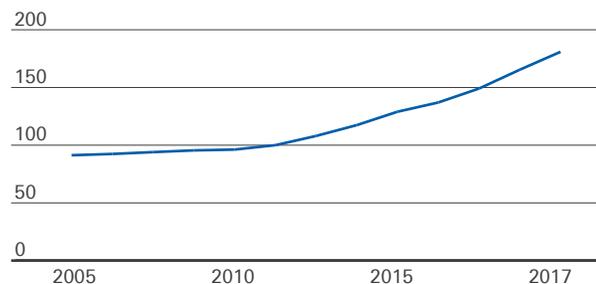
Preisanstieg vom 1. Quartal 2016 bis zum 2. Quartal 2018 in % – Deutschland

## HOHE GRUNDSTÜCKSPREISE VERTEUERN DAS WOHNEN IN DEN STÄDTEN

Die Grundstückspreise in den Städten sind massiv gestiegen. Mittlerweile betragen die Kosten für das Baugrundstück rund 60% der Baukosten. Vor zehn Jahren waren es rund 30%.

### WOHNEN IN GROSSSTÄDTEN WIRD IMMER TEUERER

Preise für Wohnimmobilien in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, München, Stuttgart (2010 = 100)



Quelle: Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG

## NORMALISIERUNG AM BAUMARKT

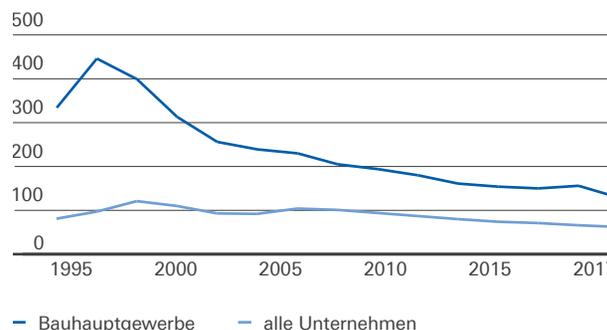
Die Baupreise sind zum Teil auch gestiegen, weil der Baumarkt wieder normal geworden ist. In Krisenjahren waren die Bauunternehmen gezwungen, auch ertragsschwache Aufträge anzunehmen. Oftmals hatten sie nur dann die Chance auf einen dringend benötigten Auftrag, wenn sie Angebote unter ihren Kosten machten.

## INSOLVENZRISIKO NOCH IMMER HOCH

Das Insolvenzrisiko ist am Bau zwar gesunken, es ist aber immer noch höher als in vielen anderen Branchen - ein Beleg dafür, dass die Baupreise noch immer in keinem angemessenen Verhältnis zum Risiko stehen. Immerhin hat sich das Insolvenzrisiko auf das Doppelte des Durchschnitts aller Unternehmen reduziert. Vor gut zwei Jahrzehnten war es viermal so hoch. Ein niedriges Insolvenzrisiko ist nicht zuletzt auch im Interesse des Auftraggebers.

### INSOLVENZRISIKO AM BAU IMMER NOCH DOPPELT SO HOCH

Insolvenz pro 1.000 Unternehmen



Quelle: Statistisches Bundesamt

### Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Oberanger 32  
80331 München  
Telefon +49 89 235003-0  
Fax +49 89 235003-70  
info@bauindustrie-bayern.de  
www.bauindustrie-bayern.de



# BAUPREISE

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

➤ **HÖHERE BALKOSTEN TREIBEN  
BAUPREISE NACH OBEN**

# HÖHERE BAUKOSTEN TREIBEN BAUPREISE NACH OBEN

Die Baukonjunktur ist gut. Umsätze und Aufträge sind gestiegen, zuletzt auch die Baupreise. Weil Baupreise von den Bauunternehmen gestellt werden, im Öffentlichen Bau als Kalkulationspreis im Bieterverfahren, im privaten Wohnungs- oder Wirtschaftsbau als Angebotspreise, wird ihre Erhöhung oft vorschnell den Bauunternehmen zugerechnet. Vermutet wird, sie nutzen die Situation aus für einen „schnellen Gewinn“.

So ist es aber nicht. Für höhere Baupreise gibt es mehrere Gründe. Die Hauptursachen dafür sind

- höhere Arbeitskosten,
- gestiegene Materialpreise,
- Kosten staatlicher Regulierungen

Die tariflichen Arbeitskosten im Baugewerbe sind in den vergangenen Jahren stets gestiegen, ab Mai 2018 sogar um 5,7%.

Auch viele Materialpreise sind deutlich stärker gestiegen als die Baupreise. Markant waren die Preiserhöhungen bei Stahlprodukten: Betonstahl ist seit dem 1. Quartal 2016 um 48% teurer geworden, der Preis für Baustahlmatten stieg um 40%. Im Verkehrswegebau sind Bitumen, Diesel und Energie dominante Einkaufsgüter. Der Preis für Bitumen aus Erdöl stieg vom 1. Quartal 2016 bis zum 2. Quartal 2018 um 62%, der Dieselpreis um 27% und der Strompreis um 16%.

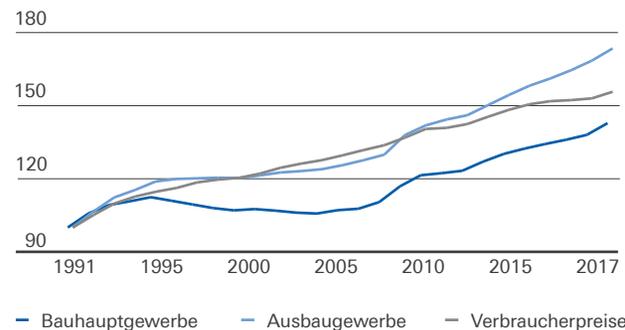
Markant teurer ist die Baustellenentsorgung geworden. Weitere Kostenanstiege stehen bevor, weil der Platz auf den Depots fehlt. In nur fünf Jahren haben sich die Gebühren bereits verdoppelt. Den Bodenaushub für ein durchschnittliches Einfamilienhaus zu entsorgen kostet mittlerweile im Großraum Stuttgart mehr als 30.000€. Zweifach erhöhen die immer komplexeren staatlichen Regulierungen (Energieeffizienz, Statik, Brandschutz, Umweltgesetze etc.) die Baupreise. Sie verteuern direkt und zusätzlich indirekt, weil sie die Genehmigungsverfahren und die Bauphase verlängern. Kosten und Materialpreise steigen in diesen Zeiträumen aber weiter an.

Viele Kostenanstiege betreffen bereits abgeschlossene Bauverträge. Dann müssen die Bauunternehmen die höheren Kosten meistens selbst tragen.

Allerdings bleiben die Baupreise in der längerfristigen Betrachtung immer noch hinter der Inflationsrate zurück. Daran ändert auch der zuletzt beschleunigte Anstieg der Baupreise nichts. 2017 betrug der Vorsprung der Verbraucherpreise mehr als 12 Prozentpunkte. Er hat sich zwar im Jahresverlauf 2018 verringert, verschwinden wird er aber 2018 nicht.

## BAUPREISE IMMER NOCH UNTER DER INFLATION

Index, 1991 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt

Baupreise steht verkürzt für **Bauleistungspreise**. Es handelt sich um Preise für einzelne Bauleistungen aus Abschlüssen zwischen Bauauftraggebern und Bauunternehmern. Die Bauleistungspreise geben Auskunft über die **Neubaupreise** von Bauwerken, nicht aber über deren Verkehrs-, Ertrags- oder Mietwerte. Die Bauleistungspreise werden vierteljährlich vom Statistischen Bundesamt erhoben. Aktuell ist der Augustwert:

- Die **Bauleistungspreise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude** in Deutschland stiegen im August 2018 gegenüber August 2017 um 4,6%.
- Die Preise für **Rohbauarbeiten an Wohngebäuden** stiegen um 5,8%.
- Die Preise für **Ausbauarbeiten** nahmen im August 2018 um 3,9% zu.
- Die Neubaupreise für **Bürogebäude** stiegen um 4,7%, für **gewerbliche Betriebsgebäude** um 4,8%.
- Im **Straßenbau** erhöhten sich die Preise um 6,7%.

Von den Baupreisen zu unterscheiden sind die **Baukosten** und die **Kaufpreise** (für Gebäude, Wohnungen etc.), zu denen auch die Grundstückspreise beitragen.

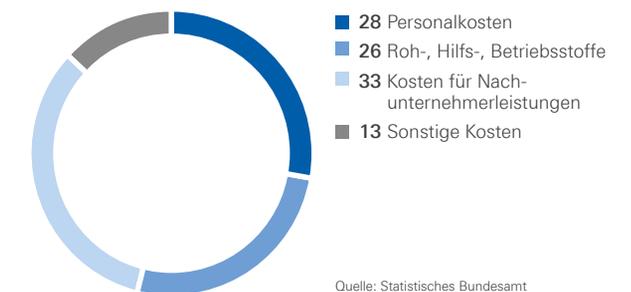
## DIE KOSTEN

Zu den **Baukosten** zählen:

- die **Löhne** (rund 28% der Gesamtkosten)
- die **Materialkosten** (rund 26%)
- **Kosten für Nachunternehmer** (33%)
- **Kosten staatlicher Auflagen und Regulierungen** (nicht generell bezifferbar).

## KOSTENSTRUKTUR IM BAUHAUPTGEWERBE

Deutschland 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die **Löhne** haben eine Doppelrolle: sie sind einerseits ein (wesentlicher) Bestandteil der Baukosten, für die Baubeschäftigten sind Einkommen, Anerkennung für ihre Leistung.

Die Löhne am Bau werden durch die Tarifparteien festgelegt. Sie sind davon geleitet, eine Lohnpolitik des rechten Maßes zu finden, die beiden Anliegen gerecht wird.

# 5,7%

TARIFLICHE STUNDENLÖHNE GEWERBLICHER  
ARBEITNEHMER IM BAUGEWERBE IN  
WESTDEUTSCHLAND - LOHNGRUPPE 2A – 6